

## **Vorlage für die Sitzung des Senats am 18. März 2014**

### **Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2013 (Stand: 13. Monat 2013)**

#### **A. Problem**

I. Der Senat ist gemäß § 12 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes (Land) bzw. § 11 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes (Stadtgemeinde) verpflichtet, dem Haushalts- und Finanzausschuss auf den Ebenen der Produktbereiche und Produktpläne periodisch zur Entwicklung der Finanz-, Personal- und Leistungsdaten zu berichten.

Die Erstellung eines Jahresabschlussberichts Produktgruppenhaushalt ist bereits auf der Basis der Ergebnisse des Zeitraums Januar bis Dezember 2013 einschl. des sogenannten 13. Abrechnungsmonats möglich, da sich bei den produktplanbezogenen Finanz- und Personaldaten kaum Veränderungen durch Buchungen im 14. Abrechnungsmonat ergeben und die Leistungsdaten ohnehin zum Kalenderjahresende festzustellen sind.

Die Fachressorts haben über die Erreichung der im Produktgruppenhaushalt festgelegten Ziele berichtet und die festgestellten Abweichungen analysiert. Die Senatorin für Finanzen nimmt zusätzlich eigene Bewertungen vor und führt die Ressortberichte zu einem Bericht zusammen.

II. Bremen ist verpflichtet, die Vorgaben der mit dem Bund geschlossenen Verwaltungsvereinbarung zum Gesetz zur Gewährung von Konsolidierungshilfen einzuhalten. Daher wird mit diesem Abschlussbericht eine Analyse der Ergebnisse und Steuerung der Einhaltung der jeweiligen produktplanbezogenen zulässigen Finanzierungssalden<sup>1</sup> vorgenommen.

III. Im Rahmen des Berichts „Zentrales Finanzcontrolling, Jahresbericht 2013 der bremischen Haushalte“<sup>2</sup> wurde festgestellt, dass eine deutliche Erhöhung bei den Primärausgaben in hohem Maße korrespondierend mit ebenfalls überplanmäßigen Primäreinnahmen zu verzeichnen ist. Für die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen wurden ggü. Anschlag 2013 konsumtive und investive Mehreinnahmen in Höhe von rd. 145 Mio. € ausgewiesen.

Der Stabilitätsrat überwacht gemäß Artikel 109a Grundgesetz und § 3 Stabilitätsratsgesetz regelmäßig die Haushalte des Bundes und der Länder. Gemäß § 2 Absatz 2 Konsolidierungshilfengesetz überwacht er außerdem die Einhaltung der Konsolidierungsverpflichtungen. In die Betrachtungen des Stabilitätsrats zur

---

<sup>1</sup> Dabei handelt es sich nicht um das strukturelle Finanzierungsdefizit im Sinne der Sanierungsvereinbarung.

<sup>2</sup> vgl. Vorlage 18/417 L bzw. 18/487 S für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 21. März 2013

Haushaltsentwicklung fließen nicht ausschließlich die Kennziffern „struktureller Finanzierungssaldo“, „Kreditfinanzierungsquote“, „Zins-Steuer-Quote“ sowie „Schuldenstand“ ein. Vielmehr wird die gesamte Haushaltsentwicklung (aktuelle Haushaltslage, Finanzplanung und mittelfristigen Projektion) beleuchtet. Bestandteil dieser Betrachtungen ist es auch, die Einnahmen und Ausgaben getrennt voneinander im IST und im Soll (Anschlag) gegenüber zu stellen.

Daher ist die geschilderte Entwicklung im Haushaltsvollzug, die massive Abweichungen vom beschlossenen Haushaltsplan (Anschlag) verursacht, kritisch zu betrachten.

Es ist daher zu untersuchen, ob und auf welcher Rechtsgrundlage Mehreinnahmen die zur Verfügung stehenden veranschlagten Ausgaben verstärkt haben.

## **B. Lösung**

Die Senatorin für Finanzen hat die von den Ressorts erstellten Controllingberichte auf der Ebene der Produktpläne mit einer Kommentierung versehen, um zentrale Analysen sowie Bewertungen ergänzt und zu einem Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2013 zusammen gefasst (siehe **Anlage 1**). Vertiefende Informationen sind mit den Produktbereichsberichten im Mitarbeiterportal (MiP) abrufbar.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner (Sonder-)Sitzung am 26. Februar 2014 auf Grundlage des Beschlusses des Senats vom 25. Februar 2014 zur „Abrechnung der Produktplanhaushalte 2013“ der beantragten Restebildung, den Zuführungen an Rücklagen bzw. der Feststellung von Verlustvorträgen zugestimmt. Dies gilt auch für die in den Kommentaren enthaltenen Handlungs-/Steuerungsempfehlungen der Senatorin für Finanzen.

Zu den zentralen Themenfeldern „Zielerreichung“, „Einhaltung Finanzierungssaldo“ und „Mehreinnahmen“ wird auf die nachfolgenden Ausführungen verwiesen:

## **I. Zielerreichung**

### **1. Einhaltung der Personalziele**

#### **1.1 Personalausgaben**

Insgesamt wurden die Ausgaben gegenüber dem Budget um 4,8 Mio. € unterschritten, dies entspricht 0,41% des Budgets. Gründe hierfür sind Minderausgaben bei der Beihilfe und den Nachversicherungen im Produktplan 92 sowie bei den Mitteln für die Ausbildung im Produktplan 91.

Der Produktplan 03 Senat und Senatskanzlei hat das Jahr mit Mehrausgaben in Höhe von 249 Tsd. € abgeschlossen, die u.a. durch ein neues Senatsressort verursacht wurden. Diese Mehrausgaben wurden vom Ressort im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2013<sup>3</sup> durch Verzicht auf die Übertragung von konsumtiven Ausgaberesten sowie Streichung rücklagefähiger Mehreinnahmen und investiver Minderausgaben rechnerisch ausgeglichen, so dass das Finanzziel erreicht wurde.

Der Produktplan 07 Inneres hat das Jahr mit Mehrausgaben in Höhe von rd. 697 Tsd. €

---

<sup>3</sup> Vorlage 1368/18 für die Sitzung des Senats am 25. Februar 2014

abgeschlossen. Ein produktplaninterner Ausgleich des Defizits konnte aufgrund von Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen in den anderen Aggregaten nicht vollzogen werden.

In den übrigen Produktplänen ist zum Jahresende ein ausgeglichenes Ergebnis bzw. sind Minderausgaben erreicht worden.

Gegenüber dem Jahr 2012 haben sich die Personalausgaben in 2013 von 1.182 Mio. € um rd. 8,3 Mio. € auf rd. 1.191 Mio. € erhöht, dies entspricht 0,71 %. Bei den Ausgaben für den Kernbereich und die temporären Projektmittel sind die Ausgaben im Jahresvergleich nahezu gleich geblieben.

Die hauptsächliche Ausgabensteigerung fand zum einen im Bereich des refinanzierten Personals statt, wobei in diesem Bereich gleichzeitig auch die Einnahmen für die Refinanzierung entsprechend gestiegen sind, und zum anderen bei den Ausgaben für Versorgung und Versorgungsbeihilfe.

## **1.2 Personalmenge**

Im Jahr 2013 wurde im Kernbereich Personal in einer Größenordnung von rd. 58 Vollzeiteneinheiten (VZE) abgebaut, das Beschäftigungsvolumen hat sich von 13.461 VZE im Dezember 2012 auf 13.403 VZE im Dezember 2013 verringert.

Berücksichtigt man die temporären Projektmittel, so hat sich das Beschäftigungsvolumen von 13.672 VZE im Dezember 2012 auf 13.531 VZE im Dezember 2013 verringert, dies entspricht einem Abbau um rd. 141 VZE.

Dieser Personalabbau im Kernbereich war jedoch nicht ausreichend um die Beschäftigungszielzahlen einzuhalten, sie wurden um rd. 51 VZE überschritten.

Dies resultiert u.a. aus Überhängen aus den Vorjahren die in 2013 nicht zusätzlich zu den allgemeinen Einsparvorgaben abgebaut werden konnten. In einzelnen Produktplänen haben sich neue Überhänge bei den Zielzahlen bzw. deren Ausweitung ergeben:

So wurde beispielweise im Produktplan 07 Inneres die Überschreitung der Zielzahlen von rd. 28 VZE auf rd. 64 VZE ausgeweitet.

Ein Grund für dieses Ergebnis ist auf der einen Seite die Übernahme einer in der Ausbildungsplanung festgelegten Anzahl von Polizeianwärtern in den Kernbereich und auf der anderen Seite ein gleichzeitig längerer Verbleib der Mitarbeiter im Dienst durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf freiwilliger bzw. gesetzlicher Basis.

Auch im Produktplan 81 Häfen ist eine Verschlechterung des Ergebnisses von 7 VZE im Jahr 2012 auf 15 VZE im Jahr 2013 eingetreten.

Auf der anderen Seite konnte durch konsequentes personalwirtschaftliches Handeln in ausgesuchten Produktplänen wie zum Beispiel dem Produktplan 11 Justiz, eine noch deutlichere Verfehlung der Zielzahlen verhindert werden.

In der folgenden Tabelle ist der Soll/Ist Vergleich für den Kernbereich zum Dezember 2013 dargestellt:

<b>Produktplan</b>	<b>Ist Dez 2013</b>	<b>Soll Dez 2013</b>	<b>Abweichung</b>
01 Bürgerschaft	53,84	57,44	-3,60
02 Rechnungshof	36,26	40,32	-4,07
03 Senat, Senatskanzlei, kirchl. Angelegenheiten	107,94	104,81	3,13
05 Bundes- / Europaangelegenheiten	36,76	31,95	4,81
06 Datenschutz und Informationsfreiheit	12,66	10,81	1,85
07 Inneres	3.503,47	3.439,67	63,80
08 Gleichberechtigung der Frau	10,29	10,02	0,28
11 Justiz	1.243,23	1.237,57	5,66
12 Sport	20,01	22,33	-2,32
21 Bildung	4.866,92	4.869,14	-2,23
22 Kultur	66,81	67,18	-0,37
24 Hochschulen und Forschung	36,17	35,20	0,98
31 Arbeit	142,84	160,09	-17,26
41 Jugend und Soziales	750,85	757,85	-6,99
51 Gesundheit	267,94	274,30	-6,36
68 Umwelt, Bau und Verkehr	713,63	723,24	-9,61
71 Wirtschaft	102,26	87,52	14,74
81 Häfen	111,07	96,10	14,97
91 Finanzen / Personal	1.150,63	1.155,74	-5,11
92 Allgemeine Finanzen	170,36	171,43	-1,07
93 Zentrale Finanzen	0,00	0,00	0,00
<b>insgesamt</b>	<b>13.403,93</b>	<b>13.352,70</b>	<b>51,23</b>

### 1.3 Ausblick 2014

Für den Haushalt 2014/2015 wurden Zielzahlerhöhungen in allen Produktplänen beschlossen, zudem wurden Kontrakte zum mittelfristigen Abbau der Personalüberhänge mit den Ressorts Wirtschaft und Häfen sowie Inneres für das Stadtamt abgeschlossen.

Im Controlling 2014 wird neben der Einhaltung der im Haushalt beschlossenen Ziele auch die Erfüllung der in den Kontrakten vorgegebenen Ziele der Maßstab für die Bewertungen sein. Ferner ist für die Kontraktbereiche vereinbart worden, dass alle personalwirtschaftlichen Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen nur mit Zustimmung der Senatorin für Finanzen umgesetzt werden können. Durch diese Vorgehensweise kann die Senatorin für Finanzen aktiv auf entstehende Probleme reagieren.

Für den Produktplan 07 Inneres ist aufgrund des bestehenden Überhanges im Polizeivollzug und der auch in diesem Jahr anstehenden Übernahme von Polizeianwärtern in den Kernbereich bei gleichzeitig längerer Verweildauer der Mitarbeiter im aktiven Dienst nicht mit einer Verbesserung des Ergebnisses zu rechnen. Mit weiteren Maßnahmen zur Finanzierung des Personals, die zurzeit in Vorbereitung und z. T. beschlossen sind, soll zumindest eine weitere Verschlechterung im Ergebnis verhindert werden.

## 2. Einhaltung der Finanzziele

### 2.1 Ergebnis 2013

Im Controllingbericht Produktgruppenhaushalt Januar bis August 2013<sup>4</sup> wurde von den Fachressorts dargestellt, dass nach Berücksichtigung ressortinterner Deckungsvorschläge Budgetrisiken in Höhe von 11,74 Mio. € im konsumtiven Haushalt bestehen.

Der Senat hat auf dieser Basis unter Berücksichtigung zwischenzeitlich eingetretener Änderungen mit Beschluss vom 5. November 2013 ein Konzept zur Lösung der Budgetrisiken entwickelt und insgesamt konsumtive Mittel in Höhe von rd. 9,044 Mio. € zur Deckung erwarteter und nicht ressortintern ausgleichbarer Budgetrisiken in den Produktplänen 07 Inneres, 11 Justiz, 21 Bildung und 41 Jugend und Soziales bereitgestellt<sup>5</sup>.

Im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte wurde durch Streichung von Ausgaberesten und Verzicht auf die Zuführung rücklagefähiger Mittel in den betroffenen Produktplänen ein rechnerischer Ausgleich für die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von insgesamt 1,14 Mio. € erreicht, so dass tatsächlich zentrale Mittel in Höhe von 7,9 Mio. € erforderlich waren. Im Produktplan 07 Inneres ist ein Defizit aus Mindereinnahmen und Mehrausgaben in Höhe von 2,5 Mio. € (zzgl. 0,69 Mio. € Personalmehrausgaben) verblieben. Ein Betrag in Höhe von 0,338 Mio. € wurde als Ausgabereist übertragen, so dass das tatsächliche Defizit ohne Personalausgaben bei rd. 2,838 Mio. € (incl. Personal iHv. 3,528 Mio. €) liegt. Die produktplanbezogenen Daten können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

<b>Budgetrisiken (ohne Personalausgaben)</b>						
	Budgetrisiko lt. Controlling 01-08/2013	Ausgleich Lösungskonzept Senat	Streichung Abrechnung PPL-Haushalte	tatsächl. Bereitstellung zentr. Mittel	festgestelltes nicht ausgeglichenes Defizit	
Produktplan	Mio. €					
<b>07 Inneres</b>	3,35	1,12	0,00	<b>1,12</b>	2,84	
<b>11 Justiz</b>	1,82	1,80	-0,57	<b>1,23</b>	-	
<b>21 Bildung</b>	2,75	2,75	-0,16	<b>2,58</b>	-	
<b>41 Jugend und Soziales</b>	3,43	3,38	-0,42	<b>2,96</b>	-	
<b>51 Gesundheit</b>	0,39	-	-	<b>0,00</b>	-	
<b>INSGESAMT</b>	<b>11,74</b>	<b>9,04</b>	<b>-1,14</b>	<b>7,90</b>	<b>2,84</b>	

Darüber hinaus wurden mit Beschluss des Senats vom 5. November 2013 zentrale Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 17,326 Mio. € zur Deckung investiver Bedarfe für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, den Ausbau der Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge sowie zur Kapitalaufstockung im Klinikverbund eingesetzt.

Da die Abrechnungsergebnisse der Produktpläne bereits beraten wurden, wird auf eine weiter gehende Betrachtung verzichtet.

<sup>4</sup> Vorlage 1186/18 für die Sitzung des Senats am 5. November 2013

<sup>5</sup> Vorlage 1187/18 für die Sitzung des Senats am 5. November 2013 sowie Vorlage 18/386 L und 18/445 S für die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 6. Dezember 2013

## **2.2 Ausblick 2014**

Der Senat hat den Senator für Inneres und Sport in Anbetracht des festgestellten Defizits im Produktplan 07 Inneres vor dem Hintergrund festgestellter Mindereinnahmen im Rettungsdienst, der Aufstockung der Einnahmeanschläge im Haushaltsjahr 2014 ggü. 2013 und der zum Jahr 2014 abgesenkten Gebühren für den Notarzteinsatz und die Intensivtransporte gebeten, bis zum 31. März 2014 darzulegen, wie sich die tatsächlichen Einnahmen im Jahr 2014 entwickeln werden.

Außerdem wurde der Senator für Inneres und Sport gebeten, auf der Basis realistischer Einschätzungen zur Jahresplanung 2014 bis zum 31. März 2014 Steuerungsvorschläge/-maßnahmen zur Einhaltung des Budgets 2014 vorzulegen und darzustellen, wie der bestehende Verlustvortrag (zumindest schrittweise) abgebaut werden kann.

Vor dem Hintergrund der Ausführungen im Koalitionsvertrag für die 18. Wahlperiode<sup>6</sup> zur Schulvielfalt erarbeitet die Senatorin für Bildung und Wissenschaft einen Vorschlag zur Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft sowie eine Novellierung des Privatschulgesetzes. Es ist davon auszugehen, dass sich in diesem Jahr keine nennenswerten finanziellen Effekte ergeben werden.

In den Produktplänen 11 Justiz und 41 Jugend und Soziales sind Anpassungen der Ressortbudgets im Rahmen der Eckwertbildung 2014/2015 erfolgt: Die Auslagen in Rechtssachen wurden gesteigert und vorabdotiert. Für die bestehenden Plätze in der Kinderbetreuung wurden zusätzliche Mittel bereitgestellt. Außerdem wurden im Rahmen der Haushaltsaufstellung (Ergänzung des Haushaltsentwurfs durch den Senat) Mittel für die Mehraufwendungen für Flüchtlinge eingeplant.

Zur Risikovorsorge hat der Senat im Haushaltsjahr 2014 einen Betrag in Höhe von 4,58 Mio. € veranschlagt. Dieser wurde allerdings bereits in Höhe von 0,75 Mio. € in Anspruch genommen zur Fortführung der von der Stiftung Wohnliche Stadt zugesagten Förderungen, so dass zur Deckung weiterer Risiken im Haushaltsjahr 2014 nur noch ein Betrag in Höhe von 3,83 Mio. € zur Verfügung steht.

Letztlich ist - vor dem Hintergrund der in diesem Haushaltsjahr noch frühzeitig bestehenden Möglichkeiten zur Gegensteuerung – aktuell nicht feststellbar, ob und in welchem Umfang sich die in 2013 festgestellten Risiken tatsächlich fortschreiben werden. Dennoch sollten die Ressorts, die in 2013 Budgetrisiken festgestellt haben, gebeten werden, ihr Controlling frühzeitig (vor Durchführung des zentralen Controllings auf der Basis der IST-Ergebnisse Januar - April 2014) vorzunehmen und im Falle erwarteter Risiken unverzüglich ressortinterne Gegensteuerungsmaßnahmen zu treffen.

## **3. Einhaltung der Leistungsziele**

Die „Leistungsblätter“ (Seite 1a des Produktplanberichts) werden nur in den Fällen vorgelegt, in denen eine unterjährige Messbarkeit möglich und ein Controlling zweckmäßig ist. Die von

---

<sup>6</sup> Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 18. Wahlperiode der bremischen Bürgerschaft 2011 – 2015 vom 28.06.2011, S. 78

den Ressorts vorgelegten Produktplanberichte nebst Leistungsblatt sind im beigefügten Controllingbericht Produktgruppenhaushalt enthalten.

Nach Darstellung in den Ressortberichten werden die geplanten Leistungsziele/-kennzahlen eingehalten bzw. im Wesentlichen eingehalten. Aufgrund der Vielzahl an Leistungsdaten sowie vor dem Hintergrund der unterschiedlichsten Begründungen für positive oder negative Abweichungen ist es nicht zweckmäßig, diese an dieser Stelle einzeln zu benennen oder einzelne herauszuheben. Hierzu wird auf die jeweiligen Produktplan- bzw. Produktbereichsblätter verwiesen.

Die in den Ressortberichten enthaltenen Darstellungen zu Abweichungen von den geplanten Leistungszielen/-kennzahlen und die z.T. ausführlichen Analysen sind im Sinne einer Rechnungslegung für diesen Bereich zu verstehen. Eine gesonderte Darstellung der Erreichung der Leistungsziele/-kennzahlen im Rahmen der nach § 80 Landeshaushaltsordnung zu erstellenden Haushaltsrechnung ist daher nicht vorgesehen.

## II. Einhaltung des veranschlagten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos

Zwecks Einhaltung des Konsolidierungspfades ist im Rahmen des Controllings des Produktgruppenhaushalts einzuschätzen, ob der zulässige Saldo aus den veranschlagten eckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben<sup>7</sup> (in der Summe) **aller Produktpläne im Jahresergebnis** eingehalten werden kann. In der nachfolgenden Tabelle werden für den Haushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen die eckwertrelevanten Salden aus dem Anschlag 2013 mit dem (vorläufigen) IST-Ergebnis 2013 verglichen:

	<i>Anschlag 2013</i>	<i>Be- reinigung</i>	<b>bereinigter Anschlag 2013</b>	<b>IST 2013 (13. Mt)</b>	<b>Ab- weichung</b>	<b>nachrichtlich: vorIST (Schätz. im Dez.)</b>
<b>Mio. €</b>						
<b>eckwertrelevante Einnahmen</b>	<b>649,0</b>	<b>9,7</b>	<b>658,7</b>	<b>793,5</b>	<b>134,8</b>	<b>782,3</b>
darunter:						
- konsumtiv	566,1	9,7	575,8	690,1	114,3	679,5
- invest	82,9		82,9	103,4	20,5	102,7
<b>eckwertrelevante Ausgaben</b>	<b>4.494,3</b>	<b>-1,4</b>	<b>4.492,9</b>	<b>4.618,2</b>	<b>125,3</b>	<b>4.622,6</b>
darunter:						
- Personal	1.192,7		1.192,7	1.191,1	-1,6	1.194,7
- konsumtiv	2.203,5	-1,4	2.202,1	2.290,1	88,0	2.292,1
- investiv	453,7		453,7	526,3	72,6	529,8
- Zinsen	644,4		644,4	610,7	-33,7	606,0
<b>eckwertrelevanter Finanzierungssaldo</b>	<b>-3.845,4</b>	<b>11,2</b>	<b>-3.834,2</b>	<b>-3.824,7</b>	<b>9,5</b>	<b>-3.840,4</b>

Die in der Übersicht ausgewiesenen Bereinigungen des Anschlags sind aus folgenden Gründen erforderlich:

- Mehreinnahmen, die zum (Teil-)Ausgleich eines bestehenden Verlustvortrags

<sup>7</sup> Dabei handelt es sich um die konsumtiven und investiven Einnahmen, die Personal-, konsumtiven, investiven und Zinsausgaben. Nicht enthalten sind die dem Gesamthaushalt zuzuordnenden Steuer- und steuerabhängigen Einnahmen. Außerdem erfolgt keine Bereinigung auf den sogenannten strukturellen Finanzierungssaldo.

herangezogen werden, müssen zu einer Ergebnisverbesserung führen, da sie im Jahr ihres Entstehens zu einer Haushaltsverschlechterung geführt haben. Daher ist aufgrund der vom Senat in seiner Sitzung am 25. Februar 2014 im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2013 beschlossenen „Tilgung“ des Verlustvortrags der konsumtive Einnahmeanschlag um 9,745 Mio. € anzupassen.

- Bei den konsumtiven Ausgaben ist der Anschlag zu korrigieren zum Ausgleich der nicht realisierten Citytax-Einnahmen, die bei den in dieser Tabelle nicht ausgewiesenen steuerabhängigen Einnahmen entstanden sind.

**Deutlich wird dass der bereinigte eckwertrelevante Finanzierungssaldo im Jahresergebnis um rd. 9,5 Mio. € unterschritten wurde. Dies entspricht rd. 0,2 % des Anschlags und stellt damit nahezu eine Punktlandung dar.** Dies ist auch auf die vom Senat in seiner Sitzung am 15. Oktober 2013 und mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses am 11. Dezember 2013 beschlossene Liquiditätssteuerung bei den Investitionen, die aufgrund der erteilten Ermächtigung in Höhe eines Betrages von rd. 32,9 Mio. € erfolgt ist, zurückzuführen.

Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass ggü. den veranschlagten konsumtiven und investiven Einnahmen Mehreinnahmen in Höhe von 134,8 Mio. € (zzgl. 9,7 Mio. € ESF-Mehreinnahmen) erzielt wurden. Im Bereich der eckwertrelevanten Ausgaben wurden gegenüber den Anschlägen Mehrausgaben in Höhe von 125,5 Mio. € (unter Berücksichtigung gesperrter Anschläge zum Ausgleich der Citytax-Mindereinnahmen in Höhe von 1,4 Mio. €) geleistet. Zwar sind die geleisteten Mehrausgaben durch Mehreinnahmen vollständig finanziert und damit saldenneutral, allerdings führt dies bei einer ausschließlichen Betrachtung der Primärausgaben (Personal-, konsumtive und investive Ausgaben) zu einem erheblichen Anstieg gegenüber den Planungen. Aus diesem Grund werden die rechtlichen Gründe sowie der Umfang verwendeter Mehreinnahmen unter III. näher analysiert.

Zur **dezentralen Steuerung der Produktplanhaushalte** ist es erforderlich, dass die Zielwerte auch auf der Ebene des jeweiligen Produktplans eingehalten werden. Für die produktplanbezogene Steuerungsebene sind die jeweiligen Salden aus veranschlagten Einnahmen und Ausgaben zu bereinigen um

- produktplanübergreifend erfolgte Nachbewilligungen bzw. Einsparungen,
- im Verrechnungswege erfolgte produktplanübergreifende Zahlungen,
- (Sonder-)Sperrungen oder sonstige, zugunsten des Gesamthaushalts zu verwendende Beträge (z.B. Tilgung von Verlustvorträgen).

Im unterjährigen Vollzug der Haushalte sind nicht nur die bereits erfolgten, sondern auch die noch bis zum Jahresende erwarteten Veränderungen einzubeziehen.

Der sich nach Berücksichtigung der Veränderungen ergebende bereinigte eckwertrelevante Finanzierungssaldo stellt die Zielgröße auf Produktplanebene dar und ist dem IST-Ergebnis des Saldos der eckwertrelevanten Einnahmen und Ausgaben (jeweils bezogen auf das Jahresende) gegenüber zu stellen.

Die in **Anlage 2** beigefügte Übersicht stellt die Ergebnisse auf Produktplanebene dar. Die

zulässigen produktplanbezogenen eckwertrelevanten Finanzierungssalden wurden mit Ausnahme des Produktplans 07 Inneres und des Produktplans 71 Wirtschaft eingehalten. Die im Produktplan 07 Inneres ausgewiesene Überschreitung resultiert - wie bereits im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte 2013 dargestellt - aus dem Defizit aus Mindereinnahmen und nicht gedeckten Mehrausgaben. Die Überschreitung im Produktplan 71 Wirtschaft wird im Senatorenbudget ausgeglichen.

### III. Analyse der (eckwertrelevanten) konsumtiven und investiven Mehreinnahmen

Im Folgenden sollen die Rechtsgrundlagen sowie der tatsächliche Umfang der aus konsumtiven und investiven Einnahmen für (zusätzliche) Ausgaben bereitgestellten Mittel betrachtet werden.

Im Vollzug wurden **einzelfallbezogen** die nachfolgenden Mehreinnahmen zur Finanzierung von Ausgaben verwendet:

Betrag	Verwendungszweck	verwendete Mehreinnahme
23,031 Mio. €	Sozialleistungen	insbes. Bundesmittel Grundsicherung im Alter
4,300 Mio. €	SV Hafen (Rückführung Liquiditätstausch mit SVIT)	vom SVIT
3,000 Mio. €	JUB	Sonderabschlag der BLB für die Einbringung stiller Beteiligungen
0,781 Mio. €	BBA-Rückführung	div. Mehreinnahmen, die aus der Rückführung der bba in den Haushalt resultieren
0,542 Mio. €	Lösungskonzept Budgetrisiken	Entlastungen im SVIT bei der Entwässerungsgebühr
0,423 Mio. €	Mittelbereitstellung für PPL 07, 11, 41	Mehreinnahmen aus der Intensivierung der Gewinnabschöpfung
0,382 Mio. €	Umweltprojekte	Glücksspieleinnahmen (zweckgebundene Einnahmen aus Umweltbingo)
0,334 Mio. €	an die BAB gem. Vertrag in Zshg. mit der Umwandlung der stillen Einlage BLB	Sonderabschlag der BLB für die Einbringung stiller Beteiligungen
2,792 Mio. €	Sonstiges	Sonstige
<b>35,585 Mio. €</b>	<b>INSGESAMT</b>	

Die vorgenommenen Mittelverwendungen beruhen auf Beschlüssen des Senats und des Haushalts- und Finanzausschusses (u.a. generelle Ermächtigungen) sowie auf der Ermächtigung nach § 6 der Haushaltsgesetze (dezentrale Ermächtigung für PGH-Verantwortliche im Einzelfall bis zu 100 Tsd. € heranzuziehen).

Darüber hinaus werden Mehreinnahmen auf Basis der **im Haushaltsplan angebrachten Haushaltsvermerke** für Ausgabezwecke zur Verfügung gestellt. Dabei handelt es sich entweder um echte Zweckbindungen, bei denen die zweckbestimmte Verwendung durch Gesetz oder vom Geldgeber ausdrücklich vorgeschrieben ist oder um sogenannte „unechte“ Zweckbindungen, die als Ausnahme vom Gesamtdeckungsprinzip nach

§ 8 Landeshaushaltsordnung im Falle eines unmittelbar bestehenden Zusammenhangs zwischen Einnahmeerzielung und Leistung der Ausgabe eingerichtet werden können.

Bei den **echten Zweckbindungen** wurde der Ausgabebereich im Saldo aus Mindereinnahmen und Mehreinnahmen ggü. der veranschlagten Einnahmeerwartung um rd. 46,549 Mio. € verstärkt. Dabei handelt es sich insbesondere um zur Verfügung gestellte Bundesmittel (Kinderbetreuung, Kostenerstattung Bundesbau etc.), aber auch um die Mittel des Sondervermögens Hafen, die dem Haushalt für den Bau des OTB zur Verfügung gestellt wurden.

Bei den sogenannten „unechten“ Zweckbindungen wurden die Ausgabebudgets in Höhe von rd. 53,005 Mio. € verstärkt. Es handelt sich insbesondere um Einnahmen im Bereich der Zinsgeschäfte (rd. 29,128 Mio. €), die wiederum die Zinsausgabeanschläge verstärken. Im Übrigen sind hier im Wesentlichen Kostenerstattungen Dritter (u.a. auch für refinanziertes Personal) enthalten.

Die gegenüber der Planung festgestellten erheblich höheren Ausgaben sind somit in Höhe von 135,139 Mio. € durch konsumtive bzw. investive Mehreinnahmen finanziert worden. Die Einhaltung der (veranschlagten) Primärausgaben ist jedoch zukünftig im Falle vorgeschlagener zusätzlicher Finanzierungen aus Mehreinnahmen stärker in die Entscheidungsabwägung einzubeziehen. Ein Grundsatz dabei sollte sein, dass dauerhafte Aufgaben / Bedarfe nicht durch (einmalige) Mehreinnahmen zu finanzieren sind.

Für außerordentliche, erstmalig entstehende Mehreinnahmen wie beispielsweise die erwarteten Zahlungen des Bundes zur Finanzierung von Kindertagesstätten, für Schulen und Hochschulen, für die Eingliederungshilfe etc. sind gesonderte Verwendungsbeschlüsse des Senats und des Haushalts- und Finanzausschusses notwendig<sup>8</sup>.

Die Haushaltsvermerke sollen nach Auffassung der Senatorin für Finanzen spätestens im Rahmen der nächsten Haushaltsaufstellung 2016/2017 stringent überprüft werden.

### **C. Alternativen**

Keine.

### **D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung**

Mit dieser Vorlage sind unmittelbar keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder gender-bezogenen Auswirkungen verbunden.

---

<sup>8</sup> vgl. Schreiben der Senatorin für Finanzen vom 20. Januar 2014

### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die Produktplan- und Produktbereichsberichte wurden von den Fachressorts erstellt. Die Kommentare der Senatorin für Finanzen wurden mit den Fachressorts erörtert.

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt.

### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Öffentlichkeitsarbeit geeignet.

Gegen eine Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz bestehen keine Bedenken.

### **G. Beschluss**

1. Der Senat nimmt den beigefügten Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt 2013 zur Kenntnis und bittet die Senatorin für Finanzen, diesen an den parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschuss (Land und Stadtgemeinde) weiterzuleiten.
2. Der Senat bittet die Ressorts, insbesondere den Senator für Inneres und Sport, den Senator für Justiz und Verfassung, die Senatorin für Bildung und Wissenschaft sowie die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen im Falle erwarteter Budgetrisiken 2014 unverzüglich Gegensteuerungsmaßnahmen (einschl. dezentraler Bewirtschaftungsmaßnahmen) zu entwickeln und diese einzuleiten.



# Abschlussbericht

## Produktgruppenhaushalt 2013

Januar - Dezember einschl. 13. Monat

Die Senatorin für Finanzen



Freie  
Hansestadt  
Bremen

**Abschlussbericht  
Produktgruppenhaushalt 2013  
Januar – Dezember einschl. 13. Monat**

**Impressum**

Die Senatorin für Finanzen  
Rudolf-Hilferding-Platz 1  
28195 Bremen

Telefon: (0421) 361-10191  
Fax: (0421) 361-2965  
Mail: [office@finanzen.bremen.de](mailto:office@finanzen.bremen.de)

Fachliche Information zu dieser Veröffentlichung:

Referat 21, Andreas Fehren  
Telefon: (0421) 361-2656  
Fax: (0421) 496-2656  
Mail: [andreas.fehren@finanzen.bremen.de](mailto:andreas.fehren@finanzen.bremen.de)

Referat 32, Torsten Markwort  
Telefon: (0421) 361-16703  
Fax: (0421) 496-16703  
Mail: [torsten.markwort@finanzen.bremen.de](mailto:torsten.markwort@finanzen.bremen.de)

Gesamtherstellung:  
Druckerei der Senatorin für Finanzen  
Rudolf-Hilferding-Platz 1  
28195 Bremen

erschienen im März 2014

# Controllingbericht Teil I

## Inhaltsverzeichnis

### Produktplanberichte der Ressorts

(ggf. einschl. Kommentar der Senatorin für Finanzen)

Produktplan 01	Seite	1
Produktplan 02	Seite	4
Produktplan 03	Seite	8
Produktplan 05	Seite	13
Produktplan 06	Seite	18
Produktplan 07	Seite	22
Produktplan 08	Seite	31
Produktplan 09	Seite	36
Produktplan 11	Seite	40
Produktplan 12	Seite	52
Produktplan 21	Seite	58
Produktplan 22	Seite	60
Produktplan 24	Seite	66
Produktplan 31	Seite	71
Produktplan 41	Seite	75
Produktplan 51	Seite	82
Produktplan 68	Seite	87
Produktplan 71	Seite	92
Produktplan 81	Seite	101
Produktplan 91	Seite	105
Produktplan 92	Seite	109
Produktplan 93	Seite	113
Produktplan 96	Seite	117

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 01</b> <b>Bürgerschaft</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		Nicht erreicht	erreicht
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>			
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  <b>Das Budget</b> wird im Saldo (HH-Soll/IST) um rd. 2,96 Mio. € <b>unterschritten</b>. Die Verwaltung der Bürgerschaft beabsichtigt rd. 0,7 Mio. € der allgemeinen Budgetrücklage zuzuführen und rd. 2,3 Mio. € an konsumtiven/investiven Resten in das Haushaltsjahr 2014 zu übertragen.  <b>Der Finanzierungssaldo</b> wird um rd. 0,9 Mio. € (nach Bereinigungen) <b>unterschritten</b> und somit eingehalten.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b>  Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um 3,6 VZE unterschritten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2014 zu erwarten.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Die ausgewählten Leistungsdaten wurden bis auf die Besucherzahlen bei den Plenarsitzungen überschritten. Grundsätzlich ist anzumerken, dass alle ausgewählten Leistungsdaten nicht durch die Bürgerschaft zu beeinflussen sind.</p>			
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>			
Kein Handlungsbedarf.			

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan: Bürgerschaft</b>	<b>01</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Präs. Weber</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013					Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	230	93	137	146,8	98	98	230	132	93
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>230</b>	<b>93</b>	<b>137</b>	<b>146,8</b>	<b>98</b>	<b>98</b>	<b>230</b>	<b>132</b>	<b>93</b>
Personalausgaben	11.675	12.200	-525	-4,3	12.200	12.200	11.675	-525	11.976
konsumtive Ausgaben	7.265	7.835	-570	-7,3	9.515	9.515	7.265	-2.250	7.835
Zinsausgaben	77	77	0	0,2	77	77	77	0	77
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	624	430	194	45,2	677	677	624	-53	430
relevante Verrech./Erstatt.	2	0	2	0,0	2	2	2	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>19.643</b>	<b>20.542</b>	<b>-899</b>	<b>-4,4</b>	<b>22.471</b>	<b>22.471</b>	<b>19.643</b>	<b>-2.828</b>	<b>20.318</b>
<b>Saldo</b>	<b>-19.414</b>	<b>-20.449</b>	<b>1.035</b>	<b>-5,1</b>	<b>-22.373</b>	<b>-22.373</b>	<b>-19.413</b>	<b>2.960</b>	<b>-20.225</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	1.581	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	2.922	3.228	-306	2.922	3.228	-306
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2.922</b>	<b>3.228</b>	<b>-306</b>	<b>2.922</b>	<b>3.228</b>	<b>-306</b>
Refinanzierte	0	1	-1	50	111	-61	50	111	-61
Nebentitel	0	-14	14	8.703	8.861	-158	8.703	8.861	-158
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-13</b>	<b>13</b>	<b>11.675</b>	<b>12.200</b>	<b>-525</b>	<b>11.675</b>	<b>12.200</b>	<b>-525</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-14	14	40	40	0	40	40	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	53,8	57,4	-3,6	53,9	57,5	-3,6	53,9	57,5	-3,6
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>53,8</b>	<b>57,4</b>	<b>-3,6</b>	<b>53,9</b>	<b>57,5</b>	<b>-3,6</b>	<b>53,9</b>	<b>57,5</b>	<b>-3,6</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,9	-	-	0,9	-	-
Abwesende	3,5	-	-	3,8	-	-	3,8	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	4,5	22,5	1,4
Beschäftigte über 55 Jahre	23,9	17,5	25,4
Frauenquote	71,6	50,0	76,1
Teilzeitquote	41,8	35,0	43,7
Schwerbehindertenquote	13,9	6,0	9,9

<b>Produktplan: Bürgerschaft</b>	<b>01</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Präs. Weber</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>

### 3. Analyse/Bewertung

#### Einnahmen

Die veranschlagten Einnahmen werden um rd. 132 Tsd. Euro überschritten. Diese Mehreinnahme resultiert insbesondere aus einer Rückzahlung von Fraktionsmitteln.

#### Finanzdaten

##### Konsumtive Ausgaben

Die konsumtiven Ausgaben sind eingehalten.

##### Personalausgaben

Die Personalausgaben sind eingehalten.

##### Zinsausgaben

Die Zinsausgaben sind eingehalten.

##### Investive Ausgaben

Bei den investiven Ausgaben ist der Finanzierungssaldo um rd. 194 Tsd. Euro überschritten. Diese für Sanierungsbegleitmaßnahmen und neuer Technikausstattung benötigten Mittel sind aus der allgemeinen Budgetrücklage der Bremischen Bürgerschaft entnommen worden.

Im Produktplan wird der Finanzierungssaldo eingehalten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 02</b> <b>Rechnungshof</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		Nicht erreicht	erreicht
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>			
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Das Budget wird im Saldo (HH-Soll/IST) um rd. 1,1 Mio. € unterschritten. Der Rechnungshof beabsichtigt rd. 0,8 Mio. € an Resten in das Haushaltsjahr 2014 zu übertragen.  Der Finanzierungssaldo wird um rd. 0,3 Mio. € unterschritten und somit eingehalten.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b>  Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um 4,0 VZE unterschritten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2014 zu erwarten</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Die Leistungsdaten wurden eingehalten.</p>			
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>			
Kein Handlungsbedarf.			

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b>	<b>02</b>	<b>Controlling 13/13</b>	
<b>Rechnungshof</b>		<b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Präs. Sokol</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschatz	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	4	3	1	32,1	3	3	4	1	3
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>1</b>	<b>32,1</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>4</b>	<b>1</b>	<b>3</b>
Personalausgaben	2.306	3.149	-843	-26,8	3.148	3.148	2.306	-842	2.590
konsumtive Ausgaben	300	337	-37	-10,9	513	513	300	-213	337
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	6	12	-6	-48,0	89	89	6	-83	12
relevante Verrech./Erstatt.	1	2	-1	-34,8	2	2	1	-1	2
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>2.614</b>	<b>3.500</b>	<b>-886</b>	<b>-25,3</b>	<b>3.752</b>	<b>3.752</b>	<b>2.613</b>	<b>-1.139</b>	<b>2.941</b>
<b>Saldo</b>	<b>-2.610</b>	<b>-3.497</b>	<b>887</b>	<b>-25,4</b>	<b>-3.749</b>	<b>-3.749</b>	<b>-2.609</b>	<b>1.140</b>	<b>-2.938</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	872	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	2.243	2.511	-268	2.243	2.511	-268
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>2.243</b>	<b>2.511</b>	<b>-268</b>	<b>2.243</b>	<b>2.511</b>	<b>-268</b>
Refinanzierte	0	0	0	0	574	-574	0	574	-574
Nebentitel	0	-25	25	63	64	-1	63	64	-1
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-25</b>	<b>25</b>	<b>2.306</b>	<b>3.149</b>	<b>-843</b>	<b>2.306</b>	<b>3.149</b>	<b>-843</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-25	25	62	62	0	62	62	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	36,3	40,3	-4,0	37,4	40,3	-2,9	37,4	40,3	-2,9
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>36,3</b>	<b>40,3</b>	<b>-4,0</b>	<b>37,4</b>	<b>40,3</b>	<b>-2,9</b>	<b>37,4</b>	<b>40,3</b>	<b>-2,9</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	1,0	-	-	0,8	-	-	0,8	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	5,1	22,5	2,5
Beschäftigte über 55 Jahre	28,2	17,5	35,0
Frauenquote	56,4	50,0	52,5
Teilzeitquote	18,0	35,0	15,0
Schwerbehindertenquote	5,1	6,0	5,0



<b>Produktplan: Rechnungshof</b>	<b>02</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Präs. Sokol</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>

### 3. Analyse/Bewertung

kamerale Finanzdaten

Die kamerale Finanzdaten sind eingehalten.

Personalmittel

Die Personalmittel sind eingehalten.

investive Ausgaben

Die investiven Mittel sind eingehalten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 10.03.2014

PRODUKTPLAN 03 Senatskanzlei	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:**

**Finanzdaten**

Das Budget wurde insgesamt eingehalten. Personalmehrausgaben (Land) werden im Jahresabschluss durch Heranziehung konsumtiver und investiver Minderausgaben (Land und Stadt) sowie konsumtiver Mehreinnahmen (Stadt) und Personalminderausgaben (Stadt) ausgeglichen. Es sollen 1.968.346,03 € der investiven Budgetrücklage (Land und Stadt) zugeführt werden.

Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wird um 19,5 Tsd. € unterschritten.

**Personaldaten**

Die Personalausgaben werden um rd. 249 Tsd. € überschritten.

Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um 3,1 VZE überschritten. Die Erhöhung der Zielzahlen von 104,81 VZE in 2013 auf 106,9 VZE im Haushalt 2014 führt im Ergebnis zu einer noch zu realisierenden Einsparung von 1 VZE.

**Leistungsdaten**

Die Planwerte wurden im Wesentlichen eingehalten. Die Anzahl der Bürgeranträge ist fast um das 3-fache ggü. dem Planwert gestiegen. Dies ist nicht steuerbar. Zudem gab es einen deutlichen Anstieg bei den vernetzten und koordinierten Projekten.

**Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Kein Handlungsbedarf.

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.</b>	<b>03</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b> <b>Bgm. Böhrnsen</b>		<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	523	162	361	222,6	514	513	523	10	162
investive Einnahmen	8	0	8	0,0	8	8	8	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	55	25	30	120,0	55	55	55	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>586</b>	<b>187</b>	<b>399</b>	<b>213,2</b>	<b>577</b>	<b>576</b>	<b>586</b>	<b>10</b>	<b>162</b>
Personalausgaben	8.161	7.912	249	3,2	7.912	7.913	8.160	247	7.752
konsumtive Ausgaben	4.919	4.493	426	9,5	4.962	4.962	4.918	-44	4.492
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	2.145	2.740	-595	-21,7	4.385	4.386	2.145	-2.241	2.740
relevante Verrech./Erstatt.	316	7	309	4.420,4	349	349	316	-33	7
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>15.541</b>	<b>15.152</b>	<b>389</b>	<b>2,6</b>	<b>17.607</b>	<b>17.610</b>	<b>15.539</b>	<b>-2.071</b>	<b>14.991</b>
<b>Saldo</b>	<b>-14.956</b>	<b>-14.965</b>	<b>9</b>	<b>-0,1</b>	<b>-17.030</b>	<b>-17.034</b>	<b>-14.953</b>	<b>2.081</b>	<b>-14.829</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
Tsd. EUR	
65	0

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	-12	0	-12	6.347	6.192	155	6.347	6.192	155
Personalverstärkung	0	0	0	190	190	0	190	190	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>-12</b>	<b>0</b>	<b>-12</b>	<b>6.537</b>	<b>6.382</b>	<b>155</b>	<b>6.537</b>	<b>6.382</b>	<b>155</b>
Refinanzierte	0	0	0	151	139	12	151	139	12
Nebentitel	12	-37	49	1.473	1.391	82	1.473	1.391	82
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-37</b>	<b>37</b>	<b>8.161</b>	<b>7.912</b>	<b>249</b>	<b>8.161</b>	<b>7.912</b>	<b>249</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-37	37	43	43	0	43	43	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	107,9	104,8	3,1	107,7	105,8	1,9	107,7	105,8	1,9
Personalverstärkung	3,5	3,5	0,0	3,5	3,5	0,0	3,5	3,5	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>111,4</b>	<b>108,3</b>	<b>3,1</b>	<b>111,2</b>	<b>109,3</b>	<b>1,9</b>	<b>111,2</b>	<b>109,3</b>	<b>1,9</b>
Refinanzierte	2,0	-	-	2,6	-	-	2,6	-	-
Abwesende	11,8	-	-	12,6	-	-	12,6	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,3	22,5	8,1
Beschäftigte über 55 Jahre	26,3	17,5	31,6
Frauenquote	57,9	50,0	58,1
Teilzeitquote	20,3	35,0	21,3
Schwerbehindertenquote	6,9	6,0	8,3

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Politische Bildung

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

- Schwerpunktsetzung auf Erinnerungs- u. Gedenkstättenarbeit sowie Europäische Integration.
- Der Auftrag des Senats vom 14.09.2010, die Gedenkstätte Bunker Valentin mit Bundeshilfe aufzubauen, konnte durch einen erfolgreichen Antrag beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien umgesetzt werden. In einer fünfjährigen Projektphase von 2011 bis 2015 gewährt der Bund eine Zuwendung von insgesamt 2 Mio. Euro. Die konkrete Mittelzuweisung des Bundes ist im ersten Quartal 2014 zu erwarten. Entsprechende Bauanträge sind eingereicht worden und wurden bereits bewilligt. Nutzungsvereinbarungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, welche den Betrieb der Gedenkstätte dauerhaft sichern, wurden abgeschlossen.
- Beginnend mit dem IV. Quartal 2013 startete ein Teilprojekt „Wegebau“ am Bunker Valentin mit einer Finanzierung via bereits zugesagter EFRE-Mittel in Höhe von insgesamt 396.000 €, wovon die ersten Gelder noch in 2013 verwendet wurden. 2014 soll das Wegebauprojekt in Gänze abgeschlossen werden.

#### Stadtteilmanagement

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

- Infolge der neuen Rechtsgrundlage des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter vom 10. Februar 2010 wurde die Richtlinie der Zusammenarbeit des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa mit den Beiräten und Ortsämtern in Bau-, Umwelt- und Straßenverkehrsangelegenheiten durch das Fachressort und die Senatskanzlei überarbeitet. Die Beirätekonferenz hat sich in mehreren Sitzungen mit diesem Entwurf befasst und hat ihn zur Kenntnis genommen. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr bereitet die weitere Umsetzung vor.
- Die Verordnung über Pauschsätze nach dem Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter ist überarbeitet worden. Der Senat hat die VO am 17. Dezember 2013 beschlossen. Sie tritt am 1. Januar 2014 in Kraft.
- In einer Arbeitsgruppe bestehend aus Beiratssprecherinnen, Beiratssprechern einer Ortsamtsleitung und der Senatskanzlei wurde begonnen, die Richtlinie über die Verwendung der Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen (sog. Globalmittel) im Hinblick auf die Einführung der Zentralen Zuwendungsdatenbank Bremen zu überarbeiten.
- Für die dritte Tranche im Jahr 2013 lagen 34 Anträge auf Mittel aus dem Programm „Impulse für den sozialen Zusammenhalt“ vor. Der Haushalts- und Finanzausschuss (Stadt) der Bremischen Bürgerschaft hat in der Sitzung am 6. Dezember 2013 über die Mittelvergaben entschieden. Für die bewilligten Projekte wurden die Zuwendungs- und Zuweisungsbescheide durch die Senatskanzlei erstellt.

#### Medienrecht u. Medienpolitik

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

- Der ARD-Finanzausgleich wird hinsichtlich der Finanzen Radio Bremens mit den anderen Ländern und den ARD-Anstalten diskutiert.
- Anpassung von Gesetzen und Staatsverträgen im Rundfunkbereich.
- Beratung und Beantwortung von Aspekten des und Eingaben zum neuen Rundfunkbeitrag.
- Die Ergebnisse der Evaluierung des Beitragsmodells werden mit den Rundfunkreferenten der Länder und der KEF beraten.
- Das Bremische Landesmediengesetz wird einer Evaluierung unterzogen.
- Fortsetzung der gemeinsamen Filmfördereinrichtung „nordmedia“ mit Niedersachsen. In 2013 fanden drei Sitzungen des nordmedia-Vergabeausschusses statt, bei denen über 100 Filmprojekte eine Förderung erhalten haben.

## B. Leistungskennzahlen

Hinweis: Leistungskennzahlen sind im PPL 03 im Hinblick auf die Eigenart der Aufgaben des Ressortbereichs nicht definiert. In den Produktgruppen bilden statistische Kennzahlen zu einzelnen Aufgaben ausgewählte Leistungsmengen ab.

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2010
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Beschreibung [Einheit]			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

<b>Produktplan: 03</b> <b>Senat, Senatskanzlei, Kirchl.Angelegenh.</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich: Bgm. Böhrnsen</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>
<p><b>3. Analyse/Bewertung</b></p> <p>Das Budget wurde um 2.081 TEUR unterschritten.  Das Finanzierungssaldo wurde um 239 TEUR überschritten.  Bei den Gesamtausgaben liegt eine Überschreitung i.H. von 10 TEUR vor.</p> <p>3.1 Kamerale Finanzdaten</p> <p>3.1.1 Konsumtive Einnahmen  Das Budget bei den konsumtiven Einnahmen wurde um 10 TEUR überschritten.  Mehreinnahmen wurden aus Nutzungsentgelten für die Säle des Rathauses, Erlösen aus Außenträuerungen und Mieten für Behördenparkplätze und Sitzungssäle der Ortsämter sowie aus Einnahmen aus Veröffentlichungen erzielt.</p> <p>3.1.2 Investive Einnahmen  Das Budget bei den investiven Einnahmen wurde i.H. der Einnahmeverfügungsmittel (Zuwendungen des Bundes) eingehalten.</p> <p>3.1.3 relevante Verrechnungen/Erstattungen  Das Budget bei den relevanten Verrechnungen / Erstattungen ist ausgeglichen.  Es handelt sich hierbei um eine Zuweisung i.H. von 25 TEUR vom Senator für Umwelt, Bau und Verkehr für stadtteilbezogene Projekte und um eine Zuweisung i.H. von 30 TEUR vom Projekt Soziale Stadt für ein GraffitiProjekt in der Produktgruppe 03.01.02.</p> <p>3.1.4 Personalausgaben  Das Budget bei den Personalausgaben wurde um 247 TEUR überschritten.</p> <p>3.1.5 Konsumtive Ausgaben  Das Budget bei den konsumtiven Ausgaben wurde um 44 TEUR unterschritten.  Es handelt sich hierbei um die Nichtinanspruchnahme von Einnahmeverfügungsmittel.</p> <p>3.1.6 Investive Ausgaben  Das Budget bei den investiven Ausgaben wurde um 2.241 TEUR unterschritten.  Es handelt sich hierbei um die Nichtinanspruchnahme von Haushaltsresten.</p> <p>4. Einhaltung des Finanzierungssaldos  Das Finanzierungssaldo wurde um 239 TEUR überschritten.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 05</b> <b>Bund und Europa</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>	
		Nicht erreicht erreicht
<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Personal:</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<b>n.e.</b>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>            Das Budget wird um 0,5 Mio. € unterschritten, resultierend aus der Nichtinanspruchnahme der konsumtiven Ausgabereste. Das Ressort beabsichtigt, in gleicher Höhe wiederum Ausgabereste auf 2014 übertragen zu lassen.</p> <p>Der um die Budgetveränderungen bereinigte Finanzierungssaldo wird um 0,1 Mio. € unterschritten.</p>		
<p><b><u>Personaldaten</u></b>            Die Überschreitung bei den Personalausgaben wurde durch Inanspruchnahme von Rücklagen und aus anderen Aggregaten innerhalb des Produktplans ausgeglichen.</p> <p>Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um 4,8 VZE überschritten. Für den Haushalt 2014 wurde für den Produktplan eine Erhöhung der Zielzahl beschlossen. Für das Haushaltsjahr 2014 lässt sich zurzeit kein zusätzlicher personalwirtschaftlicher Handlungsbedarf erkennen.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Kein Handlungsbedarf.		

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Bundes- und Europaangelegenheiten</b>	<b>05</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>
<b>Verantwortlich:</b> <b>Bgm. Böhrrsen</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>
		

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	528	390	138	35,4	528	529	528	-1	390
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>528</b>	<b>390</b>	<b>138</b>	<b>35,4</b>	<b>528</b>	<b>529</b>	<b>528</b>	<b>-1</b>	<b>390</b>
Personalausgaben	2.731	2.732	-1	-0,0	2.731	2.731	2.731	0	2.459
konsumtive Ausgaben	2.705	2.685	20	0,7	3.164	3.164	2.705	-459	2.685
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	109	80	29	35,9	109	108	108	0	80
relevante Verrech./Erstatt.	1	1	0	18,0	1	1	1	0	1
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>5.546</b>	<b>5.498</b>	<b>48</b>	<b>0,9</b>	<b>6.005</b>	<b>6.004</b>	<b>5.545</b>	<b>-459</b>	<b>5.225</b>
<b>Saldo</b>	<b>-5.017</b>	<b>-5.108</b>	<b>91</b>	<b>-1,8</b>	<b>-5.477</b>	<b>-5.475</b>	<b>-5.017</b>	<b>458</b>	<b>-4.836</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	531	0
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	403	-403	2.577	2.577	0	2.577	2.577	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>403</b>	<b>-403</b>	<b>2.577</b>	<b>2.577</b>	<b>0</b>	<b>2.577</b>	<b>2.577</b>	<b>0</b>
Refinanzierte	0	-65	65	83	83	0	83	83	0
Nebentitel	0	-81	81	72	72	0	72	72	0
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>257</b>	<b>-257</b>	<b>2.732</b>	<b>2.732</b>	<b>0</b>	<b>2.732</b>	<b>2.732</b>	<b>0</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-18	18	24	24	0	24	24	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	36,8	32,0	4,8	37,5	32,3	5,2	37,5	32,3	5,2
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>36,8</b>	<b>32,0</b>	<b>4,8</b>	<b>37,5</b>	<b>32,3</b>	<b>5,2</b>	<b>37,5</b>	<b>32,3</b>	<b>5,2</b>
Refinanzierte	1,0	-	-	1,5	-	-	1,5	-	-
Abwesende	1,8	-	-	1,3	-	-	1,3	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,1	22,5	6,8
Beschäftigte über 55 Jahre	20,5	17,5	20,5
Frauenquote	65,9	50,0	65,9
Teilzeitquote	27,3	35,0	18,2
Schwerbehindertenquote	2,4	6,0	2,4

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### **Mitwirkung Bremens an der bundes- und europapolitischen Willensbildung, Wahrnehmung und Vertretung bremischer Interessen auf Bundes- und Europaebene**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Mitwirkung Bremens an dem Gesetzgebungsverfahren des Bundes im Rahmen des Bundesrates ist wahrzunehmen. Dies ist für das Land Bremen als Bestandteil des föderativen Systems von gleichbleibend elementarer Bedeutung. Bremen muss seine Position gegenüber dem Bund und den anderen Ländern wahren, auf Dauer sichern und seine Rolle im föderativen System weiter aktiv wahrnehmen. Die spezifischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen Bremens und Bremerhavens sind auch in Brüssel zu sichern. Die interregionale Zusammenarbeit in Netzwerken mit anderen Ländern und europäischen Regionen ist interessengeleitet zu intensivieren. Die aktive Mitwirkung in innerstaatlichen und europäischen Gremien ist fortzusetzen.

#### **Bremen als Wirtschafts-, Wissenschaft- und Kulturstandort in Berlin und Brüssel repräsentieren**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Darstellung Bremens als ein leistungsfähiger Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sowie als innovative Kulturmetropole in Berlin muss sichergestellt werden. Gleiches gilt für das Land bzw. die Region Bremen auf europäischer Ebene. Das Profil des Zwei-Städte-Staates als europäisches Kompetenzzentrum, z. B. im Bereich der Raumfahrt und der maritimen Technologien, ist zu stärken.

#### **Stärkung der Europafähigkeit der bremischen Verwaltung, europabezogene Öffentlichkeitsarbeit, europapolitische Bildung in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen in Bremen**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Überdies muss durch geeignete Maßnahmen die Europafähigkeit der bremischen Verwaltung weiter gestärkt werden. In Anbetracht knapperer Kofinanzierungsmittel sind die Chancen auf Erwerb europäischer Fördermittel durch stärkere ressortübergreifende Abstimmung und Schwerpunktsetzung zu erhalten. Die Verbreitung und Vertiefung des europäischen Gedankens in der Bevölkerung Bremens muss durch geeignete Maßnahmen der europabezogenen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit weiter intensiviert werden.

#### **Bekämpfung der Armut, Schutz der Ressourcen und der Menschenrechte mit Nichtregierungsorganisationen**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind Entwicklungspartnerschaften für Klima- und Ressourcenschutz von Wirtschaft, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen zu stärken. Durch Nutzung spezifischer Bremer Kompetenzen in der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern der Entwicklungszusammenarbeit sollen Vorteile für den Standort Bremen erzielt werden.

## B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Interessenwahrnehmung Bundesgesetzgebung	424,00	470,000	-46,00	-9,79%	470
Info.beschaff.zum polit.Gescheh.in Berlin	327,00	320,000	7,00	2,19%	320
Öffentlichkeitsarbeit	314,00	372,000	-58,00	-15,59%	372
Meinungsbildungsprozesse	309,00	355,000	-46,00	-12,96%	355
Erhalt und Ausbau v. Netzwerken	235,00	317,000	-82,00	-25,87%	317
Repräsentanz Bremen (Berlin)	5,00	17,000	-12,00	-70,59%	17
Zielgruppenorient. Werbung f.HB (Berlin)	7,00	22,000	-15,00	-68,18%	22
Übernachtungen im Gästehaus (Berlin)	903,00	1.200,000	-297,00	-24,75%	1.200
Interessenvertretung in Brüssel	730,00	600,000	130,00	21,67%	600
Koordinierung EU-Angelegenheiten in HB	17,00	16,000	1,00	6,25%	16
Berat.Förderprog./ EU-Recht, Bürgeranfragen	207,00	330,000	-123,00	-37,27%	330
Mitwirk. Innerstaatl.u.europ.Gremien	10,00	16,000	-6,00	-37,50%	16
Europabezogene Öffentlichkeitsarbeit	129,00	55,000	74,00	134,55%	55
Instit.transnat.u.regionale Zusammenarbeit	106,00	100,000	6,00	6,00%	100
Stärkung Europafähigkeit d:FHB - Verwaltg.	3,00	5,000	-2,00	-40,00%	5
Grundbedürfnisorientierte Projekte (EZ)	22,00	20,000	2,00	10,00%	20
Training Küstenzonenentwicklung (EZ)	4,00	4,000	0,00	0,00%	4
Epol.Bildung u. Netzwerke (EZ)	11,00	13,000	-2,00	-15,38%	13
Publikationen (EZ)	3,00	3,000	0,00	0,00%	3
Fairer Handel (EZ)	5,00	10,000	-5,00	-50,00%	10

<b>Produktplan:</b> <b>Bundes- und Europaangelegenheiten</b>	<b>05</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Bgm. Böhrnsen</b>	<b>Version: 92</b> <b>Seite 2</b>

**3. Analyse/Bewertung**

**Konsumtive Einnahmen**  
Das IST der konsumtiven Einnahmen liegt zum Jahresende über dem Planwert. Dies lässt sich im Wesentlichen aufgrund von Erstattungen Dritter aus 2012 erklären und der Einnahmeverbesserung durch weitere Untervermietungen. Das HH-Soll ist ausgeglichen.

**Personalausgaben**  
Die Überschreitung der Personalausgaben gegenüber den Anschlägen resultiert aus der Überschreitung der Zielzahlen. Das IST im Kernbereich ist aufgrund des vorhandenen Personals höher als das Soll (Zielzahlen), das derzeit nicht eingehalten werden kann. Ein Ausgleich ist erfolgt.

**Konsumtive Ausgaben**  
Das HH-Soll wurde um 459 Tsd.EUR unterschritten, das sind die HH-Reste aus den Vorjahren.

**Investive Ausgaben**  
Die investiven Ausgaben liegen zum Jahresende über den Anschlag, sind im HH-Soll aber ausgeglichen.

**Einhaltung des veranschlagten Finanzierungssaldo**  
Der bereinigte Finanzierungssaldo von 5.063,9 Tsd.EUR wurde zum Jahresende um 47,6 Tsd.EUR unterschritten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 06</b> <b>Datenschutz und Informationsfreiheit</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		Nicht erreicht	erreicht
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>			
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Der Produktplan weist ein ausgeglichenes Ergebnis aus.  Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplan-übergreifenden Verlagerungen (rd. 0,150 Mio. €) eingehalten.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b>  Die Überschreitungen bei den Personalausgaben wurden innerhalb des Produktplans und durch das Senatorinnenbudget ausgeglichen.  Die Zielzahl wird zum Jahresende um 1,9 VZE überschritten. Ab dem Haushaltsjahr 2014 wurde eine Erhöhung der Zielzahl um 2,5 VZE beschlossen. Aus heutiger Sicht ist für das Haushaltsjahr 2014 kein zusätzlicher personalwirtschaftlicher Handlungsbedarf erkennbar.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Die Abweichung bei den Plandaten, insbesondere bei den Kontrolltätigkeiten, ist auf geringe Personalkapazitäten zurückzuführen.  Der Schwerpunkt war im Jahr 2013 die Vorbereitung und Organisation der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder in Bremen.</p>			
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>			
Kein Handlungsbedarf.			

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Datenschutz und Informationsfreiheit</b>	<b>06</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>
<b>Verantwortlich:</b> <b>Dr. Sommer</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>
		

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	2	0	2	0,0	2	2	0	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>0,0</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Personalausgaben	815	815	0	0,0	815	815	0	634
konsumtive Ausgaben	107	129	-22	-17,2	107	107	0	129
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
investive Ausgaben	2	13	-11	-85,2	2	2	0	13
relevante Verrech./Erstatt.	5	1	4	370,3	5	5	0	1
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>929</b>	<b>958</b>	<b>-29</b>	<b>-3,0</b>	<b>929</b>	<b>929</b>	<b>0</b>	<b>777</b>
<b>Saldo</b>	<b>-927</b>	<b>-958</b>	<b>31</b>	<b>-3,3</b>	<b>-926</b>	<b>-927</b>	<b>0</b>	<b>-777</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr .
Tsd. EUR	
0	0

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	141	-141	795	795	0	795	795	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>141</b>	<b>-141</b>	<b>795</b>	<b>795</b>	<b>0</b>	<b>795</b>	<b>795</b>	<b>0</b>
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	3	-3	20	20	0	20	20	0
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>144</b>	<b>-144</b>	<b>815</b>	<b>815</b>	<b>0</b>	<b>815</b>	<b>815</b>	<b>0</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	3	-3	20	20	0	20	20	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	12,7	10,8	1,9	13,4	10,9	2,5	13,4	10,9	2,5
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>12,7</b>	<b>10,8</b>	<b>1,9</b>	<b>13,4</b>	<b>10,9</b>	<b>2,5</b>	<b>13,4</b>	<b>10,9</b>	<b>2,5</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	2,0	-	-	0,8	-	-	0,8	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	12,5	22,5	6,7
Beschäftigte über 55 Jahre	6,3	17,5	6,7
Frauenquote	68,8	50,0	66,7
Teilzeitquote	25,0	35,0	26,7
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
Sachstand/Analyse/Bewertung					
B. Leistungskennzahlen					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Anlassbezog. Beratung und Kontrolltätigk.	63,15	65,00	-1,85		65,00
Anlassunabhängige Kontrolltätigkeiten	2,55	10,00	-7,45		10,00
Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit	9,54	10,00	-0,46		10,00
Andere Datenschutz- und IFG-Tätigkeiten	24,76	15,00	9,76		15,00
Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2					

<b>Produktplan:</b>	<b>06</b>	<b>Controlling 13/13</b>	
<b>Datenschutz und Informationsfreiheit</b>		<b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Dr. Sommer</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>

### 3. Analyse/Bewertung

#### Personalausgaben:

Bei den Personalausgaben ist das Haushalts-Soll 2013 in Höhe von ca. 815 Tsd. Euro eingehalten worden, wobei ein fehlender Betrag in Höhe von ca. 141 Tsd. Euro zum Jahresende durch zusätzliche Einnahmen sowie Nachbewilligungen innerhalb des Produktplans 06 und des Senatorinnenbudgets ausgeglichen wurde.

#### Konsumtive Ausgaben:

Bei den konsumtiven Ausgaben ist das Haushalts-Soll 2013 eingehalten, die veranschlagten Gesamtausgaben 2013 sind nicht überschritten worden.

#### Investive Ausgaben:

Auch bei den investiven Ausgaben ist das Haushalts-Soll 2013 eingehalten und die veranschlagten Gesamtausgaben 2013 sind nicht überschritten worden.

#### Budgeteinhaltung:

Das Budget ist unter Nutzung vorhandener Kompensationsmöglichkeiten eingehalten worden.

#### Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos:

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo ist eingehalten worden. Dieses ist unter anderem durch zusätzliche Einnahmen des Produktplans 06 sowie Nachbewilligungen erreicht worden.

#### Leistungsziele:

Die Abweichung von den Planwerten bei den Leistungszielen ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass Kontrolltätigkeiten, insbesondere die anlassunabhängigen, aufgrund der geringen Mitarbeiterzahl im Berichtszeitraum nicht im gewünschten Umfang wahrgenommen werden konnten. Mit besonderem Aufwand war im Jahr 2013 die Vorbereitung und Organisation der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder in Bremen verbunden.

PRODUKTPLAN 07 Inneres	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht erreicht
Finanzen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

### Kommentar:

#### Finanzdaten

Das Ressort hatte mit dem Controllingbericht Januar bis November 2013 (Stand 13.12.2013) unter Berücksichtigung der aus dem zentralen Risikofonds bewilligten Mittel in Höhe von 1,1 Mio. € zum Jahresende Mindereinnahmen in Höhe von 0,864 Mio. € und Mehrausgaben in Höhe von 4,018 Mio. € prognostiziert.

Das **Jahresergebnis 2013** weist nunmehr im Saldo aus Mindereinnahmen (1,811 Mio. €) und Mehrausgaben (1,380 Mio. €) eine rechnerische **Haushaltsverschlechterung in Höhe von 3,191 Mio. €** aus. Gründe für die erheblichen Abweichungen zwischen der im Dezember vorgenommenen Prognose und dem tatsächlich festgestellten Ist des Haushaltsjahres (1,691 Mio. €) werden vom Ressort nicht genannt.

Das Defizit ergibt sich aus folgenden Produktbereichen:

07.01 Polizei	- in T€ -	Schwerpunkte der Abweichungen
Minder-Einnahmen	481	Verwarnungsgelder
Mehr-Ausgaben (Personal)	539	Polizeivollzugsdienst
<b>07.02 u.a. Feuerwehr, Rettungsdienst</b>		
Minder-Einnahmen	900	Rettungsdienst (Absenkung d. Gebühr für die Nutzung der Notarzteinsatz- und Intensivtransportfahrzeuge sowie drastisch gestiegene Fehleinsätze)
Minder-Ausgaben	39	
<b>07.03 Öffentl. Ordnung (u.a. Verkehrsüberw., Stadtamt)</b>		
Minder-Einnahmen	526	Verkehrsüberwachung
Mehr-Ausgaben	1.079	Stadtamt (u.a. Mehrausgaben Nachzahlung Bundesdruckerei (0,450 Mio. €), Nachzahlung Mietnebenkosten (0,200 Mio. €), Postgebühren (0,120 Mio. €))
<b>07.90 Sonst. Inneres (u.a. Statistiken, Wahlen)</b>		
Mehr-Einnahmen	-96	(wirken defizitausgleichend)
Mehr-Ausgaben (Personal)	151	Überschreitung Beschäftigungszielzahl (Senatorische Behörde)
Minder-Ausgaben (konsumtiv)	349	Reste aus 2011 für Zensus 2011, Rest soll i.R. des Abschlusses auf 2014 übertragen werden
<b>insgesamt</b>		
Minder-Einnahmen	1.811	
Mehr-Ausgaben	1.380	
<b>Defizit somit insgesamt</b>	<b>3.191</b>	

Das Ressort hat bei seiner Defizitbetrachtung (2,507 Mio. €) die vom Land an die Stadtgemeinde Bremen erstattete Feuerschutzsteuer in Höhe der Mehreinnahmen von

0,684 Mio. € als Deckungsbeitrag angesehen. Allerdings handelt es sich bei den Feuerschutzsteuer-Mehreinnahmen um allgemeine Haushaltsdeckungsmittel. Dieses wurde dem Ressort mitgeteilt.

Obwohl der Senat und der Haushalts- und Finanzausschuss im Zusammenhang mit dem Lösungskonzept für verbliebene Risiken den Senator für Inneres und Sport gebeten hatte, kurzfristig wirkende Steuerungsmaßnahmen zu ergreifen und frühzeitig (noch im Haushaltsjahr 2013) dauerhaft wirkende Maßnahmen zum Ausgleich struktureller Risiken zu entwickeln, wurden die o.g. Mehrausgaben nicht vermieden. Mit dem Ressort ist diese Problematik erörtert worden; der Senator für Inneres und Sport hat nunmehr angekündigt, im Haushaltsjahr 2014 weitere Instrumente zur Haushaltssteuerung zu installieren. Hierüber soll im Rahmen des Controllings 2014 berichtet werden.

Das Ressort hat im Rahmen des Abschlusses eine Resteübertragung bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 0,338 Mio. € für die Abwicklung des Zensus 2011 vorgenommen, sodass in dieser Höhe die Minderausgaben nicht zur Deckung von Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben herangezogen werden konnten. Die Mittel für den Zensus sind im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2011 über den Ressortekwert hinaus zur Verfügung gestellt worden. Aufgrund der Regelung in § 45 Absatz 2 LHO sollte hier eine letztmalige Resteübertragung (0,338 Mio. €) in das Jahr 2014 erfolgen. Evtl. spätere Nachforderungen in 2015ff sind ggf. aus dem Budget Inneres zu finanzieren.

Im Ergebnis verbleibt im Produktplan Inneres ein Defizit in Höhe von **3,529 Mio. €**, das auf Antrag des Ressorts als Verlust vorgetragen wurde, so dass sich der bestehende Verlustvortrag von 12,300 Mio. € um 3,529 Mio. € auf 15,829 Mio. € erhöht.

Der Verlustvortrag hat sich seit 2005 wie folgt entwickelt:

2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
- in Mio € -								
2,3	2,7	6,4	6,4	11,6	11,6	11,3	12,3	15,8

Das Ressort selbst unterbreitet keine Vorschläge zum Abbau des über die Jahre aufgelaufenen Verlustvortrages. In diesem Sinne sollte das Ressort aufgefordert werden, im Rahmen der künftigen Controllingberichte darzustellen, wie ein entsprechender Abbau (auch schrittweise) realisiert werden kann.

Der zulässige **Finanzierungssaldo** wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen (5,819 Mio. €) um 3,596 Mio. € überschritten. Diese Überschreitung ist auf die o.g. Mehrausgaben, nicht ausgeglichene Mindereinnahmen sowie die Inanspruchnahme von konsumtiven Ausgaberesten zurückzuführen. Die vom Ressort im Bericht dargestellte Überschreitung des Finanzierungssaldos kann von hier nicht nachvollzogen werden. Dieses wurde dem Ressort mitgeteilt.

#### Ausblick 2014:

Da im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2014/2015 die Einnahme- und Ausgabeanschlätze um rd. 2,5 Mio. € angehoben wurden, sollte der Senator für Inneres und Sport gebeten werden mitzuteilen/darzustellen, welche Gegensteuerungsmaßnahmen vom Ressort

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 26.02.2014

unternommen werden, um das Budget 2014 einzuhalten.

Dieses besonders auch vor dem Hintergrund, dass Mindereinnahmen aus der Absenkung der Gebühren für die Nutzung der Notarzteinsatz- und Intensivtransportfahrzeuge in nicht unbeachtlicher Höhe in 2013 entstanden sind, und die Gebühren für 2014 nochmals abgesenkt wurden.

### **Personaldaten**

Die Personalausgaben werden um rd. 698 Tsd. € überschritten.

Die Personalzielzahl wurde zum Jahresende um 63,8 VZE überschritten. Jahresdurchschnittlich lag die Überschreitung der Zielzahlen bei rd. 10,9 VZE. Der deutliche Unterschied zwischen der durchschnittlichen Überschreitung und dem Jahresendergebnis ist durch die Übernahme der Polizeianwärter in den Kernbereich zu erklären. Das Beschäftigungsvolumen im Produktplan 07 hat gegenüber Dezember 2012 um rd. 27,6 VZE zugenommen.

Für das Jahr 2014 werden in der Kommentierung durch das Ressort Mehrausgaben gegenüber dem kürzlich verabschiedeten Haushalt angekündigt. Es liegen Konzepte vor bzw. sind geplant die mittelfristig wirken sollen, Maßnahmen die diese Überschreitungen des Anschlages bereits im Haushaltsjahr 2014 vollständig verhindern können sind nicht erkennbar.

### **Leistungsdaten**

Die Leistungsziele wurden im Wesentlichen eingehalten. Hierzu wird auf die Seite 1a verwiesen.

### **Maßnahmen/Steuerungsvorschlag**

Der Senator für Inneres und Sport sollte gebeten werden

1. bis zum 31.03.2014 darzulegen, wie sich im Hinblick auf die dargestellte Absenkung der Gebühren für Notarzteinsatz und Intensivtransporte und der in 2013 entstandenen Mindereinnahmen, die tatsächlichen Einnahmen im Jahr 2014 entwickeln werden
2. bis zum 31.03.2014 auf der Basis realistischer Einschätzungen zur Jahresplanung 2014, Steuerungsvorschläge/-maßnahmen zur Einhaltung des Budgets 2014 vorzulegen und darzustellen, wie der bestehende Verlustvortrag (zumindest schrittweise) abgebaut werden kann
3. im Sinne des Konzeptes zur Verbesserung der Verkehrsüberwachung in den anstehenden Controllingberichten 2014 über die Zielerreichung gesondert zu berichten.

## **ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Inneres</b>	<b>07</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	35.641	31.358	4.283	13,7	37.503	37.503	35.641	-1.862	31.358
investive Einnahmen	142	0	142	0,0	90	90	142	52	0
relevante Verrech./Erstatt.	3.598	2.905	693	23,9	2.914	2.914	3.598	684	2.905
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>39.381</b>	<b>34.263</b>	<b>5.118</b>	<b>14,9</b>	<b>40.507</b>	<b>40.507</b>	<b>39.381</b>	<b>-1.126</b>	<b>34.262</b>
Personalausgaben	162.586	161.888	698	0,4	161.888	161.888	162.586	698	157.708
konsumtive Ausgaben	74.510	67.267	7.243	10,8	73.851	73.851	74.510	659	67.267
Zinsausgaben	30	128	-98	-76,9	30	30	30	0	128
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	7.406	5.589	1.817	32,5	7.383	7.383	7.406	23	5.589
relevante Verrech./Erstatt.	78	43	35	80,8	78	78	78	0	43
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>244.609</b>	<b>234.915</b>	<b>9.694</b>	<b>4,1</b>	<b>243.229</b>	<b>243.230</b>	<b>244.610</b>	<b>1.380</b>	<b>230.735</b>
<b>Saldo</b>	<b>-205.228</b>	<b>-200.652</b>	<b>-4.576</b>	<b>2,3</b>	<b>-202.722</b>	<b>-202.723</b>	<b>-205.229</b>	<b>-2.506</b>	<b>-196.473</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	38	38	38	226	0	12.301
- investiv	0	2.302	1.944	1.788	1.913		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	97	72	56	150		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	58	427	-369	149.342	148.698	644	149.342	148.698	644
Personalverstärkung	0	0	0	318	318	0	318	318	0
Ausbildung	0	42	-42	3.111	3.111	0	3.111	3.111	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>58</b>	<b>469</b>	<b>-411</b>	<b>152.771</b>	<b>152.127</b>	<b>644</b>	<b>152.771</b>	<b>152.127</b>	<b>644</b>
Refinanzierte	0	551	-551	3.541	3.548	-7	3.541	3.548	-7
Nebentitel	0	-962	962	6.274	6.213	61	6.274	6.213	61
<b>Insgesamt</b>	<b>58</b>	<b>58</b>	<b>0</b>	<b>162.586</b>	<b>161.888</b>	<b>698</b>	<b>162.586</b>	<b>161.888</b>	<b>698</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-647	647	1.143	1.143	0	1.143	1.143	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	3.503,5	3.439,7	63,8	3.454,5	3.443,6	10,9	3.454,5	3.443,6	10,9
Personalverstärkung	6,5	6,0	0,5	7,5	6,0	1,5	7,5	6,0	1,5
Ausbildung	209,0	209,0	0,0	230,5	242,0	-11,5	230,5	242,0	-11,5
<b>Zusammen</b>	<b>3.719,0</b>	<b>3.654,7</b>	<b>64,3</b>	<b>3.692,5</b>	<b>3.691,6</b>	<b>0,9</b>	<b>3.692,5</b>	<b>3.691,6</b>	<b>0,9</b>
Refinanzierte	85,2	-	-	83,0	-	-	83,0	-	-
Abwesende	81,3	-	-	88,7	-	-	88,7	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	26,3	22,5	26,1
Beschäftigte über 55 Jahre	17,1	17,5	15,7
Frauenquote	28,8	50,0	28,3
Teilzeitquote	10,5	35,0	10,5
Schwerbehindertenquote	4,2	6,0	4,3

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

**Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit geht einher mit einer Grundversorgung bei den Polizeien in Bremen und Bremerhaven, bei der Feuerwehr und beim Verfassungsschutz wie auch bei den Ordnungsbehörden. Dabei stehen im Vordergrund die**

- am Sicherheitsbedürfnis der Menschen und der objektiven Sicherheitslage orientierte polizeiliche Präsenz in den Stadtteilen, um Kriminalität zu bekämpfen und Gefahren abzuwehren
- Intensivierung der polizeilichen und der gesamtgesellschaftlichen Prävention, um Kriminalität in der Gesellschaft nicht erst entstehen zu lassen.
- Bekämpfung von Jugendgewalt und –kriminalität durch konsequente Umsetzung des Konzepts zur Verhinderung bzw. Unterbrechung von kriminellen Karrieren („Stopp der Jugendgewalt“).
- Weiterentwicklung von Strategien zur delikts- und täterorientierten Kriminalitätsbekämpfung
- Ständige bedarfs- und anforderungsorientierte Organisations- und Personalentwicklung bei der Polizei, insbesondere kontinuierliche Ausbildung und Einstellungen.

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit hat nunmehr Auswirkungen auf die Einstellungszahlen. Bereits im Jahre 2012 wurde die Einstellungszahl abgesenkt; in den nächsten Jahren wird dies - nach jetzigem Stand – fortgesetzt.

#### Studiengang Polizeivollzugsdienst\*

Zurzeit an der HfÖV:	
Jahrgang 2011/2014	101 Beamte/-innen
Jahrgang 2012/2015	35 Beamte/-innen
Jahrgang 2013/2016	43 Beamte/-innen
Jahrgang 2014/2017	60 Beamte/-innen
<b>Gesamt</b>	<b>239 Beamte/-innen</b>

- Verstärkung der Zusammenarbeit der Polizei Bremen im Verbund der Norddeutschen Küstenländer im Bereich der Informationstechnik und der Aus- und Fortbildung.

Die Nord-IMK hat auf ihrer Sitzung am 10. September 2009 einer Zentralisierung der Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) im Bereich der Polizei im Verbund der norddeutschen Küstenländer zugestimmt. Ab dem Jahr 2016 soll das gemeinsame TKÜ-Zentrum der norddeutschen Küstenländer (2. Phase der Zentralisierung) mit den redundanten Standorten in Hamburg und Hannover in Betrieb gehen.

Innerhalb der Aus- und Fortbildung führt der Nordverbund (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern) gemeinsam das erste Studienjahr des Masterstudienganges für das zweite Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 durch.

Wie im Treffen der Leiter und Leiterinnen der norddeutschen Aus- und Fortbildungseinrichtungen beschlossen, teilen die Länder freie Kapazitäten untereinander auf. Das Fortbildungsangebot der Polizei Bremen steht der Polizeidirektion Oldenburg offen (für Restplätze). Die regelmäßigen jährlichen Leitertreffen der Aus- und Fortbildungseinrichtungen im Nordverbund werden weitergeführt und haben sich etabliert. Erstmals wird ein Seminar zum Thema Organisierte Kriminalität im Nordverbund durchgeführt.

- Professionelle Bewältigung von Sonderlagen (Veranstaltungen, Demonstrationen, Schadensereignissen, Bedrohungslagen)
- Zielgruppen- und brennpunktorientierte polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit

## B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Erreichen einer Aufklärungsquote von 49,5 %	49,8%	49,5%	0,3*		49,5%
Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei	86,3%	80%	6,3*		80%
Reduzierung der Verkehrsunfälle um 2 %	0%	2%	-2*		2%
Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfeleistungsdienst	95,2%	95%	0,20	0,2	95%
Wartezeit Terminkunden im Bürgerservice	68,3%	80%	-11,7	-14,7	83%
Erfolgreich erledigte Rechtsbehelfe im Ordnungsbereich	98,3%	90%	8,3	9,3	90%

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

\* Prozentpunkte

<b>Produktplan: Inneres</b>	<b>07</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
Einnahmen			
Das Ressort schließt das Haushaltsjahr 2013 mit Mindereinnahmen in Höhe von 1.126 Tsd. Euro ab. Dieses Ergebnis setzt sich zusammen aus			
1.862 Tsd. Euro konsumtive Mindereinnahmen bestehend aus			
481 Tsd. Euro konsumtive Mindereinnahmen des Produktbereichs 07.01			
952 Tsd. Euro konsumtive Mindereinnahmen des Produktbereichs 07.02			
526 Tsd. Euro konsumtive Mindereinnahmen des Produktbereichs 07.03 und			
96 Tsd. Euro konsumtive Mehreinnahmen des Produktbereichs 07.90			
sowie			
52 Tsd. Euro investive Mehreinnahmen des Produktbereichs 07.01.			
Hinzukommen jedoch im Berichtszeitraum Mehreinnahmen im Bereich der relevanten Verrechnungen und Erstattungen in Höhe von 684 Tsd. Euro, die sich wie folgt zusammensetzen:			
1.355 Tsd. Euro Mehreinnahmen im Bereich des Produktbereichs 02.02 denen			
670 Tsd. Euro Mindereinnahmen des Produktbereichs 07.90 gegenüberstehen.			
Die Verrechnungen/Erstattungen resultieren weit überwiegend aus der Feuerschutzsteuer. Die Veränderungen resultieren aus einer Neuaufteilung, bei der der Landesanteil zugunsten der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven weggefallen ist.			
Die konsumtiven Mindereinnahmen haben ihren Ursprung in erster Linie im Rettungsdienst. Sie resultieren aus der Absenkung der in der Kalkulation zuvor ermittelten Gebühren für die Nutzung des Notarzteinsatzfahrzeuges (Gebühr 2012 rund 384 Euro, 2013 rund 298 Euro) und des Intensivtransportwagens (Gebühr 2012 rund 633 Euro, 2013 rund 408 Euro). Die für 2014 ermittelte Gebühr für den Einsatz des Notarzteinsatzfahrzeuges wird sich auf 234 Euro weiter absenken. Außerdem wurden im Rahmen des 13. Monats Ausgleichszahlungen an die Hilfsorganisationen getätigt, um systembedingte unterjährige Überzahlungen zwischen den einzelnen Leistungserbringern auszugleichen. Die restliche Differenz zum Controlling 11/2013 ergibt sich aus zu hoch kalkulierten Einnahmen im Monat Dezember und damit einem falsch kalkulierten Jahresergebnis. Es wurden Maßnahmen eingeleitet, um künftig auftretende Mindereinnahmen rechtzeitig zu erkennen.			
In zweiter Linie sind an dieser Stelle die fehlenden Einnahmen auf die Verkehrsüberwachung zurückzuführen. Dieses ist bedingt durch die weiterhin nicht in vollem Umfang zur Verfügung stehenden Verkehrsüberwacher/innen. Es ist geplant, in 2014 weitere Verkehrsüberwacherinnen und -überwacher einzustellen, um im Laufe des Jahres die Einnahmen zu steigern und den Planwert zu erreichen. Ebenfalls aus dem Verwarnungsbereich resultieren die Mindereinnahmen der Polizei. Diese sind darauf zurückzuführen, dass mit dem Stadtamt lediglich elf Monate abgerechnet werden konnten.			
Ein Ausgleich der Mindereinnahmen durch Minderausgaben wird nicht möglich sein. Hierzu wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen.			
Ausgaben			
Das Ressort schließt das Haushaltsjahr mit Mehrausgaben in Höhe von 1.380 Tsd. Euro ab. Diese setzen sich zusammen aus 660 Tsd. Euro an konsumtiven Mehrausgaben sowie 23 Tsd. Euro an investiven Mehrausgaben und 697 Tsd. Euro an Personalmehrausgaben.			
Die konsumtiven Mehrausgaben resultieren aus einer Überschreitung um 1.052 Tsd. Euro im Produktbereich 07.03, der durch Minderausgaben, insbesondere im Produktbereich 07.90 nur teilweise kompensiert werden konnte. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass diese Minderausgaben mit 338 Tsd. Euro auf nicht verausgabte Mittel für den Zensus zurückzuführen sind. Diese Mittel werden in den Folgejahren noch für Restarbeiten im Zensus benötigt und müssen übertragen werden. Mit dem Produktbereich 07.03 werden für den Haushaltsvollzug 2014 kurzfristig Maßnahmen zur Einhaltung des Finanzrahmens vereinbart. Hierzu wird dann berichtet.			
3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			
Die angezeigten investiven Einnahmen stammen aus dem Verkauf von beweglichen Sachen der Feuerwehr und der Polizei Bremen. Diese Einnahmen sind nur sehr schwer steuerbar.			
3.1.2 Weitere Anmerkungen			
Das Ressort hatte Bewirtschaftungsmaßnahmen mit dem Ziel erlassen, eine Minimierung des Ausgaberrisikos zu erreichen. Trotz produktplaninterner Umsteuerungen im Haushaltsvollzug konnte dieses Ziel nicht erreicht werden. Da die Einnahmeseite aus unterschiedlichen Gründen nicht planbar ist, konnte hier keine effektive Gegensteuerung erfolgen. Im Ergebnis wird das Ressort daher unter Berücksichtigung zwingend notwendiger Mittelübertragungen 2.506 Tsd. Euro nicht ausgleichen können.			
Meldung zu investiven Minderausgaben			
Das Ressort meldet Fehlanzeige			
Finanzierungssaldo			
Auf Basis der vorliegenden Zahlen ergibt sich unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden			

Produktplan: Inneres	07	Controlling 13/13 14.02.2014	
Verantwortlich:	Senator Mäurer	Version: 92	Seite 3
<p>Nachbewilligungen in Höhe von insgesamt 4.886 Tsd. Euro ein bereinigter Finanzierungs-saldo in Höhe von 203.863 Tsd. Euro (Vor. IST). Gegenüber dem geplanten Finanzierungs-saldo in Höhe von 199.334 Tsd. Euro ergibt sich folglich eine Verschlechterung des Finanzierungssaldos um 4.529 Tsd. Euro. Die Verschlechterung ist zurückzuführen auf die Mindereinnahmen sowie Mehrausgaben bei den konsumtiven Sachausgaben sowie im Personalbereich zurück zu führen.</p>			
<p>3.2 Personaldaten Der PPL 07 schließt die Periode 13/2013 mit einem Jahresfehlbetrag im Personalbereich in Höhe von -698 Tsd. Euro und einer Zielzahlüberschreitung in Höhe von 10,9 VZE im Kernbereich ab. Die Überschreitungen der veranschlagten Personalausgaben in den Bereichen 07.01, 07.03 und 07.90 konnten teilweise oder ganz durch Minderausgaben im Bereich 07.02 kompensiert werden. Für den Bereich 07.01 ist ein strukturelles Defizit zu verzeichnen, das u.a. auf die gesetzliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit zurückzuführen ist. Dieses wird durch die Möglichkeiten der freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit weiter verschärft. Im Jahr 2013 haben 22 MAinnen ihre Lebensarbeitszeit um bis zu 2 Jahren beantragt. Für den Bereich 07.03 wurde zum Abbau des strukturellen Defizits im Stadtamt zwischen der Sff und dem SIS ein Kontrakt geschlossen. Dieser schreibt fest, in welcher Höhe die Beschäftigungszielzahlen p.a. bis zum Jahr 2019 überschritten werden dürfen. Da diese geeinte Überschreitung nicht mit Budgeterhöhungen einhergeht, ist für die kommenden HH-Jahre mit einer Überschreitung der Personalausgabeanschläge zu rechnen, die sich sukzessive abbauen wird. Im Bereich 07.04 sind die Überschreitungen der veranschlagten Personalausgaben insbesondere durch die Überschreitung der Sollzielzahlen im Bereich der senatorischen Behörde begründet. Im Rahmen der Integration des LfV und der anstehenden Integration des Sport-amtes werden Synergieeffekte erwartet, die zum mittelfristigen Personalabbau beitragen sollen. Die geringe natürliche Fluktuation erschwert eine Kompensation der PEP-Quote. Für die Tarif- und Besoldungsanpassungen hat SIS eine Nachbewilligung in Höhe von 1.952 Tsd. Euro erhalten. Im Produktbereich 07.01 wurde die Sperre in Höhe von 2.054 Tsd. Euro nach Vorlage des Verkehrsüberwachungskonzeptes aufgehoben. Nach erfolgreicher Umsetzung ist davon auszugehen, dass in zukünftigen HH-Jahren mit den generierten Einnahmeüberschüssen die Überschreitungen im Personalbereich teilweise kompensiert werden können. Bis zum Ende des ersten Quartals 2014 wird ein Personalkonzept in Abstimmung mit der Sff entwickelt, welches die Effekte des Verkehrsüberwachungskonzeptes berücksichtigt. Darüber hinaus sollen Vorschläge entwickelt werden, wie eine strukturell wirksame Stabilisierung des Personalhaushaltes der Polizei gewährleistet werden kann.</p>			
<p>3.3 Sondervermögen Immobilien und Technik</p>			
<p>Im Berichtszeitraum sind für Beschaffungsvorgänge der Vorjahre 1.434.917 ,95 Euro an Zins- und Tilgungsleistungen an die beiden SVIT (Stadt und Land) gezahlt worden. Neubeschaffungen über das SVIT sind nicht mehr vorgesehen.</p>			
<p>3.4 Leistungsdaten (zu Seite 1a "Strategische Leistungsdaten")</p>			
<p>3.4.1 Erreichen einer Aufklärungsquote von 49,8 % (Polizei)</p>			
<p>Die Aufklärungsquote der Polizei hat sich im Berichtszeitraum planmäßig entwickelt.</p>			
<p>3.4.2 Erreichung des 8-Minuten-Standards bei der Polizei</p>			
<p>Der Planwert in Höhe von 80 % wird mit 86,34 % überschritten.</p>			
<p>3.4.3 Reduzierung der Verkehrsunfälle um 2 %</p>			
<p>Die Zahl der Verkehrsunfälle liegt um 8,6 % über dem Planwert. Die Verkehrsunfälle mit Personenschäden liegen um 6,6 % über dem Planwert. Die Gründe hierfür sind vielfältig und insbesondere für den Berichtszeitraum von äußeren Gegebenheiten (z.B. winterliche Witterung) beeinflusst.</p>			
<p>3.4.4 Einhaltung der 10-Minuten-Fahrzeit im Lösch- und Hilfeleistungsdienst</p>			
<p>Im Bereich der Einhaltung einer 10-Minuten-Fahrzeit wurde der Planwert leicht übertroffen.</p>			
<p>3.4.5 Wartezeit Terminkunden im Bürgerservice</p>			
<p>Bei ca. 34 % der Terminkunden lag die Wartezeit über 20 Minuten.</p>			
<p>3.4.6 Erfolgreich erledigte Rechtsbehelfe im Ordnungsbereich</p>			
<p>Der Planwert von 90% wurde deutlich überschritten.</p>			
<p>3.4.7 Serviceorientierter Umbau des Stadtamtes aus Projektmitteln UVI</p>			

<b>Produktplan:</b> <b>Inneres</b>	<b>07</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 4</b>
<p>Aus den Projektmitteln wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Kundensteuerung sowie zur Verbesserung des Terminmanagements eingeleitet. Die Projekte sind weitestgehend abgeschlossen.</p> <p>3.4.8 Das Vorgangsbearbeitungssystem "ARTUS" ist bei den Polizeien des Landes Bremen wie vorgesehen eingeführt worden und befindet sich seit Anfang Januar 2014 im Echtbetrieb.</p> <p>3.4.9 Neubaukonzeption Ersatzgebäude der FF Lehesterdeich  Für den Bau eines Ersatzgebäudes wird zur Zeit eine ES-Bau erarbeitet. Es wird davon ausgegangen, dass die weiteren Maßnahmen im Rahmen des mit IB festgelegten Zeitplanes sowie unter Berücksichtigung des Kostenrahmens erfolgen können.</p> <p>3.4.10 Neuer Standort Polizeirevier Horn  Der neue Standort an der Lilienthaler Heerstraße wurde im Spätsommer 2013 bezogen.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 08</b> <b>Gleichberechtigung der Frau</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>	
	<b>Nicht erreicht</b>	<b>erreicht</b>
<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Das Budget wurde eingehalten. Bei den rücklagefähigen Personalausgaben sollen 18.360 € der allgemeinen Budgetrücklage zugeführt werden. Im konsumtiven Bereich sollen 172.790 € als Ausgabestelle (in der Höhe im Wesentlichen analog der Vorjahre) übertragen werden; im investiven Bereich 11.340 €.  Der bereinigte eckwertrelevante Finanzierungssaldo wird um 18 Tsd. € unterschritten.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b>  Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um 0,3 VZE minimal überschritten. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2014 zu erwarten.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Es gab einen Rückgang der angefragten Beratungen, der jedoch mit einem zunehmenden Bedarf an Veröffentlichungen und schriftlichen Beratungsmaterialien korrespondiert. Es gab zudem eine Steigerung der Ist-Werte bei den durchgeführten Veranstaltungen.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Kein Handlungsbedarf.		

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Gleichberechtigung der Frau</b>	<b>08</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b> <b>Hauffe</b>		<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	73	69	4	5,6	79	73	69	-4	69
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	164	164	0	0,0	164	164	164	0	164
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>237</b>	<b>233</b>	<b>4</b>	<b>1,7</b>	<b>243</b>	<b>237</b>	<b>233</b>	<b>-4</b>	<b>233</b>
Personalausgaben	685	706	-21	-3,0	706	706	685	-21	698
konsumtive Ausgaben	221	210	11	5,2	397	393	210	-183	210
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	4	4	-0	-10,6	15	15	4	-11	4
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>909</b>	<b>920</b>	<b>-11</b>	<b>-1,2</b>	<b>1.118</b>	<b>1.114</b>	<b>899</b>	<b>-215</b>	<b>912</b>
<b>Saldo</b>	<b>-672</b>	<b>-687</b>	<b>15</b>	<b>-2,1</b>	<b>-875</b>	<b>-877</b>	<b>-666</b>	<b>211</b>	<b>-679</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
Tsd. EUR	
198	0

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	682	700	-18	682	700	-18
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>682</b>	<b>700</b>	<b>-18</b>	<b>682</b>	<b>700</b>	<b>-18</b>
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-12	12	3	6	-3	3	6	-3
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-12</b>	<b>12</b>	<b>685</b>	<b>706</b>	<b>-21</b>	<b>685</b>	<b>706</b>	<b>-21</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-12	12	1	1	0	1	1	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	10,3	10,0	0,3	10,3	10,1	0,2	10,3	10,1	0,2
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>10,3</b>	<b>10,0</b>	<b>0,3</b>	<b>10,3</b>	<b>10,1</b>	<b>0,2</b>	<b>10,3</b>	<b>10,1</b>	<b>0,2</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	15,4	22,5	28,6
Beschäftigte über 55 Jahre	38,5	17,5	35,7
Frauenquote	100,0	50,0	100,0
Teilzeitquote	76,9	35,0	71,4
Schwerbehindertenquote	0,0	6,0	0,0

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

**1. Anregung und Vorschläge zu Entwürfen sowie Prüfung von Gesetzen, Verordnungen und Maßnahmen des Senats sowie des Bundes, an denen der Senat mitwirkt, soweit diese Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Frau haben**

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

Absicherung von Frauenbelangen durch die Begleitung der Landes- und Kommunalpolitik und des Bundesratsverfahrens z.B. durch das Verfassen von Stellungnahmen und Positionspapieren zu aktuellen Themen.

**2. Zusammenarbeit mit gesellschaftlich relevanten Frauenorganisationen, Frauenbewegungen, Gewerkschaften und sonstigen Organisationen und Verbänden, die mit Frauenfragen und Frauenproblemen befasst sind.**

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

Zusammenarbeit u. a. mit: Nationales Netzwerk Frauen und Gesundheit, Forum Frauengesundheit, Initiative Grundeinkommen, Bremer Frauenmuseum e.V., Innere Mission, Paritätisches Bildungswerk, Agentur für Arbeit Bremen, Female Professionals, Arbeitnehmerkammer Bremen, Belladonna, Expertinnen-Beratungsnetz Bremen e. V., Frauenbetriebe quirl e. V., Frauen in Arbeit und Wirtschaft e.V., Impulsgeber Zukunft, DGB u.v.m.

**3. Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen des Bundes und der Länder.**

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

U. a. Mitwirkung an der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz, Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Zusammenarbeit mit den für Frauenpolitik zuständigen Landesministerien in Arbeitsgruppen.

**4. Eigenständige Öffentlichkeitsarbeit, die die Gleichberechtigung der Frau fördert.**

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

Neben der Erstellung von Broschüren zu frauenrelevanten Themen in Bremen werden Pressemitteilungen und Flyer zu relevanten Veranstaltungen erstellt und veröffentlicht.

**5. Unterstützung benachteiligter Frauen bei der Durchsetzung ihrer Interessen**

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

In allen relevanten Fachbereichen haben im Berichtszeitraum Beratungen statt gefunden, um Frauen bei der Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen zu unterstützen.

**. Bereitstellung von Expertinnenwissen im Rahmen der Implementierung von Gender Mainstream**

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

Erfolgt u. a. in der ressortübergreifenden AG der Gender Beauftragten, die den Implementierungsprozess befördert sowie durch die Beratung von Institutionen.

## B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Beratungen [ST]	648,00	1.029,00	-381,00	-37,0	1.029,00
Vorträge [ST]	38,00	50,00	-12,00	-24,0	50,00
Veröffentlichungen [ST]	22,00	6,00	16,00	266,7	6,00
Veranstaltungen [ST]	55,00	15,00	40,00	266,7	15,00
Arbeitskreismitglieder [PRS]	40,00	40,00	0,00	0,0	40,00
Fortbildungen [ST]	7,00	5,00	2,00	40,0	5,00
Arbeitskreise, leitend [ST]	7,00	7,00	0,00	0,0	7,00
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		

### Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen

Die Anzahl der in der ZGF angefragten Beratungen sind im Berichtszeitraum hinter den Planungen zurück geblieben. Dies begründet sich überwiegend durch ein verändertes Anfrageverhalten der Zielgruppen. Hieraus ist zunehmend ein vermehrter Bedarf an Veröffentlichungen, also an schriftlichen Beratungsmaterialien in Form von Dokumentationen, Broschüren, Flyern und Handlungshilfen entstanden, was die weit über den Planungen liegende Anzahl an Veröffentlichungen erklärt. Auch die neu gestaltete Internetpräsenz der ZGF, zusätzlich neu auch in leichter Sprache gestaltet und mit einem Gebärdensprachenvideo versehen – trägt, mit Verweisen auf Hilfsdienste, Hotlines und zu den erstellten Schriftmaterialien, dieser Entwicklung Rechnung.

Neu veröffentlicht wurden im letzten Quartal u.a. eine Broschüre zum Thema „Frauen und Sucht“ und für den Themenschwerpunkt Frauen in Arbeit und Wirtschaft eine Broschüre mit dem Titel „Ihre Rechte im Minijob“.

Die Zahl der Vorträge liegt im betrachteten Zeitraum leicht hinter den Planungen zurück. Diese wurden u.a. gehalten zum Thema „häusliche Beziehungsgewalt“; zu „Traumatisierung und Gewalt in Beziehungen“. Zum Thema „Alles dürfen, können, müssen? Junge Frauen und ihre Wege“, auf der ZONTA-Unionskonferenz, an der Universität Bremen zu „#aufschrei - die Sexismus-Debatte und was bleibt“ und bei der AKF-Jahrestagung "Grenzüberschreitungen - Frauengesundheit in einer globalisierten Welt".

Die im Jahr 2013 durchgeführten Veranstaltungen liegen über den Planungen. Die ZGF hat noch im letzten Quartal für PolitikerInnen und leitende Verwaltungskräfte die Veranstaltung „Inside“ durchgeführt, mit der Möglichkeit zur Hospitation in verschiedenen Hilfeeinrichtungen (Frauenhäuser etc.). Zusätzlich gab es Veranstaltungen zu den Themen „Gleich-Anders oder mehr“, Diagnose: Drogengebrauch, Geschlecht: Frau“ und im Dezember eine Veranstaltung mit dem Thema „Das geht unter die Haut – Fluch und Segen Schönheitsoperation“ sowie mit dem AK Berufliche Perspektiven für Frauen und Mädchen „Die Bremer-Joboffensive aus gleichstellungspolitischer Perspektive – zum aktuellen Stand.“

Für Fachkräfte aus der Arbeit mit von Gewalt betroffenen Frauen wurde eine Fortbildung mit dem Titel: „Wenn der Ehemann/Partner gewalttätig ist“ durchgeführt.

<b>Produktplan:</b> 08 <b>Gleichberechtigung der Frau</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>
<b>Verantwortlich:</b> Hauffe	<b>Version: 92</b> <b>Seite 2</b>

### 3. Analyse/Bewertung

Finanzdaten

Konsumtive Einnahmen und Ausgaben

Die konsumtive Mehrausgabe kompensiert sich durch Nachbewilligungen und Einnahmeverfügemitteln. Die Mindereinnahmen werden im Jahresabschluss rechnerisch ausgeglichen. Die Budgets werden eingehalten.

Finanzierungssaldo

Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo weist ein Plus von 15 Tsd. Euro aus.

Personaldaten

Die Personalausgaben werden eingehalten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 09</b> <b>Staatsgerichtshof</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		Nicht erreicht	erreicht
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>			
<p><b><u>Finanzdaten</u></b></p> <p>Das <b>Budget</b> wurde um 0,008 Mio. Euro unterschritten.</p> <p>Es soll eine <b>Rücklage</b> in Höhe von 730,00 Euro gebildet werden. Außerdem soll bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von 7.720,00 Euro eine Übertragung der <b>Ausgabereste</b> erfolgen.</p> <p>Der produktplanbezogene <b>Finanzierungssaldo</b> wurde eingehalten.</p>			
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>			
Kein Handlungsbedarf.			

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Staatsgerichtshof</b>	<b>09</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Frau Meyer		<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Personalausgaben	38	39	-1	-3,2	39	39	38	-1	39
konsumtive Ausgaben	6	5	1	14,1	13	13	6	-7	5
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>43</b>	<b>44</b>	<b>-1</b>	<b>-1,2</b>	<b>52</b>	<b>52</b>	<b>44</b>	<b>-8</b>	<b>44</b>
<b>Saldo</b>	<b>-43</b>	<b>-44</b>	<b>1</b>	<b>-1,2</b>	<b>-52</b>	<b>-52</b>	<b>-44</b>	<b>8</b>	<b>-44</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
Tsd. EUR	
9	0

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	38	39	-1	38	39	-1
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>38</b>	<b>39</b>	<b>-1</b>	<b>38</b>	<b>39</b>	<b>-1</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

Die Aufgaben des Staatsgerichtshofs ergeben sich ausschließlich aus der in der Landesverfassung und in Landesgesetzen festgelegten Zuständigkeitsordnung. Danach ist der Staatsgerichtshof zuständig für die Entscheidung von Zweifelsfragen über die Auslegung der Verfassung und andere staatsrechtliche Fragen, die ihm der Senat, die Bürgerschaft oder ein Fünftel der gesetzlichen Mitgliederzahl der Bürgerschaft oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft des Landes Bremen vorlegt, sowie in den anderen durch Verfassung oder Gesetz vorgesehenen Fällen (Art. 140 BremLV).

Weitere strategische Leistungsziele sind nicht möglich.

### B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
VERFAH	1	3	-2,00	-66,7	3
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		
			0,00		

<b>Produktplan:</b> <b>Staatsgerichtshof</b>	<b>09</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Frau Meyer</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>

**3. Analyse/Bewertung**

Finanzdaten  
Ausgaben

Das Haushaltssoll setzt sich zusammen aus 5 TEuro Anschlag und 8 TEuro Haushaltsreste der Vorjahre. Die Ausgaben für Dienstreisen und Bücher des Staatsgerichtshofes lagen wider Erwarten unter der vorläufigen Kalkulation, dadurch brauchten die vorhandenen Mittel nicht voll ausgeschöpft werden. Durch diese Einsparung ist die Abweichung in Höhe von 8 TEuro entstanden.

Somit wurde das Budget zwar eingehalten, die am Anfang des Jahres geplanten Ziele wurden jedoch nicht erreicht.  
Das Konsolidisierungssoll wurde um rund 0,7 TEuro überschritten.  
Jedoch ist das Finanzierungssaldo ausgeglichen.

Personaldaten

Das Budget wurde eingehalten und das Ziel erreicht

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

PRODUKTPLAN 11 Justiz	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

#### Kommentar:

#### Finanzdaten

Vom Fachressort wurde unterjährig ein Finanzierungsmehrbedarf in Höhe von 3,1 Mio. € für gesetzliche Leistungen (2,2 Mio. € Auslagen in Rechtssachen, 0,7 Mio. € Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen, 0,2 Mio. € sonstige Mehrausgaben) gemeldet.

Das Fachressort hat für 2013 umfassende Bewirtschaftungsmaßnahmen angeordnet.

Für die Auslagen in Rechtsachen wurde mit Beschluss des Senats und des Haushalts- und Finanzausschusses ein Betrag in Höhe von 1,8 Mio. € aus der zentralen Risikovorsorge bereit gestellt. Zum Jahresende wurde das Budget um 0,588 Mio. € unterschritten. Im Rahmen der Abrechnung der Produktgruppenhaushalte 2013 sollen 0,02 Mio. € Reste gebildet und 0,565 Mio. € Ausgabereste gestrichen werden. Die tatsächliche Deckung aus der Risikovorsorge beträgt demnach 1,235 Mio. €.

Die restlichen Finanzierungsmehrbedarfe wurden durch Mehreinnahmen, Personalminderausgaben sowie investive Minderausgaben innerhalb des Produktplans ausgeglichen.

Eine Übertragung der Ausgabereste (Restebildung) in Höhe von 20,55 Tsd. € ist erforderlich, da die noch benötigten Ausgabereste aus zweckgebundenen Drittmittel für ein noch nicht abgeschlossenes mehrjähriges Förderprojekt benötigt werden. Dazu kommt noch ein Ausgabereste aus zweckgebundenen Einnahmen (Spenden für Insassen). Bei den übertragbaren Ausgaberesten bei den Personalausgaben sollen 1,32 Tsd. € übertragen werden. In den Minderausgaben bei den konsumtiven Ausgaben in Höhe von rd. 263,2 Tsd. € ist ein Haushaltsrest aus dem Vorjahr in Höhe von rd. 242,6 Tsd. € enthalten.

Für die Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen liegt der Anschlag 2014 (2,520 Mio. €) um 1,401 Mio. € über den Anschlag 2013 (1,119 Mio. €) und 0,717 Mio. € über dem IST Ergebnis 2013, so dass aus Sicht SF für die Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen kein Risiko erwartet wird.

Das Fachressort hat im Rahmen der Haushaltsberatungen 2014/2015 auf ein nicht bezifferbares Risiko bei den Auslagen in Rechtssachen, dass sich aus dem 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz ergeben kann, aufmerksam gemacht. Die aus dem Gesetz möglichen Mehreinnahmen bei den Gerichtsgebühren und Geldstrafen und Mehrausgaben bei Auslagen in Rechtssachen sowie die möglichen Auswirkungen für 2014 können zur Zeit noch nicht prognostiziert werden. Sofern ein solches Risiko im Bereich der Auslagen in Rechtssachen auftreten wird, ist dieses zunächst ressortintern (insbesondere über Mehreinnahmen) auszugleichen.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

Der **Finanzierungssaldo** wird unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (rd. 1,566 Mio. €) um 0,361 Mio. € unterschritten.

### **Personaldaten**

Die Personalausgaben werden nach einem produktplaninternen Ausgleich eingehalten.

Zum Jahresende werden die Zielzahlen um rd. 5,6 VZE überschritten, jahresdurchschnittlich lag die Überschreitung bei rd. 12 VZE. Durch ein konsequentes personalwirtschaftliches Handeln konnte das Beschäftigungsvolumen im Produktplan um rd. 10,5 VZE verringert werden. Für das Jahr 2014 ist weiterhin ein konsequentes personalwirtschaftliches Handeln erforderlich.

### **Leistungsdaten**

Die Leistungen entwickelten sich weitgehend plangemäß.

### **Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Kein Handlungsbedarf

## **ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Justiz</b>	<b>11</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

**1. Ressourceneinsatz**

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	38.437	36.842	1.595	4,3	38.173	38.172	38.436	264	36.841
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	286	0	286	0,0	286	286	286	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>38.722</b>	<b>36.842</b>	<b>1.880</b>	<b>5,1</b>	<b>38.458</b>	<b>38.458</b>	<b>38.722</b>	<b>264</b>	<b>36.841</b>
Personalausgaben	65.212	65.217	-5	-0,0	65.216	65.215	65.211	-4	65.319
konsumtive Ausgaben	45.106	42.133	2.973	7,1	45.370	45.371	45.108	-263	42.134
Zinsausgaben	5	5	-0	-7,4	5	5	5	0	5
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	7.251	7.318	-67	-0,9	7.305	7.305	7.250	-55	7.317
relevante Verrech./Erstatt.	1.173	1.136	37	3,3	1.175	1.177	1.175	-2	1.135
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>118.747</b>	<b>115.809</b>	<b>2.938</b>	<b>2,5</b>	<b>119.071</b>	<b>119.073</b>	<b>118.749</b>	<b>-324</b>	<b>115.909</b>
<b>Saldo</b>	<b>-80.025</b>	<b>-78.967</b>	<b>-1.058</b>	<b>1,3</b>	<b>-80.612</b>	<b>-80.615</b>	<b>-80.027</b>	<b>588</b>	<b>-79.068</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	41	33	27	125
- investiv	0	5.047	5.069	4.565	4.489
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	4	3	3	4

Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .
Tsd. EUR	
0	7.512

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	413	-413	58.300	58.300	0	58.300	58.300	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	-132	132	2.149	2.149	0	2.149	2.149	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>281</b>	<b>-281</b>	<b>60.449</b>	<b>60.449</b>	<b>0</b>	<b>60.449</b>	<b>60.449</b>	<b>0</b>
Refinanzierte	0	106	-106	451	453	-2	451	453	-2
Nebentitel	0	-901	901	4.313	4.315	-2	4.313	4.315	-2
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-514</b>	<b>514</b>	<b>65.213</b>	<b>65.217</b>	<b>-4</b>	<b>65.213</b>	<b>65.217</b>	<b>-4</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-749	749	1.894	1.894	0	1.894	1.894	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	1.243,2	1.237,6	5,6	1.252,6	1.240,7	11,9	1.252,6	1.240,7	11,9
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	152,0	160,5	-8,5	151,6	153,0	-1,4	151,6	153,0	-1,4
<b>Zusammen</b>	<b>1.395,2</b>	<b>1.398,1</b>	<b>-2,9</b>	<b>1.404,2</b>	<b>1.393,7</b>	<b>10,5</b>	<b>1.404,2</b>	<b>1.393,7</b>	<b>10,5</b>
Refinanzierte	9,6	-	-	8,3	-	-	8,3	-	-
Abwesende	66,4	-	-	66,2	-	-	66,2	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,1	22,5	17,5
Beschäftigte über 55 Jahre	20,6	17,5	19,3
Frauenquote	56,6	50,0	56,0
Teilzeitquote	26,1	35,0	25,6
Schwerbehindertenquote	5,4	6,0	5,5

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Sanierung der Justizvollzugsanstalt

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Baumaßnahmen an den Standorten Bremen und Bremerhaven sind in dem Berichtszeitraum entsprechend den laufend abgestimmten Baufortschrittsterminen abgewickelt worden. Die anlaufende Bauphase 2 der Gesamtanierung ist geprägt durch prognostizierte Kostensteigerungen in nicht erwarteter und nicht eingeplanter Höhe. Diesbezüglich ist im Berichtszeitraum begonnen worden alle anstehenden Teilmaßnahmen kostenkritisch zu überdenken.

##### Maßnahmen am Standort Bremen

##### a) Zentralgebäude

Die Restarbeiten sind im Frühjahr 2013 abgewickelt worden. Mit den Umzügen der Verwaltung, der Sicherheitszentrale, der Krankenabteilung und der VA 21 (U-Haft) ab Februar 2013 ist das Zentralgebäude in den Echtbetrieb übernommen worden.

Als noch großes offenes Problem stellt sich ein Mangel in der baulichen Ausführung und Installation der Dachrandfertigteile dar. Diesbezüglich soll in 2014 Nachbesserung erfolgen.

##### b) Bestandsmauer

Die Sanierung der verbliebenen denkmalgeschützten Bestandsmauer ist auch in 2013 durch das Förderwerk im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme durchgeführt worden. Lockere und beschädigte Ziegel werden entfernt und mit recycelten Ziegeln aus dem Abbruch alter Mauerteile wieder ergänzt. Ebenso werden die Mauerfugen komplett erneuert und der Mauerfirst mit einer Metallabdeckung gegen eindringende Feuchtigkeit geschützt.

##### c) Zentralküche

Auf der Fläche der geschlossenen Wäscherei im Werkhof ist die neue Zentralküche der Justizvollzugsanstalt nach modernsten baulichen und hygienischen Anforderungen (HACCP) fertiggestellt und in Echtbetrieb.

##### d) U-und Strafhafte Jugendliche (Haus 4)

Das Haus 4 ist komplett freigezogen worden und wird neben den Sanierungsmaßnahmen an „Dach und Fach“ im Hinblick auf die Anforderungen des am 01. Januar 2008 in Kraft getretenen bremischen Jugendstrafvollzugsgesetzes an die Bedingungen des Wohngruppenvollzugs angepasst. In Umsetzung dieser Anforderung werden 6 Wohngruppen mit insgesamt 75 Haftplätzen geschaffen. Baubeginn erfolgte im September 2013. Aktuell wird das Gebäude in Eigenleistung durch die JVA entkernt. Parallel dazu erfolgte die Schadstoffsanierung von PCB-haltigen Altanstrichen und einzelnen asbesthaltigen Fußbodenaufbauten. Der Neuausbau des entkernten Gebäudes hat begonnen.

##### Maßnahmen am Standort Bremerhaven

Der 2. Bauabschnitt in Bremerhaven (Neubau der Krafffahrzeugschleusen 2 und 3, Neubau und Sanierung der Hafthäuser, Überarbeitung der Außenanlagen und des Sportbereichs) befindet sich zurzeit in der vorbereitenden Planung zu Bauausführung und Ausschreibung.

Der Baubeginn ist Mitte 2013 mit infrastrukturellen Vorabmaßnahmen erfolgt.

#### Umbau Amtsgericht Bremen-Blumenthal

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Umbau- und Neubaumaßnahmen im Amtsgericht Bremen-Blumenthal sind abgeschlossen.

Am 24.10.2013 wurden die neuen Räumlichkeiten eingeweiht und dem Gericht offiziell übergeben.

Ziel der Maßnahme war, Sicherheitslücken zu schließen und die Barrierefreiheit erheblich zu verbessern. Zu diesem Zweck wurden das Hauptgebäude A und das Haus C des Amtsgerichts miteinander verbunden. In dem Verbindungstrakt ist ein neuer, barrierefrei erreichbarer Verhandlungssaal mit einer modernen Infrastruktur entstanden. Das Amtsgericht Bremen-Blumenthal verfügt nunmehr außerdem über ein den Normen entsprechendes Behinderten-WC und zusätzliche Räumlichkeiten für ein Rechtsantragstellenbüro und Wartezone. Die ehemalige Hausmeisterwohnung im Haus C wurde zu modernen Büroräumen umgebaut. Das Haus B ist aufgegeben und soll verkauft werden. Mit der Verbindung der Häuser A und C konnte eine zentrale Eingangssituation geschaffen und damit ein wichtiger Baustein für die Verbesserung der Sicherheit in den amtsgerichtlichen Gebäuden realisiert werden.

Die baulichen Maßnahmen werden durch eine Sicherheits-/Detektionsschleusenanlage im Eingangsbereich ergänzt, mit deren Einbau begonnen worden ist.

## **Sicherheit bei den Gerichten und der Staatsanwaltschaft**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Sicherheitsvorkehrungen werden fortentwickelt, nach aktuellen Erkenntnissen überprüft und ggfls. angepasst.

Im Berichtszeitraum konnte u.a. die Planung einer Schleusenanlage im Amtsgericht Bremen-Blumenthal mit Personen- und Gepäckscannung abgeschlossen und der Auftrag zum Umbau des Eingangsbereichs und zur Beschaffung der technischen Geräte erteilt werden. Nach Umsetzung (Mitte Februar 2014) sind dann alle bremischen Gerichte im Eingangsbereich mit einer kompletten Infrastruktur zur Eingangskontrolle ausgestattet.

## **Projekt Knastgewächse**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Mit der aus ESF-Bundesmitteln aus dem Programm „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) sowie aus Landesmitteln finanzierten Maßnahme wird ein Beschäftigungsprojekt zur beruflichen und sozialen Wiedereingliederung von Gefangenen und langzeitarbeitslosen Haftentlassenen auf dem Gelände der ehemaligen Jugendanstalt in Blockland umgesetzt. Das Projekt hat eine Laufzeit vom 01.03.2012 bis zum 31.10.2014. Es wird von dem Träger „Förderwerk Bremen GmbH“ in Kooperation mit dem Verein Hoppenbank und mit dem Senator für Justiz und Verfassung durchgeführt.

Neben dem Aufbau einer Infrastruktur durch die Renovierung der ehemaligen Gärtnerei, der Entfernung des Wildwuchses auf dem Gelände sowie diverser weiterer Maßnahmen konnte als zentrale gärtnerische Aufgabe der Gemüseanbau in den wieder hergestellten Gewächshäusern und Teilen des hergerichteten Außengeländes im Berichtszeitraum umgesetzt werden. Die Teilnehmer erhalten eine berufliche Qualifizierung im Bereich Garten- und Landschaftsbau und werden u.a. in Anzucht und Aufzucht von Pflanzen und Gemüse geschult. Daneben wurde eine Streuobstwiese angelegt und eine Bienenzucht etabliert. Die Ernte wird gemeinnützigen Institutionen aus dem Stadtteil zur Verfügung gestellt. Zugleich wird die Kooperation mit dem Stadtteil hergestellt bzw. intensiviert. Eine Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Institutionen, Vereinen u.a. erfolgt. Seitens des SJV wird die Kooperationsarbeit unterstützt, sei es zur Verbesserung der Zusammenarbeit, sei es zur Sicherstellung von Nachhaltigkeit und der Abklärung der weiteren Nutzung des Geländes und der Infrastruktur nach Projektende.

## **Projekt RESOWEST**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Mit dem aus dem Europäischen Strukturfonds (EFRE), der Städtebauförderung (Programm Soziale Stadt) sowie aus Landesmitteln finanzierten Verbundvorhaben soll die Infrastruktur für Maßnahmen der beruflichen und sozialen Wiedereingliederung von Gefangenen und langzeitarbeitslosen Haftentlassenen durch bauliche Vorhaben nachhaltig verbessert werden. Betroffen sind die JVA Oslebshausen (innerhalb und außerhalb der Mauern), der Stadtteil Gröpelingen sowie das Gelände der ehemaligen Jugendstrafanstalt Blockland. Mit den Infrastrukturmaßnahmen soll gleichzeitig ein positiver Beitrag zur Stadtteilentwicklung von Gröpelingen (Programmgebiet Soziale Stadt) geleistet sowie die Einbindung der JVA in den Stadtteil verbessert werden.

Wesentliche Teilvorhaben sind:

In der JVA Oslebshausen (Teilprojekt 1):

- Herrichtung von Werkstätten und Schulungsräumen für den Jugendvollzug
- Umbau der alten Anstaltsküche für ergotherapeutische Maßnahmen im Rahmen der Sozialtherapie

JVA Oslebshausen vor den Mauern/Stadtteil (Teilprojekt 2):

- Herrichtung von Unterrichts-, Beratungs- und Aufenthaltsräumen im Bereich des KompetenzCentrums
- Künstlerische Gestaltung der Außenmauer im Rahmen eines Beschäftigungsprojektes
- Pflege von Kunstobjekten im öffentlichen Raum Gröpelingen

Blockland (Teilprojekt 3):

- Nutzbarmachung der ehemaligen Werkhalle für Maßnahmeangebote im Übergangsmanagement von Ex-Strafgefangenen/Straffälligen
- Erweiterung der Gartenbauflächen im Arbeitsfeld des Biwaq-Projektes „Knastgewächse“ (Anlage eines Lehrgartens, Blockland Gardening)

Mit Zuwendungsbescheid von Sept. 2013 hat der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bis zu 800.000 € als EFRE-Förderung bewilligt. Mit Bescheid des SUBV vom Oktober 2013 wurden aus dem Programm Soziale Stadt 108.000 € für die Erweiterung der Gartenbauflächen Blockland sowie 82.000 € für das Kunstprojekt Außenmauer bewilligt. Das Projektende ist auf den 31.12.2014 terminiert.

Die Abwicklungsorganisation sämtlicher Teilprojekte erfolgt über die Koordination beim Senator für Justiz und Verfassung, der auch für die Auftragserteilung und Mittelweitergabe verantwortlich ist. Die Vorhaben befinden sich zurzeit in der Ausführungsplanung, entsprechende Leistungsbeschreibungen werden bzw. sind erstellt. Abstimmungsgespräche mit sämtlichen an der Projektumsetzung zu beteiligenden Akteuren (JVA, Beschäfti-

gungsträger etc.) sind erfolgt. Erste Angebote in den unterschiedlichen Teilprojekten wurden angefordert und liegen zwischenzeitlich vor, so dass die ersten Auftragsvergaben Anfang 2014 erfolgen werden.

Teile der Arbeiten sollen nach wie vor im Rahmen einer beschränkten Ausschreibung für gemeinnützige Beschäftigungsträger erfolgen, da auch schon während der Umbauarbeiten nach Möglichkeit langzeitarbeitslose Straffällige aus dem Programmgebiet (Bremer Westen) sozialpädagogisch betreut eingesetzt werden sollen. Unklar ist noch, ob und ggf. in welchem Umfang Beschäftigungsträger für Teilarbeiten zur Verfügung stehen.

Die Türen der alten Werkhalle in Blockland sollen durch die JVA im Rahmen einer Auftragsvergabe instandgesetzt werden. Bei der Erweiterung der Gartenbauflächen konnten witterungsbedingt noch keine Arbeiten in Angriff genommen werden.

### **Einrichtung einer sozialtherapeutischen Abteilung in der JVA Bremen**

#### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Um den durch die Kündigung der Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen und die Entwicklung in Rechtsprechung und Gesetzgebung veränderten Bedingungen Rechnung tragen und den gesetzlichen Auftrag der Resozialisierung erfüllen zu können, ist die Schaffung einer eigenen sozialtherapeutischen Abteilung mit zwanzig Plätzen auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Bremen erforderlich. Für diese Maßnahme stehen gesamt 1,8 Mio. € zur Verfügung. Die Maßnahme wird im Rahmen des 30/20 Mio. € - Programms UVI parallel zur „Sanierung der JVA Bremen“ umgesetzt. IB AöR ist mit der Projektabwicklung und -steuerung beauftragt. Der ursprünglich geplante Fertigstellungstermin kann aufgrund verschiedener Verzögerungen nicht eingehalten werden. Angestrebt wird die Fertigstellung bis Ende 2014. Die in der JVA eingesetzte Arbeitsgruppe erarbeitet derzeit ein Konzept zur Struktur, der Diagnostik und der Behandlung mit einzelnen sozialtherapeutischen Maßnahmen. Erste Mitarbeiter konnten im Rahmen eines internen Interessenbekundungsverfahrens ausgewählt werden. Sie werden neben ihrer regulären Aufgaben fortgebildet, um unmittelbar nach Fertigstellung den Betrieb aufnehmen zu können.

### **Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen**

#### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

In den Jahren 2008-2011 befanden sich jährlich durchschnittlich zwischen 60 und 70 Gefangene zur Verbüßung einer Ersatzfreiheitsstrafe in der JVA Bremen. Der Senator für Justiz und Verfassung hat ein Interesse daran, die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen soweit wie möglich zu vermeiden. Dies zum einen aus rechtspolitischen Gründen, da der Betroffene eben zu einer Geld- und nicht zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden ist und die mit der Verbüßung einer Ersatzfreiheitsstrafe verbundenen Auswirkungen des Freiheitsentzuges vermieden werden können. Zum anderen entsteht bei der Staatsanwaltschaft und in der Justizvollzugsanstalt ein erheblicher Verwaltungs- und Kostenaufwand.

Im Ergebnis eines Fachtages zum Thema Ersatzfreiheitsstrafe sind Projektgruppen zur Überprüfung verschiedener Themenfelder im Sinne einer verbesserten Zielerreichung eingerichtet worden. Die Projektgruppen haben ihre Arbeitsaufträge zwischenzeitlich abgeschlossen. Neben der Etablierung eines mindestens zweimal jährlich tagenden "Runden Tisches Ersatzfreiheitsstrafen", der Intensivierung der Verwaltung und Akquise von Einsatzstellen wurde 2013 eine neue Tilgungsverordnung erarbeitet, die zum 01.01.2014 in Kraft getreten ist. Im Laufe des Berichtszeitraumes musste durch den kurzfristigen, unvorhergesehenen Wegfall eines jahrelang bewährten Angebots zudem ein Ersatzangebot konzipiert und in Betrieb genommen werden. Die sozialen Dienste der Justiz haben ihren Ansatz der aufsuchenden Hilfen in Zusammenarbeit mit den weiteren Beteiligten weiter ausgebaut. Im Jahresdurchschnitt befanden sich nach 2012 erneut weniger als 60 Gefangene zur Verbüßung einer Ersatzfreiheitsstrafe in der JVA. Waren es 2012 noch durchschnittlich 58 Gefangene so konnte diese Zahl 2013 nochmals auf 54 Gefangene reduziert werden.

### **Integrale Straffälligenarbeit**

#### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Kooperationsbeziehungen zwischen den sozialen Diensten der Justiz, der JVA und den freien Trägern der Straffälligenhilfe wurden weiter intensiviert. Dafür wurden die zunächst nur zwischen einzelnen Abteilungen der JVA und den sozialen Diensten der Justiz geregelten Kooperationsbeziehungen zwischenzeitlich auf die gesamte JVA ausgedehnt. Die Bewährungshelfer werden nun in allen Abteilungen im Rahmen der Entlassungsvorbereitung durch die JVA beteiligt und nehmen regelmäßig an den diesbezüglichen Konferenzen in der JVA teil.

Gemeinsame Fortbildungsveranstaltungen von Mitarbeitern der sozialen Dienste der Justiz und der JVA haben stattgefunden und einen weitergehenden fachlichen Austausch ermöglicht. Daneben werden derzeit Möglichkeiten einer in bestimmten Bereichen einheitlichen Softwareausstattung zur Ermöglichung einer Standardisierung und eines Datentransfers geprüft.

## **Projekt „Optimierung der Strukturen und Informationswege in den Werkbetrieben der JVA Bremen“**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Im gen. Projekt wurde auf Grundlage einer Bestandsaufnahme zur Aufbau- und Ablauforganisation in den Werkbetrieben eine neue Aufbauorganisation abgestimmt, die eine stärkere Ablauforientierung beinhaltet. Daher werden die Werkbetriebe und die betreffenden Verwaltungsbereiche zu einem einzigen Fachbereich zusammengefasst. Die Referate „Produktion/Versorgung“ und „Interne Leistungen“ wurden neu gebildet und die Werkbetriebe diesen Referaten zugeordnet.

Entsprechend dem vereinbarten schrittweisen Vorgehen im Projekt wurden auf Grundlage der neu vorgeschlagenen Organisationsstruktur die Aufgaben und Entscheidungskompetenzen der einzelnen Akteure beschrieben und von einander abgegrenzt.

Parallel hierzu wurden einige Kennzahlen für die Beurteilung und Steuerung der Tätigkeit der Werkbetriebe entwickelt. Für die Weiterentwicklung des Controllings für die Verwaltung und die Werkbetriebe werden die Kennzahlen mit der vorhandenen Software und mit den Informationsbedarfen abgeglichen und verfeinert.

Darüber hinaus werden Umsetzungsvorschläge für optimierte Arbeitsabläufe ausgearbeitet.

## **Projekt „Flächendeckende Nutzung des elektronischen Dokumentenmanagementsystems (VISkompakt)“**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Mit Beschluss des Senats vom 11.12.2012 ist die Senatorin für Finanzen gebeten worden, bis Ende 2016 gemeinsam mit den anderen Ressorts die organisatorischen, technischen und finanziellen Voraussetzungen für alle Dienststellen zu schaffen, ein elektronisches Dokumentenmanagementsystem (DMS) einzuführen. Ziel ist es, an Stelle der Papierakten und hybrider Aktenführung mit papierbasierten und elektronischen Bestandteilen zukünftig vollständig elektronische Akten zu führen und Zuschriften von Vorgängen mittels sogenannter Geschäftsgangverfügungen elektronisch zu bearbeiten. Damit soll auch in Zukunft eine ordnungsgemäße und arbeitsökonomische Aktenführung sichergestellt werden. Ausgenommen sind zunächst die Personalakten.

Die Einführung von VISkompakt ist im Ressort Justiz und Verfassung in 2013 verstärkt in Angriff genommen worden. Zur dienststellenübergreifenden Koordinierung wurde eine Projektleitung bestimmt und eine Projektgruppe mit Vertretern der Dienststellen im Justizressort eingerichtet. Die Projektgruppe trifft Vereinbarungen zu Vorgehensweisen und einheitlichen Festlegungen bei der Arbeit mit VISkompakt.

Die vom Senat für die Jahre 2012 und 2013 zur Verfügung gestellten UVI-Mittel („Umbau Verwaltung und Infrastruktur“) wurden zur Umsetzung des Projekts genutzt.

In 2013 haben die Verwaltungen aller nachgeordneten Dienststellen im Justizressort mit der Führung und Bearbeitung von elektronischen Akten in VISkompakt begonnen. Ausgenommen ist und bleibt das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen, Zweigstelle Bremen, das nicht in das IT-Netz in Bremen eingebunden ist. In der Dienststelle des Senators für Justiz und Verfassung arbeiten nun fast alle Mitarbeiter/innen in Teilbereichen mit elektronischen Akten in VISkompakt. Per 31.12.2013 wurde das Rollout-Konzept als verbindlicher Zeitplan für die umfassende Nutzung des DMS erstellt; dieses wird in den Folgejahren umgesetzt.

## **Projekt „Forderungsmanagement in der Justiz“**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Im Rahmen des Projektes wurden unbefristet niedergeschlagene Forderungen der Jahrgänge 2009, 2010 und 2011 aktiv bearbeitet. Eine erhebliche Anzahl von Ratenzahlungsvereinbarungen wurde getroffen, überwacht und ggfs. angemahnt. In einigen Fällen sind weitere Vollstreckungsmaßnahmen von der LHK durchgeführt worden. Zum 31.12. wurde das Projekt abgeschlossen.

Die erzielten Einnahmen zum Projektende (31.12.2013) betragen ca. 148.000 EUR, so dass die angestrebten Einnahmen i.H.v. 130.000 bereits im November erreicht wurden. Die Projektkosten beliefen sich auf ca. 150.000 EUR. Aufgrund der hohen Anzahl an vereinbarten Ratenzahlungen wird im Rahmen des Projektes beobachtet, dass bei fortschreibender Bearbeitungsdauer der Forderungen die Einnahmen steigen. Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass bei der Fortsetzung der aktiven Ratenzahlungsüberwachung durch die LHK nach Projektende mit weiteren Einnahmen zu rechnen ist. Drei Wochen nach Projektende wurden weitere Einnahmen i.H.v. ca. 5.000 EUR aufgrund eingehenden Ratenzahlungen erzielt.

Bzgl. der Aufgabenübertragung von den Vollziehungsbeamten des FA Bremen-Mitte auf die Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Bremen hat der Lenkungsausschuss des Projekts beschlossen, dass in den kommenden zwei Jahren keine Aufgabenübertragung erfolgt. Ein Kennzahlensystem zur Erfassung der Effekte der Tätigkeit des Außendienstes wurde erstellt und mit den beteiligten Akteuren abgestimmt. In halbjährlichen Abständen werden die vom FA Bremen-Mitte und der LHK ab dem 01.02.2014 erfassten Kennzahlen an SF und SJV übermittelt.

Zur Optimierung des Beitreibungsprozesses hat eine externe Beratungsfirma ein Gutachten erstellt, das vom Lenkungsausschuss abgenommen worden ist. Daraus und aus der Projekterfahrung wurden von der Projektgruppe Empfehlungen zur Prozessoptimierung abgegeben. Diese und deren Umsetzung werden im Rahmen

eines eingerichteten runden Tisches weiter begleitet. Zur Unterstützung der Einführung der Bearbeitung niedergeschlagener Justizforderungen bei der LHK wurde eine Mitarbeiterin vom operativen Projektteam für sechs Monate zur LHK abgeordnet.

## **Umsetzung der Fortbildungsoffensive**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Verbesserung der Fortbildung in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist ein Arbeitsschwerpunkt des Justizressorts. Die begonnenen Maßnahmen in den Bereichen

Fortbildungsoffensive für die Service-Kräfte,  
Fortbildungskonzept für die Richterinnen und Richter auf Probe in der bremischen Justiz und  
Fortbildungskooperation mit Niedersachsen

wurden auch im Jahr 2013 fortgesetzt und weiterentwickelt.

(Schulungen der Führungskräfte: siehe „Systematische Führungskräfteentwicklung“).

Die notwendige gerichtsbarkeitsübergreifende Koordinierung der Maßnahmen wird weiterhin durch eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Gerichtsbarkeiten, der Staatsanwaltschaften und der Behörde des Senators für Justiz und Verfassung geleistet.

Die im Rahmen der Fortbildungskooperation mit Niedersachsen getroffenen Absprachen sind in einer Verwaltungsvereinbarung festgeschrieben worden. Das gemeinsame Fortbildungsangebot wird von den Mitarbeitern/innen gut genutzt.

Seit Januar läuft bereits zum zweiten Mal ein zweijähriger Kurs zur (Nach-)Schulung zum/zur Justizfachangestellten, den alle Teilnehmerinnen weiterhin engagiert besuchen.

Um der zunehmenden Bedeutung von Sicherheitsbelangen in den Gerichten und Staatsanwaltschaften Rechnung zu tragen, wurden die in 2012 begonnenen dienstübergreifenden Schulungen zum „Umgang mit gewaltbereitem Publikum“ in 2013 fortgesetzt.

In Umsetzung des am 25.07.2012 in Kraft getretenen Gesetzes zur Förderung der Mediation und anderer Verfahren der außergerichtlichen Konfliktbeilegung wurden in diesem Jahr 20 neue Güterichterinnen und Güterichter ausgebildet. Für 2014 ist zur weiteren Qualifizierung eine Supervisionsfortbildung geplant.

Als Maßnahme zur Qualitätssicherung und Stärkung der Qualifikation der Mitarbeiterinnen wurde in Umsetzung der AV des SJV vom 06.03.2012 mit der flächendeckenden Durchführung von Geschäftsprüfungen bei den Serviceeinheiten in den Gerichten begonnen. Hierzu wurden Anfang des Jahres 4 Workshops für Prüferinnen und Prüfer angeboten und eine einheitliche Checkliste als Handlungshilfe für Geschäftsprüfungen entwickelt.

Auf den Service-Seiten des Senators für Justiz und Verfassung unter [www.justiz.bremen.de](http://www.justiz.bremen.de) wird über das aktuelle Fortbildungsangebot informiert.

## **Systematische Führungskräfteentwicklung und Stärkung der Managementkompetenz bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Zur systematischen und vorausschauenden Führungskräfteentwicklung wurde ein Konzept für den Bereich der Dienststellen- und Geschäftsleiter/innen erstellt. Im Mai fand eine zweitägige Fortbildung für Dienststellenleiter/innen zum Thema „Gesunde Führung“ statt. Für 2014 ist eine Fortbildung zum gleichen Thema für Geschäftsleiter/innen geplant.

Das Qualifizierungsprogramm für zukünftige Führungskräfte der Laufbahngruppe zwei, erstes Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) einschließlich der Hospitationen in unterschiedlichen Bereichen, darunter auch in anderen Dienststellen, wurde im 2. Halbjahr 2012 abgeschlossen und sodann evaluiert. Seit November 2013 läuft der zweite Lehrgang mit 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Eine vermehrte Delegation von Führungs- und Personalverantwortung in Gerichten und Staatsanwaltschaften wird angestrebt, mit der insbesondere stellvertretende Behördenleiter, Vizepräsidenten, aufsichtführende Richter und Abteilungsleiter angesprochen werden sollen. Maßnahmen zur erweiterten Delegation von Verantwortlichkeiten auf aufsichtführende Richter sind bereits beim Amtsgericht Bremen umgesetzt worden, diese haben sich gut bewährt.

## Teilnahme bremischer Gerichte und Staatsanwaltschaften an länderübergreifenden Vergleichsringen

### Sachstand/Analyse/Bewertung

Durch die Teilnahme der bremischen Gerichte an niedersächsischen und bundesweiten Vergleichsringen wurden zahlreiche Kontakte zwischen den beteiligten Gerichten geknüpft. Die Mitarbeiter tauschen sich seitdem zu aktuellen Fachfragen gerichtsübergreifend aus.

Das Verwaltungsgericht Bremen hat sich erneut mit den niedersächsischen Verwaltungsgerichten verglichen und an Workshops zu bestimmten Fachgebieten teilgenommen. Das Hanseatische Oberlandesgericht wird sich in 2014 an einem dritten bundesweiten Durchgang beteiligen.

### Betriebliches Gesundheitsmanagement

#### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die ressortweite Steuerungsgruppe zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement wurde seitens der Behördenleitungen mit der Umsetzung der DV Sucht beauftragt. In Zusammenarbeit mit der SF wurde ein geeignetes Vorgehen entwickelt, das zunächst eine Bestandaufnahme zu den vorhandenen Suchtkrankenhelfern beinhaltete. Zu den bereits vorhandenen Suchtkrankenhelfern konnten in den Dienststellen weitere Interessierte gewonnen werden, so dass nun die erforderliche Qualifizierungsmaßnahme durch die SF in Kooperation mit dem Paritätischen Bildungswerk in 2014 ogansiert werden kann.

Das Thema Sucht konnte in den vorhandenen Arbeitsgruppen BGM/Arbeitsschutzausschuss integriert werden. Nächste Schwerpunkte in 2014 werden u.a. die Durchführung von entsprechenden Fortbildungen für Führungskräfte, die Entwicklung geeigneter Informationen für Mitarbeiter und die Förderung eines Netzwerkes für Suchtberater innerhalb der Justiz sein.

Im Bereich Gesundheitsmanagement wurden in einigen Dienststellen Arbeitsplatzgefährdungsanalysen durch den Fachdienst für Arbeitsschutz durchführt. Die Angebote zur Rückenschule und Yoga-Kurse im Gesundheitsraum des Justizzentrums wurden weiterhin stark nachgefragt.

## B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
<b>Landgericht Bremen:</b>					
Zivil- u. K.f.H.sachen (Erledig.) [ST]	2.878,000	3.160,000	-282,000	-8,9%	3.160,000
Richter in Zivil- u. K.f.H.sachen [VK]	22,396	20,500	1,896	9,2%	20,500
Strafsachen (Erledigungen) [ST]	374,000	430,000	-56,000	-13,0%	430,000
Richter in Strafsachen [VK]	21,196	25,500	-4,304	-16,9%	25,500
<b>Amtsgerichte:</b>					
Zivil- u. Familiensachen (Erledig.) [ST]	17.258,000	18.550,000	-1.292,000	-7,0%	18.550,000
Richter in Zivil- u. Familiensachen [VK]	30,478	31,900	-1,422	-4,5%	31,900
Straf- u. Bußgeldverf. (Erledig.) [ST]	13.661,000	15.090,000	-1.429,000	-9,5%	15.090,000
Richter in Straf- u. Bußgeldverf. [VK]	25,921	27,400	-1,479	-5,4%	27,400
<b>Staatsanwaltschaft Bremen:</b>					
Ermittlungsverf. - Js - (Erledig.) [ST]	55.537,000	56.000,000	-463,000	-0,8%	56.000,000
Staats-/ Amtsanwält/innen [VK]	56,471	58,000	-1,529	-2,6%	58,000
<b>Justizvollzugsanstalt Bremen:</b>					
Belegungs-/Auslastungsgrad [%]	82,81	84,67	-1,86	-	84,67

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

<b>Produktplan: Justiz</b>	<b>11</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
3.1.1 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			
---			
3.1.2 Weitere Anmerkungen			
Die Budgetvorgaben werden eingehalten. Im Saldo von			
- Mehreinnahmen:	264 Tsd. EUR,		
- Personalminderausgaben:	4 Tsd. EUR,		
- konsumtiven Minderausgaben:	263 Tsd. EUR,		
- investiven Minderausgaben:	55 Tsd. EUR,		
- Minderausgaben bei den Verrechnungen:	2 Tsd. EUR,		
errechnet sich eine Budgetunterschreitung von 588 Tsd. EUR (3. Quartal: Budgetüberschreitung von 1.826 Tsd. EUR).			
Gegenüber der Berichterstattung des 3. Quartals sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:			
- Reduzierung der Mehreinnahmen um 44 Tsd. EUR,			
- Reduzierung der Personalminderausgaben um 836 Tsd. EUR,			
- Verbesserung der konsumtiven Ausgaben um 3.376 Tsd. EUR,			
- Reduzierung der investiven Minderausgaben um 84 Tsd. EUR,			
- Erhöhung der Minderausgaben bei den Verrechnungen um 2 Tsd. EUR.			
Ein Großteil der Veränderungen steht im Zusammenhang mit den produktplaninternen Umschichtungen, die zum Ausgleich konsumtiver Mehrausgaben - vor allem für Auslagen in Rechtssachen sowie für Mehraufwendungen nach Abschluss der neuen Verwaltungsvereinbarung für die Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen -, zu Lasten von Mehreinnahmen und Personalminderausgaben vorzunehmen waren. Zudem sind für die gesetzlichen Ausgaben für Auslagen in Rechtssachen ergänzend Mittel in Höhe von 1,8 Mio. EUR aus dem Risikofonds nachbewilligt worden.			
Zugleich hat sich die Entwicklung der Ist-Einnahmen und Ist-Ausgaben im 4. Quartal verbessert. Ggü. den Prognosen des 3. Quartals haben sich die Einnahmen um rd. 0,5 Mio. EUR erhöht, die Personalausgaben um rd. 0,4 Mio. EUR und die konsumtiven Ausgaben um rd. 0,5 Mio. EUR ermäßigt, Verbesserungen insgesamt 1,4 Mio. EUR. Die niedrigeren Personal-Ist-Ausgaben betreffen zum Teil (rd. 0,2 Mio. EUR) den Bereich der Beihilfen und Nachversicherungen. Minderausgaben in diesem Bereich sind für den produktplanübergreifenden Ausgleich eingespart worden, d.h., für das Ressortergebnis ergeben sich durch diesen Bereich keine Verbesserungen ggü. den bisherigen Prognosen. Im 4. Quartal waren außerdem knapp 0,6 Mio. EUR an die Versorgungsvorsorge abzuführen, davon rd. 0,5 Mio. EUR aus Verbeamtungseffekten und rd. 0,1 Mio. EUR für Personalrefinanzierungen. Die Verbesserungen im Ist-Ergebnis führen nach Abzug der Einsparungen zu der oben dargestellten Budgetunterschreitung von rd. 0,6 Mio. EUR.			
Einhaltung des geplanten eckwertrelevanten Finanzierungssaldos:			
Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wird eingehalten. Der Soll-/Ist-Vergleich (ohne Verrechnungen/Erstattungen) ergibt im Jahresergebnis eine Unterschreitung von 586 Tsd. EUR. Das der Berechnung zugrundeliegende Haushalts-Soll basiert auf den HH-Anschlägen sowie auf			
- Ausgaberesten aus dem Vorjahr von 243 Tsd. EUR,			
- produktplanübergreifenden Verlagerungen von 1.261 Tsd. EUR, saldiert, einschließlich Verlagerungen für die elektronische Arbeitszeiterfassung (Grp. 980) und für das Projekt Betreute Betreuer (Titel 984 78),			
- nicht veranschlagten Einnahmeverfügungsmitteln von 269 Tsd. EUR und			
- zweckgebundenen Drittmitteln von 319 Tsd. EUR, davon veranschlagt 21 Tsd. EUR. Zur Höhe von 286 Tsd. EUR werden die Drittmittel vom Arbeits- bzw. Bauressort über Verrechnungshaushaltsstellen an den Produktbereich weitergeleitet. Davon betroffen sind die Projekte Chance IV, Ex-OCOP und RESOWEST. Die daraus resultierenden Ausgabenverstärkungen sind für die Einhaltung des Finanzierungssaldos wie produktplanübergreifende Verlagerungen zu bewerten.			
Die Einnahmeverfügungsmittel korrespondieren mit Mehreinnahmen des Produktplans. Nach den für den Haushaltsvollzug aufgestellten Grundsätzen können sie - ebenso wie die zweckgebundenen Drittmittel - für Mehrausgaben verwendet werden. Für die Resteinanspruchnahme bedarf es nach den haushaltsvollzuglichen Grundsätzen eines Ausgleichs durch veranschlagte anderweitige Minderausgaben oder Mehreinnahmen. Der um die Restmittel bereinigte Finanzierungssaldo wird demgemäß um 343 Tsd. EUR unterschritten (586 - 243 Tsd. EUR).			
Einnahmen:			
Die Einnahmen im Produktplan Justiz resultieren in der Hauptsache aus den Einnahmen der Gerichte und Staatsanwaltschaften aus Gerichtsgebühren und Geldstrafen. Die Einnahmen werden durch die Geschäftsentwicklung bestimmt und sind insoweit nicht steuerbar. Für den Bereich des Justizvollzugs sind die von den Arbeitsbetrieben der Justizvollzugsanstalt erwirtschafteten Einnahmen prägend.			
Die in 2013 erzielten Einnahmen liegen mit 38,4 Mio. EUR um 1,6 Mio. EUR bzw. 4,3 % über dem Planwert			

Produktplan: Justiz	11	Controlling 13/13 14.02.2014	
Verantwortlich:	Senator Günthner	Version: 92	Seite 3
<p>(Anschlag). Bereinigt um die Refinanzierungsmittel von rd. 0,6 Mio. EUR (vgl. oben: geplanter eckwertrelevanter Finanzierungssaldo, zweckgebundene Drittmittel und sonstige Einnahmeverfügungsmittel) verbleibt ein Einnahmeplus von rd. 1,0 Mio. EUR, das zum größten Teil in der ordentlichen Gerichtsbarkeit erzielt wurde. Alle Produktbereiche verzeichneten Mehreinnahmen, lediglich der Justizvollzug konnte die Einnahmevergaben nicht realisieren, da die Kapazitäten der Wirtschaftsbetriebe hauptsächlich im Rahmen der Sanierung der JVA eingesetzt wurden und dementsprechend nur in einem geringen Umfang Fremdaufträge angenommen werden konnten.</p>			
<p>Das Einnahme-Ist-Ergebnis ist in Summe nahezu identisch mit dem Ergebnis des Vorjahres. Veränderungen im Vergleich zum Vorjahr - in 2012 waren Mehreinnahmen (bereinigte Planwertüberschreitungen) in Höhe von rd. 1,6 Mio. EUR erzielt worden - sind auf Anschlaganhebungen in 2013 (rd. 0,6 Mio. EUR) zurückzuführen.</p>			
<p>Der Anteil der Einnahmen aus der Gewinnabschöpfung hat sich erhöht. Die aufgrund Teilung der Einnahmen aus der Gewinnabschöpfung zu Gunsten des Innen- und Sozialressorts eingesparten Beträge sind von 138 Tsd. EUR in 2012 auf 423 Tsd. EUR in 2013 angestiegen.</p>			
<p><b>Konsumtive Ausgaben:</b> Das Gros der konsumtiven Ausgaben des Produktplans Justiz entfällt auf die gesetzlichen Ausgaben für Auslagen in Rechtssachen. Hierzu zählen die in den gerichtlichen und staatsanwaltschaftlichen Verfahren anfallenden Kosten (incl. Porto), die Ausgaben für die öffentliche Rechtsberatung sowie die an die Polizei Bremerhaven pauschal zu erstattenden Ermittlungskosten.</p>			
<p>Der Anteil der Auslagen in Rechtssachen an den konsumtiven Ausgaben des Produktplans Justiz ist in 2013 auf rd. 28,0 Mio. EUR bzw. 62,1 % angestiegen. Der Ausgabenzuwachs ggü. dem Vorjahr beträgt rd. 0,5 Mio. EUR. Ggü. den Prognosen des 3. Quartals schließen die Auslagen in Rechtssachen um rd. 0,1 Mio. EUR niedriger ab.</p>			
<p>Die im Jahresergebnis ausgewiesenen Ist-Planwert-Abweichungen betragen 2.973 Tsd. EUR. Die Abweichungen resultieren im Wesentlichen aus: - Anschlagüberschreitungen bei den Auslagen in Rechtssachen von rd. 2,3 Mio. EUR, - Mehrausgaben für die Vollzugsgemeinschaft mit Niedersachsen von 0,684 Mio. EUR.</p>			
<p>Bereits in 2012 waren bei den Auslagen in Rechtssachen Ausgabenüberschreitungen von rd. 1,4 Mio. EUR zu verzeichnen. Diese Entwicklung setzte sich in 2013 mit steigender Tendenz (plus rd. 0,5 Mio. EUR) fort. In Verbindung mit den Anschlagabsenkungen des Jahres 2013 von rd. 0,48 Mio. EUR errechnen sich die Anschlagüberschreitungen von rd. 2,3 Mio. EUR bzw. - unter Berücksichtigung der aus dem Vorjahr übertragenen Haushaltsreste von 221 Tsd. EUR - Überschreitungen der Sollvorgaben von rd. 2,1 Mio. EUR. Die Überschreitungen betreffen wie im Vorjahr vor allem die nach der Insolvenzrechtlichen Vergütungsordnung (InsVV) an Treuhänder zu leistenden Zahlungen in Verbraucherinsolvenzverfahren sowie die nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (2. KostRMoG) zu zahlenden Betreuervergütungen, die aufgrund fehlender Leistungsfähigkeit der Betreuten aus der Staatskasse zu tragen sind. Während die Ausgaben in Insolvenzsachen im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen sind, weisen die Betreuervergütungen weitere Ausgabenzuwächse auf. Ausgabenüberschreitungen sind in einzelnen Bereichen auch bei den Sachverständigenentschädigungen und den Rechtsanwaltsvergütungen im Rahmen von Prozesskostenhilfe zu verzeichnen, ferner bei den Ermittlungskosten der Staatsanwaltschaft. Auswirkungen aus dem 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (2. KostRMoG) vom 23. Juli 2013, welches zum 1. August 2013 in Kraft getreten ist, sind in 2013 kaum spürbar geworden. Das Ressort rechnet insoweit für die Zukunft mit erheblichen Mehrausgaben, da sich im Zuge der Kostenrechtsänderungen die Honorare und Entschädigungen im Justizkostenrecht, z.B. für Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer sowie auch die Rechtsanwaltsvergütungen, die im Rahmen der Prozesskostenhilfe den Justizhaushalt belasten, erhöhen.</p>			
<p><b>Investive Ausgaben:</b> Der Haushalts- und Finanzausschuss hat mit Beschluss vom 24. April 2009 darum gebeten, im Rahmen des Controllings zum Produktgruppenhaushalt regelmäßig über den Liquiditätsabfluss im Zusammenhang mit der Sanierung der Justizvollzugsanstalt zu berichten: Die veranschlagten Sanierungsmittel in Höhe von 5,02 Mio. EUR sind entsprechend den Planungen in 2013 an das Sondervermögen Immobilien und Technik abgeflossen. Hinzu kamen weitere 100 Tsd. EUR im Rahmen der maßnahmenbezogenen Liquiditätssteuerung, die im Folgejahr an das Projekt RESOWEST zurückzulegen sind. Bei den übrigen Investitionen sind Minderausgaben in Höhe von 55 Tsd. EUR zu verzeichnen.</p>			
<p><b>3.2 Personaldaten</b> Der Personalbestand des Justizressorts konnte im Jahresverlauf durch eine sehr restriktive Personalnachsteuerung - einschl. der im Juni 2013 angeordneten ressortinternen Bewirtschaftungsmaßnahmen - um rd. 10 Stellen gesenkt werden. Angesichts der weiter bestehenden hohen Belastung der Justiz ist dies als Erfolg zu bewerten. Dennoch konnte die aus dem Vorjahr stammende Überschreitung der Personalzielzahlen noch nicht vollständig abgebaut werden. Unter Berücksichtigung der zum Oktober-Controlling vorgenommenen Korrektur der Personalzielzahlen um +4,5 lag die Überschreitung im Jahresmittel bei 6,9 Stellen. Im Dez. 2013 liegen alle Produktbereiche mit Ausnahme der Fachgerichtsbarkeit vollständig oder nahezu im Soll. Mehrausgaben sind innerhalb des Produktplans</p>			

<b>Produktplan:</b> 11 <b>Justiz</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Senator Günthner	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 4</b>
<p>Justiz ausgeglichen worden.</p> <p>3.3 Leistungskennzahlen  Erledigungsleistung und Ressourceneinsatz entsprechen weitgehend den Vorgaben.  Ist-Planwert-Abweichungen des Berichtszeitraums bewegen sich überwiegend im tolerablen Rahmen.</p> <p>Bei den Amtsgerichten korrespondieren geringere Erledigungszahlen in den meisten Bereichen mit entsprechend geringeren Eingangszahlen. Beim Personaleinsatz wurde nachgesteuert. In vielen Bereichen konnten Bestände abgebaut werden.</p> <p>Bei den Zivilkammern des Landgerichts bleiben die Erledigungszahlen (- 8,9 %) trotz eines erhöhten Personaleinsatzes (1,896 VK bzw. 9,2 %) auch zum Jahresabschluss hinter den Planungen zurück. Ursächlich dafür sind nach dem Bericht des Landgerichts langfristige Erkrankungen im richterlichen Bereich sowie die hohe Zahl von Berufungseingängen, die zwar im 4. Quartal gesunken, aber immer noch 9,1 % über Plan liegt (3. Quartal: 19,6 % über Plan).</p> <p>Bei den Strafkammern des Landgerichts sind weniger Verfahren erledigt worden als geplant (- 13,0 %). Die Planwertunterschreitungen betreffen allein die Berufungsverfahren, in denen sowohl Eingänge als auch Erledigungen hinter den Planungen zurückbleiben. Auch der Personaleinsatz liegt unter den Planungen (- 4,304 VK bzw. - 16,9 %).</p> <p>Aus dem Belegungs-/Auslastungsgrad der Justizvollzugsanstalt errechnet sich eine Durchschnittsbelegung von rd. 600 Insassen pro Tag. Im Vergleich zum Vorjahr (598) ist ein sehr geringer Anstieg zu verzeichnen. Die Belegung bleibt im Bereich des geschlossenen Vollzuges (22 Insassen weniger) und der Untersuchungshaft (1 Insasse weniger) hinter den Planungen zurück, während die Planungen für den Bereich des offenen Vollzuges (+ 10 Insassen) überschritten werden.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 12</b> <b>Sport</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		<b>Nicht erreicht</b>	<b>erreicht</b>
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:**

**Finanzdaten**

Das Jahresergebnis 2013 weist im Saldo aus Mindereinnahmen und Minderausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 0,413 Mio. € aus. Das Ressort beantragt im Rahmen des Jahresabschlusses eine investive Rücklagenzuführung in Höhe von 0,413 Mio. €

Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen um 0,004 Mio. € überschritten. Diese Überschreitung resultiert aus der Inanspruchnahme von Ausgaberesten.

**Personaldaten**

Die Personalausgaben werden eingehalten.

Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um 2,3 VZE unterschritten. Der Personalbestand hat sich im Jahresverlauf um 2,0 VZE verringert. Für das Haushaltsjahr 2014 lässt sich aus heutiger Sicht kein zusätzlicher personalwirtschaftlicher Handlungsbedarf ableiten.

**Leistungsdaten**

Die Leistungsziele wurden im Wesentlichen eingehalten.

Im Bereich der Bäder wurde der Planwert der Besucher um 9,2 % unterschritten, sodass sich der lfd. Zuschuss je Besuch entsprechend erhöht.

**Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Kein Handlungsbedarf.

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

Das Schwimmangebot der Bremer Bäder GmbH wurde durch die Bezuschussung von Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen sowie der Bereitstellung eines Betriebskostenzuschusses gesichert. Im Vergleich zu 2012 konnte das Defizit in 2013 deutlich reduziert werden. Gleichwohl ist die wirtschaftliche Situation geprägt von steigenden Energiekosten und Unterhaltungskosten aufgrund des Zustandes der Bäderanlagen. In 2013 wurde die im Vorjahr beauftragte Marktanalyse vorgelegt. Darin wurden Handlungsempfehlungen ausgesprochen, die eine Profilierung der Standorte sowie notwendige Investitionen ausweisen. Der Senat ist diesen Handlungsempfehlungen nicht gefolgt, da die notwendigen Investitionsmittel im Haushalt nicht darstellbar sind. Am 14.01.2014 hat der Senat beschlossen, das Unibad nicht zu sanieren. Primäre Aufgabe in 2014 ist die Entwicklung von wirtschaftlich sinnvollen Alternativen. Diese sollen in Zusammenarbeit mit dem Landesschwimmverband, dem LSB, dem Bildungsressort und der Bädergesellschaft entwickelt werden. Ziel ist es bis Juni 2014 ein entsprechendes Konzept zu entwickeln.

## B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum			
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*	
			abs.	%
Beschreibung [Einheit]				
Geförderte Übungs- u. Organisationsleiter (Pers.)	2.500	2.500	0,00	0,00
Ausgaben je Übungs- u. Organisationsleiter (EUR)	440	440	0,00	0,00
Besucherzahl Bremer Bäder (Pers)	1.639.000	1.805.000	-166.000,00	-9,20
lfd. Zuschuss je Besucher der Bremer Bäder (EUR)	2,18	1,68	0,50	29,76

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

### Ergebnisse und Wirkungen:

Die Kosten des organisierten Sports sowohl für die Unterhaltung der laufenden Kosten als auch für die Sanierung werden für die Sporttreibenden der Stadtgemeinde mit einem Betrag in Höhe von insgesamt 14,91 Euro/je Einwohner gefördert.

<b>Produktplan: Sport</b>	<b>12</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	440	406	34	8,3	563	563	440	-123	406
investive Einnahmen	9	0	9	0,0	9	9	9	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	8	0	8	0,0	8	8	8	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>457</b>	<b>406</b>	<b>51</b>	<b>12,5</b>	<b>580</b>	<b>580</b>	<b>457</b>	<b>-123</b>	<b>406</b>
Personalausgaben	1.081	1.096	-15	-1,3	1.095	1.096	1.082	-14	1.077
konsumtive Ausgaben	10.568	10.703	-135	-1,3	10.651	10.650	10.568	-82	10.703
Zinsausgaben	27	32	-5	-14,3	32	32	27	-5	32
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	2.892	2.561	331	12,9	3.327	3.327	2.891	-436	2.561
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>14.569</b>	<b>14.392</b>	<b>177</b>	<b>1,2</b>	<b>15.106</b>	<b>15.105</b>	<b>14.568</b>	<b>-537</b>	<b>14.373</b>
<b>Saldo</b>	<b>-14.112</b>	<b>-13.986</b>	<b>-126</b>	<b>0,9</b>	<b>-14.525</b>	<b>-14.525</b>	<b>-14.111</b>	<b>414</b>	<b>-13.967</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	393	393	393	7.952
- investiv	0	384	82	83	390
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	29	26	24	64

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
Tsd. EUR	
0	898

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	1.074	1.086	-12	1.074	1.086	-12
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.074</b>	<b>1.086</b>	<b>-12</b>	<b>1.074</b>	<b>1.086</b>	<b>-12</b>
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	-13	13	8	10	-2	8	10	-2
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-13</b>	<b>13</b>	<b>1.082</b>	<b>1.096</b>	<b>-14</b>	<b>1.082</b>	<b>1.096</b>	<b>-14</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-13	13	8	8	0	8	8	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	20,0	22,3	-2,3	20,8	22,6	-1,8	20,8	22,6	-1,8
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>20,0</b>	<b>22,3</b>	<b>-2,3</b>	<b>20,8</b>	<b>22,6</b>	<b>-1,8</b>	<b>20,8</b>	<b>22,6</b>	<b>-1,8</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	1,0	-	-	0,3	-	-	0,3	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	9,1	22,5	8,7
Beschäftigte über 55 Jahre	45,5	17,5	47,8
Frauenquote	36,4	50,0	34,8
Teilzeitquote	13,6	35,0	13,0
Schwerbehindertenquote	19,1	6,0	21,7

<b>Produktplan:</b> 12 <b>Sport</b>	<b>Controlling 01-13/2013</b> 30.01.2014
Verantwortlich: <b>Senator Mäurer</b>	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Sachstand/Analyse/Bewertung

Sport ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft in der Stadt Bremen. Der Sport in Bremen fördert als ein wichtiges Element im Leben insbesondere das gesellschaftliche Engagement und das demokratische Verhalten der Bürgerinnen und Bürger, deren Gesundheit und Bildung, die soziale Integration besonders von Kindern und Jugendlichen und nicht zuletzt auch das Ansehen von Bremen. Eine wichtige Aufgabe der Stadt im Sportbereich ist die Sportförderung. Dazu gehört die Unterstützung des Breitensports in der gesamten Stadt ebenso wie die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Sportstättenangebots im Interesse der bremischen Bevölkerung. Hauptzielsetzung der städtischen Sportförderung ist es, allen Bremerinnen und Bremern die Ausübung vielfältiger Sportarten auf Dauer zu ermöglichen und für die sportlichen Bedürfnisse der Bevölkerung, der Vereine und Verbände Sorge zu tragen.

Zentrales Steuerungsinstrument der allgemeinen Sportförderung bildet die Vergabe von Zuschüssen an die Bremer Sportvereine. Im Bereich der Sportinfrastruktur gibt es weiterhin große Herausforderungen. Ein Schwerpunkt ist die energetische und nachhaltige Sanierung und Modernisierung öffentlicher Sportstätten.

Die Sportverwaltung hat zum Ziel, den Sport in Bremen unter Berücksichtigung und Ausschöpfung möglicher Effizienzoptimierung sowie die Nachhaltigkeit durch Investitionszuwendungen für Sanierungen und Attraktivitätssteigerungen über Zuwendungen zur Erfüllung des gemeinnützigen - in der Landesverfassung geregelten - Auftrages zu stärken und auszubauen.

#### Ergebnisse und Wirkungen

Rund 25 % aller Bremer Bürgerinnen und Bürger gehören in 330 Sportvereinen dem organisierten Sport an.

Damit ihnen dafür entsprechende Anlagen zur Verfügung stehen, investiert die Stadt Bremen intensiv in die Modernisierung und Instandhaltung bestehende Sportanlagen.

Die Wirkungen kommunaler Sportförderung sind eng verbunden mit der Frage, mit welchen Zielen kommunale Sportförderung vorgenommen wird. Der Sport in Bremen hat die Zielstellung, die Aktivitäten der Sporttreibenden der Stadtgemeinde zu unterstützen. Dieses erfolgt insbesondere auch mit den themenbezogenen Zielkategorien wie z.B. Stärkung präventiver Jugendarbeit- und der Gesundheitsförderung. Die Unterstützung der Sportvereine hinsichtlich der eigenverantwortlichen Wahrnehmung ihrer Aufgaben ist dabei ebenfalls eines der Kernziele der Sportförderung. Wir unterstützen die Vereine, die einen Beitrag zur modernen und energetischen Sportstättenentwicklung und -anlagenstruktur leisten.

Zurzeit übernehmen 11 Vereine in Eigenregie die Pflege und Unterhaltung von 12 Sportanlagen. Bremen verfügt derzeit über insgesamt 42 Kunstrasenfelder. Davon sind 23 kommunal, 11 verpachtet, 3 vereinseigen sowie 5 Freizeit-/Minispielfelder sind an Schulen errichtet.

Das soziale Kapital, das der Sport in seinen Übungsleitern, Trainer, Helfern, Betreuern und Mitarbeitern hat, ist unersetzbar. Die Ausgaben je Übungs- und Organisationsleiter belaufen sich in dem Berichtszeitraum auf 1.100 Tsd. Euro und bleiben somit auf dem Niveau der Vorjahre

#### Erreichen des Kostendeckungsgrades:

Der Kostendeckungsgrad für das Jahr 2013 beträgt für den Bereich der Bremer Bäder 69,7%.

<b>Produktplan: Sport</b>	<b>12</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
3.1.1 Einnahmen			
Konsumtive Einnahmen			
In 2013 sind insgesamt 440 Tsd. Euro vereinnahmt worden. Davon wurden 158 Tsd. Euro als Einnahmeverfügungsmittel verbucht.			
Die Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus der Benutzung der Sportanlagen sowie aus der Verpachtung von Werbeflächen. Trotz der 5 %igen Anhebung der Nutzungsentgelte zum 01.01.2013 konnten in 2013 lediglich 61 % der veranschlagten Einnahmen aus Nutzungsentgelten für Sportanlagen erzielt werden. Die Einnahmen aus der Verpachtung von Werbeflächen blieben das dritte Jahr in Folge gänzlich aus.			
Gegenüber dem Soll sind somit in 2013 Mindereinnahmen in Höhe von 123 Tsd. Euro entstanden. Die Mindereinnahmen konnten durch die Heranziehung von Minderausgaben wie folgt komplett ausgeglichen werden:			
- 82 Tsd. Euro Minderausgaben bei der PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)			
- 29 Tsd. Euro bei der PGR 12.01.02 (Bremer Bäder) durch Heranziehung von nicht verausgabten Planungsmittel sowie Zinsausgaben			
- 14 Tsd. Euro Minderausgaben im Personalbereich			
Investive Einnahmen			
Bei den investiven Einnahmen wurden 9 Tsd. Euro vereinnahmt. Dabei handelt es sich um Mittel im Rahmen des Projektes "Platz Da!" für die Restarbeiten am Sportpark Horn-Lehe.			
Relevante Verrechnungen / Erstattungen			
Bei den Verrechnungen wurden 8 Tsd. Euro vereinnahmt. Davon sind 3 Tsd. Euro Mittel im Rahmen des Projektes "Platz Da!" für die Restarbeiten am Sportpark Horn-Lehe. Die restlichen 5 Tsd. Euro wurden im Rahmen des Programms "Impulse für den Sozialen Zusammenhalt" für investive Maßnahmen geflossen.			
3.1.2 Ausgaben			
Konsumtive Ausgaben			
In dem Berichtsjahr 2013 wurden insgesamt 10.568 Euro verausgabt. Die Zielsetzung, 123 Tsd. Euro Minderausgaben zur Deckung von Mindereinnahmen, konnte weitgehend erreicht werden.			
Investive Ausgaben			
Die investiven Ausgaben belaufen sich in 2013 auf insgesamt 2.891 Tsd. Euro. Die Unterschreitung des Planwertes i.H.v. 436 Tsd. Euro erklärt sich wie folgt:			
- 24 Tsd. Euro Einsparungen bei der PGR 12.01.02 (Bremer Bäder) von nicht verausgabten Planungsmitteln zur Deckung von Mindereinnahmen			
- 412 Tsd. Euro Planungsmittel der PGR 12.01.02 (Bremer Bäder), die in 2014 übertragen werden sollen			
Insgesamt ist der Abfluss der investiven Ausgaben ausgeglichen.			
3.1.3 Erlöse aus Vermögensveräußerungen			
-Keine-			
3.1.4 Personalausgaben			
Bei den Personalausgaben wurden 2013 insgesamt 1.082 Tsd. Euro verausgabt. Gegenüber dem Jahresoll, konnten Minderausgaben i.H.v. 14 Tsd. Euro erzielt werden. Die Minderausgaben werden in voller Summe zur Deckung von Mindereinnahmen herangezogen.			
3.2 Finanzierungssaldo			
Das Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen eingehalten.			

<b>Produktplan: Sport</b>	<b>12</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Mäurer</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 3</b>
<p>3.3 Verlustvortrag</p> <p>Zum jetzigen Zeitpunkt sehen wir keine Möglichkeit, den Verlustvortrag i.H.v. 898 Tsd. Euro auszugleichen.</p> <p>3.4 Weitere Anmerkungen</p> <p>Zu PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)</p> <p>In 2013 wurden insgesamt 69 Sportförderungsanträge sowie 12 Anträge für Energiekostenzuschüsse gefördert. Für konsumtive und investive Maßnahmen wurden insgesamt 761 Tsd. Euro vergeben. Für die Sanierung von Sportanlagen wurden weitere 1.166 Tsd. Euro verausgabt.</p> <p>Zu PGR 12.01.02 (Bremer Bäder)</p> <p>Der in der AR-Sitzung am 30.November 2012 beschlossene Wirtschaftsplan weist ein Defizit von -591 Tsd. Euro aus. Die Gesellschaft geht in ihrem MR für das IV. Quartal davon aus, dass das Jahresergebnis (vorläufiges Ergebnis) geringfügig von der o.g. Prognose abweichen wird und prognostiziert ein Ergebnis von - 599 Tsd. Euro. Umsatzeinbußen sind vorrangig in den Bereichen Kurse, Schwimmhallen, Sauna, Eislaufen und sonst. Erlöse zu verzeichnen. Umsatzeinbußen werden zum Teil durch Einsparungen in den Aufwandspositionen Materialaufwand und Personalkosten kompensiert.</p> <p>3.5 Leistungsdaten</p> <p>PGR 12.01.01 (Allgemeine Sportangelegenheiten)</p> <p>Konsumtive und investive Ausgaben je Einwohner (ohne Bäder)</p> <p>Die konsumtiven Ausgaben je Einwohner betragen 11,54 Euro und sind somit 1,82 Euro über dem Planwert. Die investiven Ausgaben je Einwohner kommen auf 3,37 Euro und übersteigen mit 0,38 Euro den Planwert.</p> <p>Ausgaben für Übungs- und Organisationsleiter</p> <p>Der Zuschuss für die Übungs- und Organisationsleiter in Höhe von 1.100.000 ist komplett geflossen. Damit wurden insgesamt 2.500 Übungs- und Organisationsleiter gefördert.</p> <p>Anzahl der Kunstrasenplätze</p> <p>In 2013 ist die Anzahl der Kunstrasenfelder bei 23 (20 Groß- und 3 Kleinspielfelder) unverändert geblieben. Im Mai 2014 soll auf der Bezirkssportanlage Süd ein neuer Kunstrasenplatz fertiggestellt werden. Zudem ist beabsichtigt einen Kunstrasenplatz in Obervieland, als Kompensation für die Aufgabe eines Rasenplatzes an der Hans-Hackmann-Straße, zu bauen. Die Fertigstellung ist jedoch vom Verkauf des Grundstückes abhängig. Zukünftig soll der Fokus verstärkt auf die Sanierung von gedeckten Sportanlagen gelegt werden.</p> <p>Pflege und Unterhaltung durch die Vereine:</p> <p>Die Pflege und Unterhaltung der Sportanlagen wurde 2013 von 11 Vereinen für 12 Sportanlagen in Eigenregie übernommen.</p> <p>PGR 12.01.02 (Bremer Bäder)</p> <p>Besucherzahl:</p> <p>Im Berichtszeitraum wurden 1.639.000 Besucherinnen und Besucher in den Bremer Bädern (ohne Paradise) gezählt.</p> <p>Lfd. Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH:</p> <p>Die Planabweichung des lfd. Zuschuss an die Bädergesellschaft resultiert aus der Nachbewilligung für die Entwässerungsgebühr in Höhe von 38.100 Tsd. Euro sowie einer Erhöhung des Eckwertes um 500 Tsd. Euro, die bei Festlegung des Planwertes noch nicht beschlossen war.</p> <p>Lfd. Zuschuss je Besucher:</p> <p>Der lfd. Zuschuss je Besucher beträgt für den Berichtszeitraum 2,18 Euro.</p> <p>Kostendeckungsgrad:</p> <p>Der Kostendeckungsgrad beträgt in 2013 69,7%.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	01 – 13 / 2013
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 21</b> <b>Bildung</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		<b>Nicht erreicht</b>	<b>erreicht</b>
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:**

**Finanzdaten**

Zum Jahresende sind Mindereinnahmen in einer Gesamthöhe von rd. 1,2 Mio. € zu verzeichnen, die beispielsweise aus nicht erreichten Anschlägen bei der Gastschulgeldpauschale vom Land Niedersachsen, den Benutzungsentgelten für Schulräume und den Erstattungen Dritter für außerschulische Nutzungen resultieren. Die Mindereinnahmen wurden vom Ressort durch Streichungen von Ausgaberesten und rücklagefähigen Beträgen vollständig ausgeglichen.

Die dem Ressort im Rahmen des Konzepts zur Lösung der Budgetrisiken (Senat 5. November 2013) zur Verfügung gestellten Mittel wurden vollständig verausgabt.

Rücklagefähige (nicht zweckgebundene) Minderausgaben in Höhe von 163.334,20 € sind dem Beschluss des Senats entsprechend gestrichen worden. Weitere Reste bzw.

Rücklagenstreichungen sind nach Darstellung des Ressorts aufgrund politischer Schwerpunktsetzungen (Reste bei den sogenannten „Schulbudgets“) oder aufgrund bestehender Zweckbindung nicht möglich.

Festgestellte Ausgabereste oder evtl. Bundesmittel im Programm „Schulsozialarbeit“ sind gemäß Beschluss des Senats vom 17. September 2013 zur Verstärkung der veranschlagten Risikovorsorge des Haushaltsjahres 2014 heranzuziehen. Das Abrechnungsergebnis weist Ausgabereste in Höhe von 7.661,87 € aus. Das Ressort weist darauf hin, dass diese Mittel verpflichtet und deshalb zu übertragen sind.

Unter Einbeziehung von unterjährigen Verlagerungen wurde der Finanzierungssaldo eingehalten.

Vom Ressort wird für 2014 auf drei Risikobereiche hingewiesen: die Finanzierung der Privatschulen ist nach heutigem Stand nicht gesichert (Risiko ca. 2 Mio. €), voraussichtlich werden wieder Mindereinnahmen anfallen (rd. 1,5 – 2 Mio. €) und bei den Assistenzen geht das Ressort von noch nicht bezifferbaren Mehrausgaben aus.

Die schon in 2013 beschlossenen Bewirtschaftungsmaßnahmen gelten weiter.

**Personaldaten**

Der Produktplan schließt das Jahr mit Minderausgaben und einer minimalen Unterschreitung der Zielzahlen ab. Die Unterschreitung der Zielzahlen ist durch eine verspätete Verbuchung der Neueinstellungen im Produktbereich 21.01 aus dem November 2013 entstanden.

Für den Haushalt 2014/2015 wurde eine Erhöhung der Zielzahlen beschlossen. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2014 zu erwarten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 23.01.2014

**Leistungsdaten**

Die Leistungsziele konnten weitestgehend erreicht werden. Die angestrebte Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Mittagessenverpflegung in Ganztagschulen wurde um rd. 22 % überschritten. Im Bereich Bildung und Teilhabe nehmen rd. 16.600 Personen Leistungen in Anspruch, auf den Schulbereich entfallen 13.000 leistungsberechtigte Schülerinnen und Schüler („Blaue Karte“).

**Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Das Ressort sollte bezüglich der genannten Budgetrisiken 2014 unverzüglich Gegensteuerungsmaßnahmen entwickeln und diese einleiten.

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan: Bildung</b>	<b>21</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Sen. Quante-Brandt</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	16.554	16.292	262	1,6	17.752	17.752	16.555	-1.197	16.293
investive Einnahmen	3	0	3	0,0	0	0	3	3	0
relevante Verrech./Erstatt.	8.753	8.568	185	2,2	8.753	8.754	8.754	0	8.567
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>25.311</b>	<b>24.860</b>	<b>451</b>	<b>1,8</b>	<b>26.505</b>	<b>26.506</b>	<b>25.312</b>	<b>-1.194</b>	<b>24.859</b>
Personalausgaben	289.609	290.639	-1.030	-0,4	290.640	290.639	289.608	-1.031	291.945
konsumtive Ausgaben	262.078	253.315	8.763	3,5	265.662	265.661	262.077	-3.584	253.315
Zinsausgaben	949	949	-0	-0,0	949	949	949	0	949
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	22.292	28.000	-5.708	-20,4	23.828	23.827	22.294	-1.533	28.001
relevante Verrech./Erstatt.	11	15	-4	-28,8	13	13	10	-3	15
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>574.939</b>	<b>572.918</b>	<b>2.021</b>	<b>0,4</b>	<b>581.092</b>	<b>581.089</b>	<b>574.938</b>	<b>-6.151</b>	<b>574.225</b>
<b>Saldo</b>	<b>-549.628</b>	<b>-548.058</b>	<b>-1.570</b>	<b>0,3</b>	<b>-554.587</b>	<b>-554.583</b>	<b>-549.626</b>	<b>4.957</b>	<b>-549.365</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	940	0	0	0
- investiv	3.582	4.545	4.852	4.288	14.839
- Zins-/Tilgungsausgaben	929	837	742	645	1.965

Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
Tsd. EUR	
0	0

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-64	64	267.840	268.073	-233	267.840	268.073	-233
Personalverstärkung	0	0	0	5.940	5.942	-2	5.940	5.942	-2
Ausbildung	0	46	-46	6.738	6.738	0	6.738	6.738	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>-18</b>	<b>18</b>	<b>280.518</b>	<b>280.753</b>	<b>-235</b>	<b>280.518</b>	<b>280.753</b>	<b>-235</b>
Refinanzierte	0	12	-12	1.134	1.627	-493	1.134	1.627	-493
Nebentitel	0	-1.800	1.800	7.957	8.259	-302	7.957	8.259	-302
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-1.806</b>	<b>1.806</b>	<b>289.609</b>	<b>290.639</b>	<b>-1.030</b>	<b>289.609</b>	<b>290.639</b>	<b>-1.030</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-1.799	1.799	7.531	7.531	0	7.531	7.531	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	4.866,9	4.869,1	-2,2	4.862,6	4.872,8	-10,2	4.862,6	4.872,8	-10,2
Personalverstärkung	97,7	94,2	3,5	126,9	120,2	6,7	126,9	120,2	6,7
Ausbildung	425,0	450,0	-25,0	434,4	450,0	-15,6	434,4	450,0	-15,6
<b>Zusammen</b>	<b>5.389,6</b>	<b>5.413,3</b>	<b>-23,7</b>	<b>5.423,9</b>	<b>5.443,0</b>	<b>-19,1</b>	<b>5.423,9</b>	<b>5.443,0</b>	<b>-19,1</b>
Refinanzierte	24,8	-	-	22,2	-	-	22,2	-	-
Abwesende	276,6	-	-	275,1	-	-	275,1	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	16,7	22,5	14,7
Beschäftigte über 55 Jahre	30,7	17,5	34,8
Frauenquote	68,6	50,0	67,7
Teilzeitquote	44,6	35,0	45,6
Schwerbehindertenquote	4,4	6,0	3,2

<b>Produktplan: Bildung</b>	<b>21</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Sen. Quante-Brandt</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
3.1 Kamerale Finanzdaten			
Im Produktplan ergibt sich folgendes Jahresergebnis:			
Es entstanden Mindereinnahmen in Höhe von rd. 1,2 Mio.Euro, insbesondere im städtischen Haushalt: bei den Haushaltsstellen "Entgelte für den Besuch von Berufsschulen durch Umschüler", "Benutzungsentgelte für Schulräume/Turnhallen".			
Diese Mindereinnahmen sollen im 14. Monat durch Streichung von Resten gedeckt werden.			
Nach Ausgleich der Mindereinnahmen müssen konsumtive Reste in Höhe von rd. 2,5 Mio. Euro gebildet werden, diese sind zweckgebunden und beziehen sich auf folgende Ausgabebereiche:			
1,8 Mio. Euro für die Rücklagen der Schulen der Stadtgemeinde Bremen			
0,7 Mio. Euro für Bundes - und ESF-Projekte und für andere zweckgebundene Mittel (WIN, Spenden, Ortsämter, Elternbeiträge, etc.)			
Die Reste im investiven Bereich in Höhe von rd. 1,7 Mio. Euro beziehen sich auf die investive Rücklage der Schulen.			
Die übertragbaren Reste im Personalbereich von rd. 0,5 Mio.Euro resultieren aus zweckgebundenen Personalausgaben im Rahmen von ESF-Projekten. Zusätzlich können 0,2 Mio. Euro der Personalmrücklage zugeführt werden.			
Insgesamt ergibt sich über alle Ausgabe -und Einnahmebereiche ein positives Ergebnis.			
3.2 Personaldaten			
Im Personalbereich wurden zusätzliche Mittel zur Absicherung der Unterrichtsversorgung bereitgestellt. Durch diese Maßnahme konnte das Personalbudget, wie auch das Beschäftigungsvolumen im "verfügbaren Rahmen" gehalten werden. Die Zielzahlen wurden insgesamt eingehalten. Die Unterschreitung der Sollzielzahl liegt daran, dass Einstellungen aus dem November nicht mehr buchungsrelevant umgesetzt wurden.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 23.01.2014

PRODUKTPLAN 22 Kultur	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
		Nicht erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Das Jahresergebnis 2013 weist im Saldo aus Mindereinnahmen und Minderausgaben eine rechnerische Haushaltsverbesserung in Höhe von 2,571 Mio. € aus. Die Haushaltsverbesserung resultiert überwiegend aus nicht abgeflossenen Mitteln (im wesentlichen Vorjahresreste) für die Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums (2,448 Mio. €). Das Ressort beantragt im Rahmen des Jahresabschlusses eine investive Rücklagenzuführung in Höhe von 2,568 Mio. €  Der zulässige Finanzierungssaldo wurde unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen eingehalten.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b>  Der Produktplan schließt das Jahr 2013 in Menge und Geld ausgeglichen ab.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Im Produktbereich der kommunalen Kulturarbeit (Bürgerhäuser, Kultur- und Veranstaltungszentren) hat sich der Planwert der Besuche positiv entwickelt. Die Besuchszahlen beim Theater Bremen sind nach Aussage des Ressorts mit Beginn der neuen Spielzeit 2013/2014 gegenüber dem Plan gestiegen. Trotz Umbau des Theaters am Leibnizplatz schloss die Bremer Shakespeare Company mit einem positiven Spielergebnis ab.  Der Planwert der Besuche im Produktbereich Museen wurde um insgesamt 6,3 % unterschritten. Dieses ist u.a. auf die Sanierungsmaßnahmen im Übersee-Museum und Focke-Museum zurückzuführen, die zu einer verzögerten Wiedereröffnung geführt haben. Durch die Verzögerung der Baumaßnahmen beim Deutschen Schiffahrtsmuseum konnten mehr Besucher verzeichnet werden, als geplant  Bei der Stadtbibliothek konnte der Planwert der Ausleihen um 7,2% gesteigert werden. Auch der Anstieg der BibCards hat die Erwartungen weit übertroffen.  Im Bereich der Belegungen und Veranstaltungen konnte die Volkshochschule ihre Planwerte zum Jahresende nicht erreichen.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Kein Handlungsbedarf.		

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan: Kultur</b>	<b>22</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Böhrnsen</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

## 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	1.427	870	557	64,0	1.795	1.795	1.427	-368	870
investive Einnahmen	80	733	-653	-89,1	813	813	80	-733	733
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>1.507</b>	<b>1.603</b>	<b>-96</b>	<b>-6,0</b>	<b>2.608</b>	<b>2.608</b>	<b>1.507</b>	<b>-1.101</b>	<b>1.603</b>
Personalausgaben	4.410	4.410	-0	-0,0	4.410	4.410	4.410	0	4.291
konsumtive Ausgaben	72.868	70.844	2.024	2,9	73.008	73.007	72.868	-139	70.843
Zinsausgaben	30	30	0	0,0	30	30	30	0	30
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	4.537	9.179	-4.642	-50,6	8.070	8.070	4.537	-3.533	9.179
relevante Verrech./Erstatt.	12	1	11	1.090,0	12	12	12	0	1
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>81.857</b>	<b>84.464</b>	<b>-2.607</b>	<b>-3,1</b>	<b>85.529</b>	<b>85.529</b>	<b>81.857</b>	<b>-3.672</b>	<b>84.344</b>
<b>Saldo</b>	<b>-80.350</b>	<b>-82.861</b>	<b>2.511</b>	<b>-3,0</b>	<b>-82.921</b>	<b>-82.921</b>	<b>-80.350</b>	<b>2.571</b>	<b>-82.741</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvotr .
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	26.406	26.311	26.311	14.907	0	0
- investiv	0	2.457	2.338	1.147	732		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	26	22	18	29		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	4.057	4.057	0	4.057	4.057	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	12	12	0	12	12	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>4.069</b>	<b>4.069</b>	<b>0</b>	<b>4.069</b>	<b>4.069</b>	<b>0</b>
Refinanzierte	0	-22	22	258	258	0	258	258	0
Nebentitel	0	-26	26	83	83	0	83	83	0
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-48</b>	<b>48</b>	<b>4.410</b>	<b>4.410</b>	<b>0</b>	<b>4.410</b>	<b>4.410</b>	<b>0</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-28	28	58	58	0	58	58	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	66,8	67,2	-0,4	68,5	68,0	0,5	68,5	68,0	0,5
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0
<b>Zusammen</b>	<b>67,8</b>	<b>67,2</b>	<b>0,6</b>	<b>69,5</b>	<b>68,0</b>	<b>1,5</b>	<b>69,5</b>	<b>68,0</b>	<b>1,5</b>
Refinanzierte	3,7	-	-	3,9	-	-	3,9	-	-
Abwesende	2,4	-	-	2,2	-	-	2,2	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,2	22,5	7,2
Beschäftigte über 55 Jahre	41,0	17,5	36,1
Frauenquote	55,4	50,0	55,4
Teilzeitquote	28,9	35,0	25,3
Schwerbehindertenquote	6,6	6,0	5,8

<b>Produktplan: 22</b> <b>Kultur</b>	<b>Controlling 01-12/2013</b> 01.02.2014
Verantwortlich: <b>Senator Böhrnsen</b>	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### **Bremen als Kulturstadt**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Förderung der Künste, die Teilhabe aller Menschen am kulturellen Leben Bremens und die Ermöglichung kultureller Bildung sind wichtige Bausteine einer Politik, die sich aktiv gegen soziale Ausgrenzung wendet. Kunst und Kultur sind wesentliche Merkmale der urbanen Lebensqualität einer Stadt, und daher bleibt die Bereitstellung und Sicherung eines großstadtangemessenen Kulturangebots in Fokus der Arbeit des Ressorts. Verfolgt wird eine Strategie des „Erneuerns im Bestand“. Ein solches attraktives und impulsgebendes Angebot stärkt die Bindungskräfte Bremens nach innen wie außen.

In diesem Zusammenhang wird auf die Arbeit des Theater Bremen, der beiden großen Klangkörper, der Kunsthalle oder der Bremer Bürgerhäuser hingewiesen, die eine positive Besucherentwicklung verzeichnen.

#### **Kooperationen und Netzwerke**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Es ist ein wesentliches Ziel bremischer Kulturförderung, neben einer verlässlichen Förderung auch Freiräume für künstlerische Innovationen zu ermöglichen. Daher wurde die **Projektförderung** im 4. Quartal neu ausgerichtet, um einen Schwerpunkt bei der Unterstützung freier, nicht-institutionsgebundener Künstlerinnen und Künstler zu setzen, da aus diesen Milieus oft wichtige kreative Impulse kommen. Darüber hinaus liegt der Fokus auf Kooperationsprojekten zwischen traditionellen Kultureinrichtungen und Akteuren der freien Szene. Das Verfahren wurde weiter konkretisiert und eine Beschlussfassung nach neuem Muster ist für das 1. Quartal 2014 vorgesehen.

**Kunsthalle und Weserburg** haben Gespräche über eine verstärkte Zusammenarbeit aufgenommen.

Die **Volkshochschule** hat im Zuge ihrer von der Deputation beschlossenen Weiterentwicklung ein erstes Konzept für einen Programmschwerpunkt „Integration und Asyl“ auf den Weg gebracht.

Im Sinne der Kooperation zwischen Einrichtungen der Stadtteilkultur und traditionellen Kulturträgern im Innenstadtbereich ist auf das Projekt „VorBILD – NachBILD“ hinzuweisen, das **Quartier** gGmbH und Weserburg zusammen durchgeführt haben und an dem mehr als 500 Kinder und Jugendliche mitwirkten. Es sind solche Aktivitäten, die jungen Menschen aus Stadtrandlagen das bremische Kulturangebot entscheidend näher bringen. Impulse für die Region Bremen-Nord werden vom sanierten und umgestalteten Bürgerhaus Vegesack erwartet. Die modernisierte Immobilie bietet für eine ganze Reihe von Kulturakteuren und Initiativen deutlich verbesserte Arbeitsbedingungen.

Das erfolgreich etablierte Instrument der Spartengespräche zur Erörterung sowohl kulturpolitischer Alltagsfragen als auch langfristiger Perspektiven wird fortgeführt. Die Ergebnisse werden auf Umsetzbarkeit geprüft.

#### **Kulturelle Bildung**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Vermittlung von kultureller Bildung bleibt ein wichtiger Schwerpunkt in der Arbeit des Ressorts. Hinzuwiesen ist in diesem Zusammenhang auf das Vorhaben des Gerhard-Marcks-Hauses, Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren mit Hilfe privater Unterstützung zukünftig freien Eintritt gewähren zu wollen.

Neben dem schon oben genannten Projekt „VorBILD – NachBILD“ ist hier die Ausstellung „Ka Boom! Comics in der Kunst“ zu nennen, die zwar insgesamt in der Besucherresonanz zurückgeblieben ist, allerdings viele junge Erstbesucher für die Weserburg interessieren konnte.

Darüber hinaus sind die Aktivitäten der Stadtbibliothek zu nennen, die mit einer hohen Zahl von Veranstaltungen insbesondere im Bereich der Lesekompetenz eine große Anzahl Kinder und Jugendliche anspricht.

Die Bremer Shakespeare Company bietet unter dem Titel „Theater macht Schule“ Workshops für Jugendliche ab Klasse 9 zu allen aktuellen Produktionen an. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erarbeiten dabei gemeinsam mit einem Company-Mitglied Motive und Themen des Stücks, auch über Körper- und Stimmübungen aus dem Schauspielertraining.

## B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	Ist	Planwert	Ist-Planwert- Abweichung		Planwert
			Absol.	%	
Besuche Bürgerhäuser	732.093	695.600	36.493	5,25	695.600
Besuche Kultur- u. Veranstaltungszentren	360.828	423.410	-62.582	-14,78	423.410
Besuche Theater	199.844	197.097	2.747	1,39	197.097
Besuche Orchester	98.891	96.000	2.891	3,01	96.000
Besuche stadt- und kulturhistorische Museen	148.364	206.300	-57.936	-28,08	206.300
Besuche Deutsches Schifffahrtsmuseum	88.331	50.000	38.331	76,66	50.000
Besuche kunst- und kunstgeschichtliche Einrichtungen	221.821	238.000	-16.179	-6,80	238.000
Besuche Stadtbibliothek	1.090.025	1.180.000	-89.975	-7,63	1.180.000
Besuche Volkshochschule	54.459	57.500	-3.041	-5,29	57.500
Schülerbelegung Musikschule	2.457	2.450	7	0,29	2.450

## 3. Analyse / Bewertung

### Hervorgehoben werden folgende Punkte:

#### Besuche Bürgerhäuser:

Innerhalb der Produktgruppe liegen die Besuchszahlen der Bürgerhäuser um 5,25 % über dem Planwert. Neben der Steigerung der Besuchszahlen vieler Bürgerhäuser konnte insbesondere der Jugendbereich im Bürgerhaus Gemeinschaftszentrum Obervieland deutliche Zuwächse verzeichnen.

#### Besuche Kultur- u. Veranstaltungszentren:

Die Veranstaltungszentren der Stadtkultur liegen bei Besuchen unter Plan. Die Besuchererwartungen des Schlachthofs und des Lagerhauses konnte übertroffen bzw. gehalten werden. Beim Kultur Büro Bremen Nord konnte dagegen die optimistische Planung aufgrund der Verschiebung der Wiedereröffnung nach der Umbauphase nicht erfüllt werden.

#### Besuche Theater:

Mit Beginn der neuen Spielzeit 2013/2014 zum 1. August 2014 sind die Besuchszahlen beim Theater Bremen gegenüber dem Plan gestiegen. Dies liegt vor allem an den Erfolgen im Schauspiel, aber auch an einem Anstieg der Anzahl der Veranstaltungen. Das Theater Bremen hat daher die Zahl der erwarteten Besucher für die komplette Spielzeit nach oben korrigiert.

In der letzten Spielzeit 2012/2013 konnte in den Monaten Januar bis Juni 2013 die geplante Zahl der Besuche eingehalten werden.

Die Eröffnung der neuen Spielzeit 2013/2014 der Bremer Shakespeare Company begann mit einem ausverkauften Open Air „Shakespeare im Park“. Zu Beginn des Jahres musste die Company aufgrund des Umbaus des Theaters am Leibnizplatz auf andere Spielstätten mit deutlich geringerem Platzangebot ausweichen. Dennoch schloss die Bremer Shakespeare Company mit einem positiven Einspielergebnis ab.

#### Besuche Orchester:

Bei den Klangkörpern liegen die Besuchszahlen im Plan. Das Ergebnis wäre noch positiver ausgefallen, wenn nicht noch eine Aufführung der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen ins nächste Jahr verschoben worden wäre.

### **Besuche stadt- und kulturhistorische Museen:**

Das Focke-Museum und das Übersee-Museum haben die Planzahlen bei den Besuchen nicht erreicht.

Die geringeren Besucherzahlen des Focke-Museums sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Sonderausstellung "Graben für Germanien" erst am 09. März eröffnet wurde. Die Sonderausstellung hat eine große Presseresonanz hervorgerufen und viel Anerkennung in der Fachwelt bekommen. Allerdings hat sie den ersten Monaten nicht so viele Besucher angezogen, wie geplant. Ein weiterer Faktor ist, dass die Dauerausstellung im Haupthaus nach der Sanierung neun Monate später als geplant wieder geöffnet wurde.

Im Übersee-Museum hat die neue Dauerausstellung Afrika im vierten Quartal zwar viele Besucher angezogen, was allerdings nicht ausreichte, um die in den ersten drei Quartalen ausgebliebenen Besucher auszugleichen.

### **Besuche Deutsches Schifffahrtsmuseum:**

Das Deutsche Schifffahrtsmuseum hat die geplanten Leistungsdaten deutlich übertroffen. Dies liegt daran, dass bei der Planerstellung davon ausgegangen wurde, dass die Erweiterung und Modernisierung des Museums schon in 2013 beginnt.

### **Besuche kunst- und kunstgeschichtliche Einrichtungen:**

Die Leistungsdaten liegen unter den Planzahlen.

Die geplanten Besucherzahlen wurden beim Neuen Museum Weserburg nicht erreicht, da die Ausstellungen „Kabinettstücke“ und „Ka Boom! Comic in der Kunst“ hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Jedoch konnte die Ausstellung „Ka Boom! Comic in der Kunst“ eine hohe Anzahl von Erstbesuchern für das Neue Museum Weserburg generieren. Ein Einbruch der Umsatzerlöse ist nicht zu verzeichnen.

Dagegen konnte die Kunsthalle durch die Sonderausstellung „Friedensreich Hundertwasser: Gegen den Strich. Werke 1949 bis 1970“ ihre Besucherzahlen steigern.

Auch bei der Gerhard-Marcks- sowie bei der Wilhelm-Wagenfeld-Stiftung konnte durch die Sonderausstellungen „Eveline van Duyl – Denkinseln“ sowie „Vom Stand der Dinge“ jeweils ein Anstieg der Besucherzahlen erreicht werden. Das gemeinsame Projekt der Gerhard-Marcks-Stiftung mit der Heinz & Ilse Bühnen Stiftung – Jugendlichen unter 18 Jahren freien Eintritt zu gewähren - wird sehr gut angenommen und schlägt sich positiv in den Besucherzahlen nieder.

### **Besuche Stadtbibliothek:**

Generell ist der Trend zu beobachten, dass die Anzahl der physischen Besuche tendenziell leicht rückläufig ist, während gleichzeitig die Anzahl der virtuellen Homepagebesuche deutlich ansteigt und die Besuchszahl insgesamt zunimmt.

### **Besuche Volkshochschule:**

Die Plandaten der VHS im Bereich der Belegungen und Veranstaltungen konnten nicht erreicht werden, da die Einschränkungen des Programmangebots in der Zweigstelle Nord im ersten Halbjahr aufgrund der Umbauarbeiten des Gustav-Heinemann-Bürgerhauses die Erreichung der Leistungsziele erschwert haben.

### **Schülerbelegungen Musikschule:**

Gegenüber dem Vorjahr gingen die Belegungen bei den Blasinstrumenten, in der elementaren Musikerziehung sowie bei den Tasteninstrumenten zurück. Dies ist u.a. auf den Wegfall einer 5. Klasse im SZ Sebaldsbrück, der Auflösung der Bläserklassenarbeit in der Albert Einstein Schule sowie einer geringeren Nachfrage beim Grundschulangebot "MumaSi" zurückzuführen. Bei den Tasteninstrumenten wirkte sich der Verlust von 3 Lehrkräften mit minus 20 Belegungen negativ aus. Nicht alle Schüler konnten durch den Einsatz von Honorarkräften an der Schule gehalten werden.

<b>Produktplan: Kultur</b>	<b>22</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Böhrens</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
1. Abweichungen voraussichtliches HH-Soll- voraussichtliches Ist (Einhaltung des Budgets /Jahresplanung 2013)			
Das Kulturressort schließt das Jahr 2013 mit einer Ergebnisverbesserung in Höhe von +2.571 TEUR ab.			
Die Verbesserung resultiert insbesondere durch die nicht in Anspruch genommene Rücklage für die geplante Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums (DSM) in Höhe von 2.447 TEUR.			
Zu den Bereichen im Einzelnen.			
a) Konsumtive Einnahmen (Abweichung -368 TEUR): Die Einnahmen aus Rückzahlungen von Zuwendungsempfängern wurden dieses Jahr nicht erzielt (-346 TEUR) und begründen den Hauptteil der Abweichung. Eine Gegenfinanzierung erfolgt durch geringere konsumtive und investive Ausgaben.			
b) Investive Einnahmen (Abweichung -733 TEUR): Die im Zusammenhang mit der Sanierung des DSM stehenden investiven Einnahmen wurden im Jahr 2013 nicht erzielt, da auch die investiven Ausgaben nicht in diesem Jahr angefallen sind. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten wird die Rücklage für das DSM im gleichen Umfang nicht zusätzlich gebildet.			
c) Personalausgaben (Abweichung +0 TEUR) Die Mehrausgaben aufgrund der Überschreitung der Zielzahlen bei den zugeordneten kleinen Dienststellen: Landesamt für Denkmalpflege und Landesarchäologie Bremen wurde durch verzögerte Wiederbesetzungen und weitere Maßnahmen insbesondere bei der senatorischen Behörde ausgeglichen			
d) Konsumtive Ausgaben (-139 TEUR) Zum notwendigen Ausgleich der konsumtiven Mindereinnahmen wurden Projektmittel in Höhe von ca. 125 TEUR nicht vergeben.			
e) Investive Ausgaben (-3.532 TEUR) Die Verbesserung resultiert mit einem Betrag in Höhe von -3.180 TEUR durch die nicht in diesem Jahr notwendigen Abflüsse für die geplante Sanierung des Deutschen Schiffahrtsmuseums (DSM). Ein Betrag von 733 TEUR wird im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten zur Deckung der investiven Mindereinnahmen eingesetzt(siehe b), so dass erneut eine Rücklage von 2.447 TEUR gebildet wird. Die verbleibende Abweichung in Höhe von 352 TEUR wird insbesondere zur Gegenfinanzierung der konsumtiven Mindereinnahmen 2013 eingesetzt (siehe a).			
2. Einhaltung des Finanzierungssaldos (Anschlag - voraussichtliches Ist (Jahresplanung 2013))			
Für das Kulturressort ist ein Finanzierungssaldo von -82.741 TEUR veranschlagt. Insbesondere durch Verlagerung zusätzlicher Tarifmittel für Theater Bremen, Eigenbetriebe und Museumsstiftungen ö.R. erhöht sich der zulässige Finanzierungssaldo um 1.398 TEUR. Reduziert wird der zulässige Finanzierungssaldo insbesondere durch die vereinbarungsgemäße Verlagerung von Mitteln des DSM im Rahmen der Liquiditätssteuerung, die Reduzierung aufgrund des Bürgerschaftsbeschlusses zur Citytax und die globale investive Umlage in Summe um 3.722 TEUR. Es ergibt sich ein zulässiger Finanzierungssaldo von -80.417 TEUR. Das Kulturressort hat einen Finanzierungssaldo von -80.350 TEUR erzielt und damit eine Unterschreitung in Höhe von 67 TEUR.			
3. Abweichung Januar - Dezember 2013 (Ist-Planwert-Abweichung).			
a) Konsumtive Einnahmen (-557 TEUR): Die konsumtiven Einnahmen liegen über Plan, da zusätzliche durchlaufende Einnahmen beim Musikfest erzielt wurden.			
b) Investive Einnahmen (-653 TEUR): Die investiven Einnahmen liegen unter Plan, da für das DSM auch in gleichem Umfang die investiven Ausgaben nicht angefallen sind.			
4. City-Tax Es ist eine Reduzierung des Haushaltssolls in Höhe von 37 TEUR durch Streichung von investiven Ausgaben erfolgt.			
5. Investive Minderausgabe Der Anteil an der investiven Minderausgabe 2013 betrug für das Kulturressort 130 TEUR und wurde insbesondere durch Streichung bzw. Verschiebung von Maßnahmen beim Theater Bremen in der Produktgruppe 22.02.01. erreicht.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 24</b> <b>Hochschulen und Forschung</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		Nicht erreicht	erreicht
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>			
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Das Jahresergebnis 2013 weist für den PPL 24 eine rechnerische Haushaltsverbesserung i.H.v. rd. 5,4 Mio. € aus, die i.H.v. rd. 3,3 Mio. € als Ausgaberesult nach 2014 übertragen und i.H.v. rd. 2,1 Mio. € der allgemeinen bzw. investiven Budgetrücklage zugeführt werden soll. Die rechnerische Haushaltsverbesserung (rd. 5,4 Mio. €) setzt sich aus Mehreinnahmen i.H.v. rd. 0,1 Mio. € und Minderausgaben i.H.v. rd. 5,3 Mio. € zusammen und ist betragsmäßig identisch mit den aus dem Vorjahr übertragenen Haushaltsresten und Rücklagen, die haushaltsmäßig nicht finanziert sind.</p> <p>Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo beträgt -313.399 Tsd. € und wird nach dem Ist-Ergebnis des 13. Monats 2013 (= -313.356 Tsd. €) eingehalten.</p>			
<p><b><u>Personaldaten</u></b>  Die Überschreitungen bei den Personalausgaben wurden innerhalb des Produktplans ausgeglichen.</p> <p>Die Personalzielzahlen werden zum Jahresende um 1 VZE überschritten. Diese Überschreitung am Jahresende ist im Haushaltsjahr 2014 zusätzlich zum Bonus /Malus und PEP 2014 zu erwirtschaften, um den Aufbau eines dauerhaften Personalüberhanges zu vermeiden.</p>			
<p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Die Leistungsziele wurden größtenteils erreicht bzw. überschritten. Im Vergleich zum Vorjahr sind lt. Ressort allerdings rückläufige Entwicklungen bei der Anzahl der Absolventen und Promotionen, der Regelstudienzeitquote sowie bei der Anzahl der Studienanfänger/innen 1. HS festzustellen.</p>			
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>			
Kein Handlungsbedarf.			

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Hochschulen und Forschung</b>	<b>24</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Sen. Quante-Brandt		<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	48.406	26.384	22.022	83,5	48.284	48.284	48.406	122	26.384
investive Einnahmen	13.443	13.360	83	0,6	13.443	13.443	13.443	0	13.360
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>61.850</b>	<b>39.744</b>	<b>22.106</b>	<b>55,6</b>	<b>61.727</b>	<b>61.727</b>	<b>61.849</b>	<b>122</b>	<b>39.744</b>
Personalausgaben	2.646	2.647	-1	-0,0	2.646	2.646	2.646	0	2.217
konsumtive Ausgaben	323.963	294.046	29.917	10,2	327.172	327.172	323.964	-3.208	294.045
Zinsausgaben	1.782	1.782	-0	-0,0	1.782	1.782	1.782	0	1.781
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	46.814	42.762	4.052	9,5	48.879	48.879	46.815	-2.064	42.762
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>375.205</b>	<b>341.237</b>	<b>33.968</b>	<b>10,0</b>	<b>380.479</b>	<b>380.479</b>	<b>375.207</b>	<b>-5.272</b>	<b>340.804</b>
<b>Saldo</b>	<b>-313.356</b>	<b>-301.493</b>	<b>-11.863</b>	<b>3,9</b>	<b>-318.752</b>	<b>-318.752</b>	<b>-313.358</b>	<b>5.394</b>	<b>-301.061</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	1.234	5.939	5.465	4.559	8.549	611	0
- investiv	8.955	9.333	5.864	4.054	26.666		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	41	-41	2.271	2.271	0	2.271	2.271	0
Personalverstärkung	0	2	-2	24	24	0	24	24	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>43</b>	<b>-43</b>	<b>2.295</b>	<b>2.295</b>	<b>0</b>	<b>2.295</b>	<b>2.295</b>	<b>0</b>
Refinanzierte	0	4	-4	313	313	0	313	313	0
Nebentitel	0	-24	24	39	39	0	39	39	0
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>23</b>	<b>-23</b>	<b>2.647</b>	<b>2.647</b>	<b>0</b>	<b>2.647</b>	<b>2.647</b>	<b>0</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-24	24	39	39	0	39	39	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	36,2	35,2	1,0	35,2	35,6	-0,4	35,2	35,6	-0,4
Personalverstärkung	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0	0,5	0,5	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>36,7</b>	<b>35,7</b>	<b>1,0</b>	<b>35,7</b>	<b>36,1</b>	<b>-0,4</b>	<b>35,7</b>	<b>36,1</b>	<b>-0,4</b>
Refinanzierte	4,5	-	-	4,5	-	-	4,5	-	-
Abwesende	0,0	-	-	2,0	-	-	2,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,1	22,5	4,2
Beschäftigte über 55 Jahre	48,9	17,5	52,1
Frauenquote	70,2	50,0	68,8
Teilzeitquote	36,2	35,0	29,2
Schwerbehindertenquote	3,8	6,0	3,8

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

**Konsequente Förderung der Etablierung und des Ausbaus der international sichtbaren Wissenschaftsschwerpunkte sowie Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft durch Ausbildung hochqualifizierter Arbeitskräfte, Drittmittelerfolge, Wissenschaftstransfer und Innovation**

#### Sachstand/Analyse/Bewertung

- Effizienzsteigerung und Nutzung von Synergien durch die Intensivierung der Kooperationen der bremischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen miteinander und mit außerbremischen Institutionen
- Steigerung der überregionalen Sichtbarkeit der Wissenschaftsschwerpunkte des Landes und Stärkung der Innovationskraft der regionalen Wirtschaftskraft durch Ausbau der Wirtschaftskooperationen und Transferleistungen sowie Bündelung innerbremischer Ressourcen (Erhöhung der regionalwirtschaftlichen Effekte durch ressortübergreifenden Aufbau von thematischen Clustern)
- Stabilisierung des hohen Drittmittelvolumens
- International sichtbare Positionierung und Exzellenz der Universität Bremen durch Beteiligung an allen drei Förderlinien der Exzellenzinitiative (hier insbesondere: Umsetzung des Zukunftskonzeptes)

#### Ausbildung hochqualifizierter Nachwuchskräfte

#### Sachstand/Analyse/Bewertung

- Steigerung der Attraktivität Bremens für hochqualifizierte Nachwuchskräfte durch die zunehmende Förderung von strukturierten Programmen der Graduiertenförderung durch Drittmittel; dadurch auch Förderung der Internationalität und wissenschaftlichen Exzellenz des Landes
- Stabilisierung der Absolventenzahlen der Hochschulen und der Anzahl der Studienanfänger/-innen (1. Hochschulsemester) auf hohem Niveau durch Beteiligung am Hochschulpakt und Bereitstellung einer hohen Anzahl von Studienplätzen

#### Verbesserung des Arbeitskräftepotentials und Gewinnung neuer Einwohner/innen

#### Sachstand/Analyse/Bewertung

- Steigerung der Attraktivität des Standorts für auswärtige und ausländische Studierende, Wissenschaftler/innen und bereits graduierte Studienbewerber/innen durch Sonderprogramme für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Sprach- und Unterstützungsangebote und die Förderung der nationalen und internationalen Vernetzung in der Forschung
- Weiterentwicklung der innovativen wissenschaftlichen Kernbereiche mit starken Wachstums- und Beschäftigungseffekten
- In 2013 konnten 3.410 Neubürger/innen für Bremen angeworben werden.

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Hochschulen			0		
- Absolventen	5.110	4.900	210	4,3	4.900
- Studienanfänger	5.370	5.313	57	1,1	5.313
- Drittmittelanteil an Gesamtfinanzierung	27,7%	28,0%	-1		28,0%
Außeruniversitäre Forschung (Bremer Institute)					
- Zuschussanteil an Gesamtfinanzierung	23,4%	25,7%	2,7		25,7%

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

## Analyse und Bewertung der Leistungskennzahlen:

### Hochschulen

Lehre und Studium gehören zu den zentralen Aufgaben der Hochschulen.

- Qualität der Lehre  
Seit 2008 wird die Verbesserung der Lehrqualität durch Schwerpunktmittel gefördert, die ab 2010 integraler Bestandteil des Wissenschaftsbudgets geworden sind. Die Stabilisierung der Absolventenzahlen auf hohem Niveau in den letzten Jahren (2010: 5.294; 5.430, 2012: 5.443) zeigt den Erfolg dieses Programms.
- Die bremischen Hochschulen haben sich erfolgreich am Hochschulpakt beteiligt. Die Zahl der Studienanfänger/innen im 1. Hochschulsesemester liegt in 2013 wie auch in den vorangegangenen Jahren über dem Planwert. Im Vergleich zum Vorjahr ist wegen des doppelten Abiturjahrgangs in 2012 erwartungsgemäß eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen.

Die Qualität der Hochschulforschung, insbesondere die der Universität, findet ihren Ausweis in dem erzielten Drittmittelvolumen. Mit einem Drittmittelanteil von knapp 28 % an der Gesamtfinanzierung konnte dieser auf hohem Niveau gehalten werden. Damit liegt Bremen auch weiterhin bundesweit im Spitzenbereich.

### Außeruniversitäre Forschung

Die Bremer Forschungsinstitute haben trotz gleich bleibender Grundfinanzierung und ohne Ausgleich der Tarifsteigerungen ihren Drittmittelanteil weiter steigern können.

<b>Produktplan:</b> <b>Hochschulen und Forschung</b>	<b>24</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Sen. Quante-Brandt</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>

### 3. Analyse/Bewertung

Finanzdaten:

#### A) Einnahmen

Insbesondere durch die deutlich höher als erwartet angefallenen Zuweisungen des Bundes für den Hochschulpakt wurde der konsumtive Einnahmeanschlag um über 22 Mio. Euro überschritten.

#### B) Ausgaben

Der konsumtive Ausgabeanschlag wurde aufgrund der Weiterleitung der Bundesmittel für den Hochschulpakt an die Hochschulen um 22 Mio. Euro überschritten. Darüber hinaus standen durch Nachbewilligungen und Einsparungen im Saldo 12,4 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung. Das Budget wurde eingehalten.

#### C) Finanzierungssaldo

Die Anschläge ergeben einen Finanzierungssaldo von -301.061 Tsd. Euro. Dieser Saldo wurde durch Nachbewilligungen (-) bzw. Einsparungen (+) i.H.v. -12.338 Tsd. Euro auf -313.399 Tsd. Euro erhöht. Nach den Ist-Ergebnissen ist ein Finanzierungssaldo von -313.356 Tsd. Euro entstanden. Damit wurde der zulässige Finanzierungssaldo eingehalten.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

PRODUKTPLAN 31 Arbeit	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

#### Kommentar:

##### Finanzdaten

Das Ressort schließt seinen Haushalt im Saldo aus Mehreinnahmen/Minder-/Mehrausgaben im Sach- und Personalhaushalt mit einem positiven Ergebnis in Höhe von rd. 34,4 Mio. € ab.

Dies resultiert im Wesentlichen aus Mehreinnahmen in Höhe von rd. 9,7 Mio. € und Minderausgaben in Höhe von rd. 24,6 Mio. €. Diese basieren aus Resten aus Vorjahren in Höhe von rd. 19,0 Mio. € und weiteren 5,2 Mio. € Minderausgaben bei den konsumtiven Ausgaben und Minderausgaben in Höhe von rd. 0,4 Mio. € bei den Personalausgaben, die zur Einhaltung des Finanzierungssaldos 2013 nicht zur Auszahlung kamen.

Das Ressort beabsichtigt rd. 24,6 Mio. € an Resten/Rücklagen ins Haushaltsjahr 2014 zu übertragen.

Der Finanzierungssaldo wird um rd. 5,0 Mio. € **unterschritten**.

Die im ESF (Europäischer Sozialfonds) erzielten Mehreinnahmen dienen in Höhe von 9.745.918,74 € der Reduzierung des bestehenden Verlustvortrages in Höhe von 35.960.644,71 € auf 26.214.725,97 €.

Der Verlustvortrag der EU-Förderphase bis 2006 beträgt aktuell 4.361.461,28 € und wird erst mit Abschlusszahlung der EU-Kommission ausgeglichen. Der Verlustvortrag der EFRE-Förderphase 2007-2013 beläuft sich aktuell auf 8.109.176,35 € und wird ebenfalls erst mit der Abschlusszahlung der EU-Kommission ausgeglichen werden können.

Ausweislich der Abrechnungsunterlagen kommt ein weiterer Betrag i. H. v. 1.481.742,46 € (Mindereinnahme EFRE des Produktplan 31 Arbeit im Produktplan 71 Wirtschaft) hinzu.

##### Personaldaten

Der Produktplan hat das Jahr 2013 mit Minderausgaben in Höhe von rd. 480 Tsd. € und einer Unterschreitung der Beschäftigungszielzahlen um rd. 17 VZE abgeschlossen. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2014 zu erwarten.

##### Leistungsdaten

Erfreulich ist, dass die Zahl der geförderten Beschäftigten im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) erheblich über dem Planwert liegt und auch die Anzahl der Langzeitarbeitslosen in Beschäftigungsmaßnahmen deutlich über dem Planwert liegt. Eine Kommentierung seitens des Ressorts ist nicht erfolgt.

#### **Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Es wird nochmals auf die zukünftige Liquiditätsproblematik für die Haushaltjahre 2014/2015 hingewiesen. Der Senat bat im Rahmen des Halbjahres-Controlling das Ressort Wirtschaft,

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

Arbeit und Häfen, ihm bis zum Dezember 2013 über die Höhe des 2014/2015 zu erwartenden Mittelabflusses und über mögliche Rückzahlungen nicht in Anspruch genommener EU-Mittel zu berichten.  
Das Ressort teilt dazu mit, dass eine entsprechende Vorlage zzt. erstellt und dem Senat voraussichtlich im März 2014 vorgelegt wird.

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan: Arbeit</b>	<b>31</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	35.764	23.859	11.905	49,9	25.890	25.890	35.764	9.874	23.859
investive Einnahmen	57	0	57	0,0	199	199	57	-142	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>35.821</b>	<b>23.859</b>	<b>11.962</b>	<b>50,1</b>	<b>26.089</b>	<b>26.089</b>	<b>35.821</b>	<b>9.732</b>	<b>23.859</b>
Personalausgaben	8.733	9.214	-481	-5,2	9.213	9.213	8.733	-480	6.724
konsumtive Ausgaben	30.614	33.689	-3.075	-9,1	54.856	54.856	30.613	-24.243	33.690
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	1.216	951	265	27,8	1.183	1.183	1.216	33	951
relevante Verrech./Erstatt.	609	6	603	10.057,8	611	611	610	-1	6
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>41.172</b>	<b>43.860</b>	<b>-2.688</b>	<b>-6,1</b>	<b>65.863</b>	<b>65.863</b>	<b>41.172</b>	<b>-24.691</b>	<b>41.370</b>
<b>Saldo</b>	<b>-5.351</b>	<b>-20.001</b>	<b>14.650</b>	<b>-73,2</b>	<b>-39.774</b>	<b>-39.774</b>	<b>-5.351</b>	<b>34.423</b>	<b>-17.512</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	576	0	0	0	556	48.431
- investiv	0	0	0	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	8.166	8.409	-243	8.166	8.409	-243
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>8.166</b>	<b>8.409</b>	<b>-243</b>	<b>8.166</b>	<b>8.409</b>	<b>-243</b>
Refinanzierte	0	0	0	442	636	-194	442	636	-194
Nebentitel	0	-123	123	125	169	-44	125	169	-44
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-123</b>	<b>123</b>	<b>8.733</b>	<b>9.214</b>	<b>-481</b>	<b>8.733</b>	<b>9.214</b>	<b>-481</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-123	123	119	119	0	119	119	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	142,8	160,1	-17,3	149,0	161,1	-12,1	149,0	161,1	-12,1
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>142,8</b>	<b>160,1</b>	<b>-17,3</b>	<b>149,0</b>	<b>161,1</b>	<b>-12,1</b>	<b>149,0</b>	<b>161,1</b>	<b>-12,1</b>
Refinanzierte	5,0	-	-	6,2	-	-	6,2	-	-
Abwesende	13,7	-	-	13,1	-	-	13,1	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,9	22,5	5,5
Beschäftigte über 55 Jahre	29,3	17,5	33,7
Frauenquote	70,2	50,0	69,3
Teilzeitquote	37,2	35,0	36,6
Schwerbehindertenquote	19,1	6,0	11,7

<b>Produktplan: Arbeit</b>	<b>31</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
Kamerale Finanzdaten			
Einnahmen			
Es sind Mehreinnahmen von rd. 9,7 Mio. Euro entstanden.			
Diese sind größtenteils im Bereich der EU-Einnahmen entstanden und werden den dortigen Verlustvortrag reduzieren (PGR 31.01.01).			
Im Bereich der Landesmittel des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (PGR 31.01.01) sind 0,4 Mio. Euro Mehreinnahmen entstanden, die aus technischen Gründen nicht auf der Ausgabenseite zur Verfügung gestellt wurden. Im Jahresabschluss wird dies bereinigt.			
Im Bereich der Kriegsofferfürsorge (PGR 31.02.01) entstanden rd.0,4 Mio. Euro Mindereinnahmen, die durch korrespondierende Minderausgaben ausgeglichen werden können.			
Personalausgaben			
Es sind Minderausgaben von rd. 0,5 Mio. Euro entstanden			
konsumtive und investive Ausgaben			
Zum Jahresende sind Minderausgaben von rd. 24,2 Mio. Euro entstanden.			
Diese Differenz ergibt sich größtenteils durch Minderausgaben im Bereich der EU-Programme (PGR 31.01.01). Hier sind in den Vorjahren rd. 19 Mio. Euro Reste entstanden, die in diesem Jahr noch nicht zur Auszahlung kommen. Darüber hinaus entstanden in diesem Bereich weitere Minderausgaben von rd. 5 Mio. Euro.			
Im Bereich der Landesmittel sind rd. 0,3 Mio. Euro Mehrausgaben entstanden, die durch entsprechende Mehreinnahmen ausgeglichen werden können. Im Bereich der bba entstanden rd. 0,1 Mio. Euro Minderausgaben.			
Die im Bereich der Kriegsofferfürsorge entstandenen Minderausgaben von rd. 0,4 Mio. Euro werden zum Ausgleich der entsprechenden Mindereinnahmen herangezogen.			
Produktplanbezogener Finanzierungssaldo			
Aufgrund der Haushaltsanschlüsse ergibt sich ein negativer Finanzierungssaldo in Höhe von 17,5 Mio.			
Aufgrund von Nachbewilligungen wird dieser um rd. 1,9 Mio. Euro erhöht.			
Der Finanzierungssaldo wird um rd. 5 Mio. Euro unterschritten.			
Besonders hervorzuheben sind dabei folgende Sachverhalte:			
Aufgrund der Überschreitung der Liquidität aus dem Jahr 2012 durch später eingegangene ESF-Zahlungen, erhöhen die entstandenen ESF-Mehreinnahmen von rd. 9,7 Mio. Euro nicht den zur Verfügung stehenden Finanzierungssaldo.			
Im Bereich der Ausgleichsabgabe (PGR 31.02.01) ist eine Rücklagenentnahme von rd. 0,8 Mio. Euro umgesetzt worden.			
Möglich war dies durch entstehende Minderausgaben im Bereich des ESF, die aufgrund der Projektverläufe unvermeidbar waren.			
Im Rahmen der Deckung der Bundesprogramme, die von der bba umgesetzt werden, wurden rd. 1,2 Mio. Euro Reste aus dem PPL 71 herangezogen.			
Zur Umsetzung des Programms "Thematische Netzwerke" wurden ebenfalls Reste aus dem PPL 71 herangezogen, deren Liquidität im PPL 31 sichergestellt wird.			
Verlustvortrag			
Der Verlustvortrag hat sich in den Vorjahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Programmen ergeben. Ein Ausgleich erfolgt im Rahmen der Programmlaufzeit. In diesem Jahr sind Mehreinnahmen von rd. 9,7 Mio. Euro entstanden, die den bestehenden Verlustvortrag reduzieren.			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 41</b> <b>Jugend und Soziales</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>													
		<table border="1"> <tr> <td></td> <td>Nicht erreicht</td> <td>erreicht</td> </tr> <tr> <td><b>Finanzen</b></td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td><b>Personal:</b></td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td><b>Leistungen:</b></td> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> </table>		Nicht erreicht	erreicht	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
		Nicht erreicht	erreicht											
	<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>											
<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												
<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												
<b>Finanzen</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												
<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												
<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>												

#### **Kommentar:**

#### Finanzdaten

Das Fachressort hat in 2013 zur Steuerung seiner Ausgaben eine ressortinterne Haushaltssperre verhängt.

#### Sozialleistungen

In 2013 wurden Mehreinnahmen von rd. 31,6 Mio. € durch die auf 75% erhöhte Bundesbeteiligung 4.Kapitel SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) erzielt. Diese wurden zur Deckung der Mehrausgaben bei den Sozialleistungen in gleicher Höhe herangezogen. Hinsichtlich der Steuerung und Entwicklung der Sozialleistungsausgaben wird auf den zeitgleich vorgelegten Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen 01.-13.2013 verwiesen.

In den Haushalten 2014 und 2015 wurden zusätzlich zur 1,7%igen Steigerung zur Abdeckung von möglichen Risiken im Sozialleistungsbudget eine Risikovorsorge in Höhe von 10 Mio. € p.a. veranschlagt. Darüber hinaus wurden gemäß Senatsbeschluss vom 05.11.2013 noch 3,8 Mio. € bzw. 7,6 Mio. € zur Abdeckung von weiteren Mehrbedarfen für Asyl und Flüchtlinge zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind gesperrt.

Auch in 2014 wird in den Sitzungen der Staatsräte-AG Sozialleistungen über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Hilfearten der Sozialleistungen berichtet und ggf. Steuerungsmöglichkeiten aufgezeigt.

#### Außerhalb der Sozialleistungen

Das Sozialressort hat für 2013 Finanzierungsmehrbedarfe für den KTH-Bereich in Höhe von 3,4 Mio. € geltend gemacht (2,3 Mio. € Erfüllung Rechtsanspruch u3 sowie 1,1 Mio. € nicht realisierte Synergieeffekte Hort/ Ganztagschulen). Dieser wurde gemäß Beschluss des Senats und des Haushalts- und Finanzausschusses aus der zentralen Risikovorsorge bereitgestellt.

Darüber hinaus hat das Ressort investive Mehrausgaben in Höhe von 5,75 gemeldet. (3,9 Mio. € Ausbau Kindertagesbetreuung, 1,85 Ausbau Flüchtlingsunterbringung). Mit Beschluss des Senats wurde ein Betrag von 5,35 Mio. € aus der Risikovorsorge bzw. durch die Inanspruchnahme von Zinsminderausgaben bereit gestellt. Die restliche Abdeckung erfolgte durch investive Minderausgaben in Höhe von 0,4 Mio. € im Ressortbudget.

Zum Jahresabschluss wurde das **Budget** des Sozialressorts über alle Einnahmen und Ausgaben gesehen um 0,546 Mio. € unterschritten. Davon wurden 80,290 Tsd. € an zweckgebundenen Mitteln übertragen und 415,569 Tsd. € Ausgabereste gestrichen. Demnach betrug die tatsächliche Deckung aus der Risikovorsorge bzw. den Zinsminderausgaben in der Summe 8,34 Mio. €.

In den Haushalten 2014 und 2015 wurde das Budget für den KTH-Bereich gegenüber dem

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

Anschlag 2013 um 16 Mio. € in 2014 bzw. 18,2 Mio. € in 2015 erhöht. Für den Bereich der Flüchtlingsunterbringung wurden zusätzliche Investitionen in Höhe von 10,9 Mio. € in 2014 bzw. 5,0 Mio. € in 2015 veranschlagt.

Der **Finanzierungssaldo** wird unter Berücksichtigung der produktplanübergreifenden Verlagerungen (rd. 13,7 Mio. €) um rd. 0,387 Mio. € unterschritten.

### **Personaldaten**

Der Produktplan hat das Jahr 2013 mit leichten Minderausgaben sowie einer Unterschreitung der Beschäftigungszielzahlen um rd. 7 VZE abgeschlossen. Für den Haushalt 2014/2015 wurde eine Zielzahlerhöhung für den Produktplan beschlossen, aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2014 zu erwarten.

### **Leistungsdaten**

Die Leistungen entwickelten sich weitgehend plangemäß. Insbesondere im Bereich „Asyl“ sind steigende Fall- und Personenzahlen zu verzeichnen. Im Bereich der Kindertagesbetreuung wurde der Rechtsanspruch für einen u3-Betreuungsplatz erfolgreich abgesichert.

### **Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Kein Handlungsbedarf

## **ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>Jugend und Soziales</b>	<b>41</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Sen. Stahmann		<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	191.715	160.176	31.539	19,7	185.241	191.702	191.715	13	160.176
investive Einnahmen	5.431	2.610	2.821	108,1	5.431	5.431	5.431	0	2.610
relevante Verrech./Erstatt.	716	0	716	0,0	716	716	716	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>197.861</b>	<b>162.786</b>	<b>35.075</b>	<b>21,6</b>	<b>191.387</b>	<b>197.849</b>	<b>197.862</b>	<b>13</b>	<b>162.786</b>
Personalausgaben	56.926	57.034	-108	-0,2	57.033	57.033	56.925	-108	57.014
konsumtive Ausgaben	936.503	895.471	41.032	4,6	936.605	936.603	936.502	-101	895.472
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	21.634	14.926	6.708	44,9	21.988	21.988	21.634	-354	14.926
relevante Verrech./Erstatt.	9.117	8.891	226	2,5	9.087	9.087	9.117	30	8.891
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>1.024.180</b>	<b>976.322</b>	<b>47.858</b>	<b>4,9</b>	<b>1.024.713</b>	<b>1.024.711</b>	<b>1.024.178</b>	<b>-533</b>	<b>976.302</b>
<b>Saldo</b>	<b>-826.319</b>	<b>-813.536</b>	<b>-12.783</b>	<b>1,6</b>	<b>-833.325</b>	<b>-826.862</b>	<b>-826.316</b>	<b>546</b>	<b>-813.517</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	1.551	1.110	386	0	0	3.719
- investiv	0	6.500	3.900	0	0		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-403	403	40.754	40.803	-49	40.754	40.803	-49
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>-403</b>	<b>403</b>	<b>40.754</b>	<b>40.803</b>	<b>-49</b>	<b>40.754</b>	<b>40.803</b>	<b>-49</b>
Refinanzierte	0	225	-225	15.372	15.429	-57	15.372	15.429	-57
Nebentitel	0	-265	265	801	802	-1	801	802	-1
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-443</b>	<b>443</b>	<b>56.927</b>	<b>57.034</b>	<b>-107</b>	<b>56.927</b>	<b>57.034</b>	<b>-107</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-310	310	579	579	0	579	579	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	750,9	757,8	-6,9	740,4	764,0	-23,6	740,4	764,0	-23,6
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>750,9</b>	<b>757,8</b>	<b>-6,9</b>	<b>740,5</b>	<b>764,0</b>	<b>-23,5</b>	<b>740,5</b>	<b>764,0</b>	<b>-23,5</b>
Refinanzierte	322,9	-	-	325,1	-	-	325,1	-	-
Abwesende	69,2	-	-	71,8	-	-	71,8	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	17,2	22,5	16,6
Beschäftigte über 55 Jahre	29,3	17,5	29,4
Frauenquote	67,3	50,0	67,0
Teilzeitquote	33,3	35,0	32,7
Schwerbehindertenquote	8,2	6,0	8,3

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

**Im Produktplan Jugend und Soziales werden die Hilfen und Leistungen für Menschen und Familien in den verschiedensten Lebenslagen in Bremen und Bremerhaven dargestellt.**

Der Produktplan nimmt insgesamt gesehen seine sich aus i. W. verschiedenen Sozialgesetzbüchern, anderen Gesetzen und politischen Beschlusslagen ergebenden Versorgungsaufträge, wie z. B. Kindertagesbetreuung und Gewährung von Hilfen zur Existenzsicherung und bei besonderen Lebenslagen für viele betroffenen Menschen sowie der Kindeswohl-Sicherung, wahr.

Dabei kommt u. a. den drei folgenden Punkten besondere Bedeutung zu:

#### **Den sozialen Zusammenhalt stärken**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Der Senatsbericht „Lebenslagen im Land Bremen 2009“ zeigt, dass im Land Bremen im Städte- und Ländervergleich eine hohe Armutsrisikoquote zu verzeichnen ist. Der Senat hat auch daher die Förderung des sozialen Zusammenhalts zu einem vorrangigen Ziel erklärt. Die Maßnahmen im Produktplan 41 dienen diesem Ziel, indem sie

- in Form von Transferleistungen eine menschenwürdige Existenz absichern helfen,
- durch die Finanzierung von Einrichtungen, Diensten, Maßnahmen und Beratungsangeboten die soziale Sicherung, Versorgung, Integration und Teilhabe auch durch die fortschreitende qualitative Entwicklung im Kinderschutz verbessern und
- durch präventive Maßnahmen sowie der Förderung von Selbsthilfe und Bürgerengagement den sozialen Zusammenhalt stärken.

Hinsichtlich der konkreten Entwicklung der Finanzdaten wird auf den Produktbereichscontrollingbericht und den Bericht Sozialleistungen, Stand 13. Monat 2013, verwiesen.

#### **Sicherstellung eines nachfragegerechten Tagesbetreuungsangebotes**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Kindertagesbetreuung ist und bleibt ein Handlungsschwerpunkt des Senats. Das Ziel der Sicherstellung eines nachfragegerechten Angebots im Elementarbereich sowie des Ausbaus zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf Betreuung für Kinder unter 3 Jahren wurde in 2013 schrittweise erreicht. Weitere Ausbauschnitte werden jedoch ggf. durch die kontinuierlich steigende Nachfrageentwicklung notwendig sein.

Das Ressort berichtet kontinuierlich den Gremien zur Kindertagesbetreuung.

#### **Stärkung von frühkindlichen Bildungsangeboten für alle Kinder**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Finanziert aus Mitteln, die vom Senat für die frühkindliche Bildung zur Verfügung gestellt wurden, wird ein entsprechendes Programm durchgeführt. Der Schwerpunkt liegt u. a. in der Sprachförderung von Kindern, bei denen ein entsprechender Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Darüber hinaus werden modellhaft Projekte, Fortbildungsveranstaltungen und Fachveranstaltungen durchgeführt und Instrumente für die pädagogische Arbeit entwickelt (z. B. Handbuch zum Übergang Kita – Schule, individuelle Lern- und Entwicklungsdokumentation, Handbuch Sprachförderung u. a.). Die etablierten und erprobten Maßnahmen werden fortgeführt und weiter qualifiziert.

## B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
<b>Jugend</b>					
1.1 Tagesbetreuung für Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren	14.060	14.506	-446	-3%	14.506
1.2 Tagesbetreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren	3.424	3.015	409	14%	3.015
<b>Soziales</b>					
1.3 Fallzahl Stationäres Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	1.393	1.434	-41	-3%	1.434
1.4 Fallzahl Betreutes Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	456	385	71	18%	385
1.5 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Werkstätten (Land)	1.627	1.672	-45	-3%	1.672
1.6 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Tagesförderstätten (Land)	437	552	-115	-21%	552
2.1 Personen im Leistungsbezug nach dem AsylbLG (Stadt HB)	3.523	3.200	323	10%	3.200
3.1 Anzahl Personen mit stationären Pflegeleistungen (Land)	2.809	2.810	-1	0%	2.810
3.2 Anzahl Personen mit ambulanten Pflegeleistungen (Land)	1.611	1.630	-19	-1%	1.630
3.3 Anzahl Personen mit Landespflegegeld (Land)	677	723	-46	-6%	723
4.1 Anzahl Personen mit Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt (Stadt Bremen)	12.067	10.760	1.307	12%	10.760
4.2 Fälle mit Leistungen nach SGB II	40.037	40.400	-363	-1%	40.400
4.3 Durchschnittlich anerkannte Unterkunftskosten pro Monat und Leistungsempfänger in Euro (Stadt Bremen)	225	198	27	14%	198
5.1 Anzahl der Krankenhilfeberechtigten nach dem SGB XII (Land)	1.529	1.628	-99	-6%	1.628

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

### Analyse/Bewertung/Anmerkung zu den Leistungskennzahlen

Im Berichtszeitraum sind im Bereich Soziales Zu- und Abnahmen meistens im Bereich der üblichen Schwankungsbreiten zu verzeichnen.

Bei der sich bei den Plätzen für 3-<6 Jahre alten Kindern ergebende Differenz von 446 Plätzen zwischen Planwerten und Ist-Werten (entspricht rd. -3%), handelt es sich um eine Abnahme der Nachfrage für diese Plätze in einem normalen Schwankungsbereich. Diese Planwertunterschreitung hat einen Beitrag geleistet, die Versorgung der Kinder unter drei Jahren sicher zu stellen und damit den Rechtsanspruch zu erfüllen.

Auf die Leistungsdaten insgesamt wirken verschiedene fachliche und demographische Entwicklungen. In manchen Fällen sind Brüche durch die Umstellung von Zählweisen (manuell/automatisiert) festzustellen. Bei den Leistungskennzahlen zum SGB II (Nrn. 4.2 und 4.3) werden aus technisch-inhaltlichen Gründen die Ist-Werte des Vorquartals angegeben. Die durchschnittlichen Unterkunftskosten (Nr. 4.3) sind durch überdurchschnittliche Werte im Jan./Febr. verzerrt. Bei den Leistungskennzahlen zum AsylbLG ist aufgrund der hohen Zugangszahlen eine relevante Steigerung zu verzeichnen, die sich auch weiter fortsetzen wird. Es wird allgemein auf die Erläuterungen im SAP-Bericht zum Produktplan und zu den Produktbereichen verwiesen.

Weitergehende Erläuterungen zu den Sozialleistungen insgesamt ergeben sich aus dem SAP-Bericht sowie insbesondere aus dem Bericht zur Entwicklung der Sozialleistungen, Stand 13. Monat 2013.

### 3. Analyse/Bewertung

Sozialleistungen im PPL 41:

Einnahmen:

Es liegen Mehreinnahmen von rd. 31,6 Mio. Euro gegenüber dem Planwert vor. Die Mehreinnahmen werden i. W. durch die auf 75% erhöhte Bundesbeteiligung 4. Kapitel SGB XII verursacht, die nicht im Anschlag hinterlegt war. Die übrigen Einnahmen liegen ebenfalls über dem Planwert.

Ausgaben:

Es liegen Mehrausgaben von rd. 31,7 Mio. Euro gegenüber dem Planwert vor.

Nachdem die Ausgaben im letzten Jahr bereits rd. 3% ggü. dem Vorjahr 2011 angewachsen sind, setzt sich dieser Trend deutlich fort. 2013 sind fachlich gesehen grundsätzlich dieselben Produktgruppen von den nicht steuerbaren Mehrausgaben betroffen wie auch im Vorjahr: 41.01.06 - HzE (unbegl. minderj. Flüchtlinge), 41.03.01 - Asyl und 41.05.03 - Grundsicherung im Alter. Zu diesen bereits aus 2012 bekannten und nicht steuerbaren Risikobereichen ist folgender Umstand getreten: Im Bereich der HzE-Produktgruppen 41.01.03 und 04 sind Maßnahmen zur Beschleunigung des Zahlungsverkehrs im Fachverfahren OK.Jug ergriffen worden, um Rückstände - wie für 2012 letztlich festgestellt - zu vermeiden. Das bedeutet, dass nicht nur Zahlungen für die Vergangenheit geleistet werden, sondern dass auch die aktuellen Fälle laufend zeitnäher gezahlt werden. Darüber hinaus gab es geringe Fallzahlsteigerungen in einigen Leistungsbereichen. Diese Faktoren verursachen einen Ausgabenanstieg. Es handelt sich dabei i. W. nicht um "neue" Ausgaben, sondern um Leistungen für bereits erfolgte bzw. laufende gesetzliche Verpflichtungen nach dem SGB VIII.

Gesamtbetrachtung:

	Anschlag	Schätzung	IST
Einnahmen	139,1	169,8	170,7
Ausgaben	725,3	756,3	757,7

Die Mehrausgaben konnten vollständig im kameralem Jahresabschluss aus den Mehreinnahmen und Sollerhöhungen anderer Art gedeckt werden, so dass kein Mehrbedarf für den Gesamthaushalt entstanden ist. Entsprechende Beschlüsse haben Senat und der Haushalts- und Finanzausschuss in 2013 gefasst.

Kameraler Jahresabschluss der Sozialleistungen:

	Haushaltssoll	IST	Saldo
Einnahmen	170,6	170,7	+0,1
Ausgaben	757,0	757,0	0,0

Für weiterführende Informationen zur Entwicklung der Sozialleistungen im Produktplan 41 wird auf den Bericht Sozialleistungen, Stand 13. Monat verwiesen.

Außerhalb Sozialleistungen:

Konsumtive Einnahmen:

Die Einnahmeziele wurden erreicht. Es liegen minimale Mindereinnahmen von rd. 0,1 Mio. Euro vor, die im Jahresabschluss durch Minderausgaben ausgeglichen werden.

Konsumtive Ausgaben:

Insgesamt gesehen liegen Minderausgaben ggü. dem Budget von 0,1 Mio. Euro vor.

Gegenüber dem Planwert liegen Mehrausgaben von rd. 9,4 Mio. Euro vor. Diese Mehrausgaben sind i.W. im Bereich der Kindertagesbetreuung (Tarifeffekte 4,8 Mio. Euro, Sicherstellung der Versorgung 3,3 Mio. Euro (i.W. u3) u.a.) entstanden, im Bereich der kommunalen Aufgabenwahrnehmung SGB II (0,9 Mio. Euro) entstanden. Alle Mehrausgaben sind im Budget gedeckt worden. Zu den großen Positionen haben Senat und der Haushalts- und Finanzausschuss in 2013 entsprechende Beschlüsse gefasst.

Investitionen (Einnahmen und Ausgaben):

Es liegen Mehreinnahmen ggü. dem Planwert von rd. 2,8 Mio. Euro vor. Grund: Investive Bundesmittel zur Schaffung von u3-Plätzen.

Bei den Ausgaben liegen ggü. dem Budget Minderausgaben von 0,35 Mio. Euro vor. GGü. dem Planwert liegen Mehrausgaben von rd. 6,7 Mio. Euro vor. Wesentlicher Grund: Mehrausgaben im Bereich der Kindertagesbetreuung zur Schaffung von u3-Plätzen. Zur Schaffung von zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten Asyl wurden 0,5 Mio. Euro verausgabt. Alle Mehrausgaben sind durch

<b>Produktplan: 41</b> <b>Jugend und Soziales</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>
<b>Verantwortlich: Sen. Stahmann</b>	<b>Version: 92</b> <span style="float: right;"><b>Seite 3</b></span>
<p>Bundsmittel oder Nachbewilligungen gedeckt. Entsprechende Beschlüsse haben Senat und der Haushalts- und Finanzausschuss gefasst.</p> <p>Personaldaten:</p> <p>Die Zielzahlen des Produktplans 41 -Jugend und Soziales- werden zum Jahresende um rd. 7 BV und das Budget um rd. 0,1 Mio. Euro unterschritten.  Dies ist darauf zurückzuführen, dass trotz der Erleichterungen verwaltungsexterner Ausschreibungen seit Frühjahr 2013 diverse Stellen nicht zeitnah besetzt werden konnten.</p> <p>Verrechnungen und Erstattungen:</p> <p>Die Abweichungen bei den Verrechnungen und Erstattungen beruhen i.W. auf zweckgebundenen Zahlungen des Bauressorts, die nicht im Anschlag hinterlegt waren.</p> <p>Formale Feststellungen:</p> <p>Der vorgegebene Finanzierungsaldo wird unter Einbeziehung aller Mehreinnahmen, sonstigen Veränderungen und der vorgesehenen zentralen Deckungen mit einem Überschuss von rd. 0,4 Mio. Euro eingehalten. Es erfolgt eine monatliche Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen.</p> <p>Der Verlustvortrag aus Vorjahren der Sozialleistungen kann nicht reduziert werden</p> <p>Es liegen keine investiven Mindereinnahmen im Volumen von 1 Mio. Euro oder größer vor.</p> <p>Für den PPL 41 wurde 2013 eine interne Haushaltssperre erlassen.</p> <p>Gesamtbetrachtung:</p> <p>Die Budgets konnten eingehalten werden. Dieses wurde nicht unerheblich durch Mehreinnahmen aus der Grundsicherung und zentrale Nachbewilligungen (Kindertagesbetreuung) abgesichert.  Im Personalbereich sind keine Mehrausgaben entstanden.</p>	

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

PRODUKTPLAN 51 Gesundheit	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Das Budget wurde eingehalten. Es sollen konsumtive Ausgabereste i. H. v. 326.391,59 € (Land) übertragen werden. Darüber hinaus sollen 171.567,86 € Mehreinnahmen (Land) an die allgemeine Budgetrücklage, sowie 64.060,00 € (Mehreinnahmen und Minderausgaben Land) an die investive Budgetrücklage zugeführt werden. Konsumtive Mindereinnahmen (Stadt) wurden durch konsumtive Minderausgaben (Stadt) sowie konsumtive Mehreinnahmen (Land) ausgeglichen. Ein Betrag i. H. V. 21.130,00 € soll als Ausgabereist bei den Personalausgaben übertragen werden.  Der eckwertrelevante Finanzierungssaldo wurde um 156,8 Tsd. € unterschritten.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b>  Die Überschreitungen bei den Personalausgaben wurden innerhalb des Produktplans ausgeglichen. Bei den Zielzahlen liegt zum Jahresende eine Unterschreitung von rd. 6,4 VZE vor. Für den Haushalt 2014/2015 wurde eine Zielzahlerhöhung für den Produktplan beschlossen, aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2014 zu erwarten.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Die Planwerte wurden im Wesentlichen eingehalten. Im Bereich Veterinärwesen/Lebensmittelsicherheit gab es aufgrund nicht beeinflussbarer Einsendungen größere Abweichungen von den Planwerten. Der Bereich Arbeitsschutz, Sicherheit, Eichwesen weist eine Steigerung bei den Außendienstgeschäften auf Baustellen um mehr als 100% auf, die durch die rege Bautätigkeit in Bremen begründet sind. Auf die krankheitsbedingte Unterschreitung des Planwertes bei den überprüften Produkten wurde mit einer internen Personalumschichtung zum 01.01.2014 reagiert.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Kein Handlungsbedarf.		

## ANLAGE: Produktplan-Bericht

<b>Produktplan: Gesundheit</b>	<b>51</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>		
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Dr. Schulte-Sasse</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>	
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>		
				

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	12.904	12.442	462	3,7	12.765	12.765	12.905	140	12.441
investive Einnahmen	1	0	1	0,0	0	0	1	1	0
relevante Verrech./Erstatt.	324	0	324	0,0	324	324	324	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>13.229</b>	<b>12.442</b>	<b>787</b>	<b>6,3</b>	<b>13.089</b>	<b>13.089</b>	<b>13.230</b>	<b>141</b>	<b>12.441</b>
Personalausgaben	22.265	22.286	-21	-0,1	22.286	22.286	22.265	-21	21.322
konsumtive Ausgaben	13.992	13.205	787	6,0	14.347	14.347	13.992	-355	13.205
Zinsausgaben	169	225	-56	-24,8	169	169	169	0	225
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	26.741	27.123	-382	-1,4	26.841	26.841	26.741	-100	27.123
relevante Verrech./Erstatt.	12	14	-2	-17,6	17	17	11	-6	15
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>63.179</b>	<b>62.853</b>	<b>326</b>	<b>0,5</b>	<b>63.661</b>	<b>63.660</b>	<b>63.178</b>	<b>-482</b>	<b>61.889</b>
<b>Saldo</b>	<b>-49.949</b>	<b>-50.411</b>	<b>462</b>	<b>-0,9</b>	<b>-50.572</b>	<b>-50.571</b>	<b>-49.948</b>	<b>623</b>	<b>-49.448</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	660	0
- investiv	0	737	737	737	7.174		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	158	147	135	693		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-143	143	16.449	16.449	0	16.449	16.449	0
Personalverstärkung	0	0	0	372	372	0	372	372	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>-143</b>	<b>143</b>	<b>16.821</b>	<b>16.821</b>	<b>0</b>	<b>16.821</b>	<b>16.821</b>	<b>0</b>
Refinanzierte	0	-38	38	3.267	3.288	-21	3.267	3.288	-21
Nebentitel	0	269	-269	2.177	2.177	0	2.177	2.177	0
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>88</b>	<b>-88</b>	<b>22.265</b>	<b>22.286</b>	<b>-21</b>	<b>22.265</b>	<b>22.286</b>	<b>-21</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-39	39	141	141	0	141	141	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	267,9	274,3	-6,4	268,0	277,2	-9,2	268,0	277,2	-9,2
Personalverstärkung	6,8	8,3	-1,5	7,6	8,3	-0,7	7,6	8,3	-0,7
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>274,7</b>	<b>282,6</b>	<b>-7,9</b>	<b>275,6</b>	<b>285,5</b>	<b>-9,9</b>	<b>275,6</b>	<b>285,5</b>	<b>-9,9</b>
Refinanzierte	65,0	-	-	60,7	-	-	60,7	-	-
Abwesende	16,5	-	-	17,5	-	-	17,5	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	7,6	22,5	6,8
Beschäftigte über 55 Jahre	28,3	17,5	29,2
Frauenquote	64,9	50,0	61,8
Teilzeitquote	43,2	35,0	43,1
Schwerbehindertenquote	9,3	6,0	10,8

<b>Produktplan:</b> 51	<b>Controlling 01-13/2013</b>
<b>Gesundheit</b>	27.1.2014
Verantwortlich: <b>Sen. Dr. Schulte-Sasse</b>	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

<b>A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele</b>
<p><b>Krankenhausversorgung</b></p> <p><b>Sachstand/Analyse/Bewertung</b>  Zur Sicherstellung der stationären Versorgung hat die Bremische Bürgerschaft im Jahr 2011 ein neues Krankenhausgesetz für das Land Bremen verabschiedet. Neben einer erhöhten Flexibilität für Krankenhäuser bei der Investitionsplanung stehen abgesicherte Patientenrechte und die Gewährleistung guter Qualität der Bremer Krankenhäuser durch verbindliche Regelungen im Vordergrund. Die über die Haushaltsbeschlüsse zur Verfügung gestellten Krankenhausfördermittel werden über Pauschalen für kurz-, mittel- und langfristige Anlagegüter sowie Mieten und Zins und Tilgung in voller Höhe ausbezahlt.</p>
<p><b>Gesundheitliches Kindeswohl</b></p> <p><b>Sachstand/Analyse/Bewertung</b>  Zur Verbesserung des Kindeswohls hat die Bremische Bürgerschaft 2011 ein verändertes Obduktionsrecht beschlossen, mit dem insbesondere zum Geschwisterwohl ungeklärte Todesursachen von Kindern unter 6 Jahren aufgeklärt werden sollen. Die verpflichtende Evaluation der Wirksamkeit des Gesetzes sollte bis Ende 2013 erfolgen. Sie konnte bisher jedoch wegen fehlender Anwendungsfälle nicht durchgeführt werden. Daher wird die Pflicht zur Evaluation bis 31.12.2018 verlängert werden.</p>
<p><b>Psychiatrische Versorgung</b></p> <p><b>Sachstand/Analyse/Bewertung</b>  Nach wie vor besteht das Ziel, durch eine Standardisierung des Begutachtungsverfahrens in der Stadtgemeinde Bremen zu einer noch passgenaueren Hilfebedarfsermittlung für psychisch kranke und suchtkranke Menschen beizutragen. Das Vorhaben der Einrichtung eines psychiatrischen Begutachtungsschwerpunktes ließ sich nicht realisieren, da die ausgeschriebenen erforderlichen Facharztstellen nicht besetzt werden konnten. Die zwischen dem Gesundheitsamt Bremen und der GeNo angestellten Überlegungen, nunmehr alternativ durch eine Verbesserung der Kooperationsbezüge zu einer Optimierung des Begutachtungsverfahrens zu gelangen, führten zur Einrichtung einer Gesprächsreihe zwischen den psychiatrischen Kliniken bzw. psychiatrischen regionalen Behandlungszentren und dem Gesundheitsamt Bremen. Die Zu- und Abgangssteuerung in das Hilfesystem stehen dabei mit im Zentrum der Erörterungen zur Fortentwicklung des Begutachtungsverfahrens.</p>
<p><b>Arbeitnehmer- und Verbraucherschutz</b></p> <p><b>Sachstand/Analyse/Bewertung</b>  Die Einführung einer risikoorientierten Kontroll- und Überwachungstätigkeit im Bereich des Arbeitnehmer- und Verbraucherschutzes wurde weiter vorangetrieben. Im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes wird es eine Revision des einschlägigen Gemeinschaftsrechts geben. Neben dem risikoorientierten Kontrollansatz zeichnet sich eine Intensivierung interdisziplinärer Kontrollen ab. In Bezug auf die Gebührenregelungen wird es künftig keine EU-weite Regelung von Mindestgebühren geben, sondern lediglich eine Rahmenvorgabe für die Ermittlung kostendeckender Gebühren. Letzteres könnte negative Auswirkungen im Bereich der Einfuhrkontrollen in Bremen und Bremerhaven haben und zu einem deutlichen Einnahmerückgang führen. Bremen hat sich während seiner Vorsitzzeit im Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (2010-2012) für eine länderübergreifend einheitliche Überwachung und eine Vertiefung der Kooperation mit den Unfallversicherungsträgern im Sinne der Philosophie der deutschen Arbeitsschutzstrategie eingesetzt. Zudem hat Bremen maßgeblich zu entsprechenden Beschlüssen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz bezüglich der risikoorientierten Überwachungstätigkeit beigetragen. Die Ziele und Programmatik sind insbesondere im Rahmen der Fortschreibung und Umsetzung der GDA weiterzuentwickeln und zu operationalisieren. Dies erfolgt auf der Ebene von LASI/ASMK, gemeinsamer landesbezogener Stelle der norddeutschen Länder, über die fachliche Steuerung der Gewerbeaufsicht und im Rahmen des LAK gleichermaßen.</p>

**Gesundheitswirtschaft**

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

Für die Jahre 2008 - 2013 ist der Förderschwerpunkt im Bereich Gesundheitswirtschaft mit dem Thema „Das Zuhause als Gesundheitsstandort“ festgelegt worden, um ein langes Leben zuhause zu befördern. Das Konzept verknüpft die Themen Wohnen und Gesundheit innovativ miteinander und geht über die engere Wohnthematik insofern hinaus, als es den Unternehmen der Gesundheitswirtschaft, HandwerkerInnen, SoftwaregestalterInnen, DesignerInnen für sogenannte „altersgerechte“ Produkte, Institutionen und Wissenschaft vielfältige Anknüpfungspunkte zur Entwicklung von Prozess- und Produktinnovationen bietet. Eine Projektausschreibung in 2012 bot neben diesem AAL- und eHealth- Schwerpunkt die Themenfelder „Demenz“, „Personalbindungskonzepte“ und „Sektorenübergreifende Kooperationsmodelle“ an.

**B. Leistungskennzahlen**

Kennzahlen	Berichtszeitraum 1-12				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung		Planwert
			abs.	%	
Kontrollen i. d. amtlichen Lebensmittelüberwachung	6.957	7.500	-543	-7,2%	7.500
Planbetten im Land Bremen gesamt	5.564	5.775	-211	-3,65%	5.775

Eine unterjährige Ermittlung der Planbetten erfolgt nicht.

<b>Produktplan: Gesundheit</b>	<b>51</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Dr. Schulte-Sasse</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>

### 3. Analyse/Bewertung

#### Kamerale Finanzdaten:

Der PPI 51 schließt mit einem Überschuss von 623 T. Euro ab. Es handelt sich hier überwiegend um Mehreinnahmen bei der Gewerbeaufsicht und Minderausgaben im Ressort des SG.

#### Konsumtive Einnahmen:

Im Jahresabschluss ergeben sich Mehreinnahmen in Höhe von 140 T. Euro. Die Mehreinnahmen sind in der Gewerbeaufsicht durch Genehmigungen nach dem Bundesimmismissionsschutzgesetz entstanden. Durch die Mehreinnahmen konnten die Mindereinnahmen, die im LMTVet überwiegend in der Grenzkontrollstelle entstanden sind, kompensiert werden.

#### Konsumtive Ausgaben:

Es ergeben sich Minderausgaben in Höhe von 355 T. Euro.

#### Personaldaten:

Durch die Einrichtung des neuen Gesundheitsressorts sind im Haushaltsjahr 2013 Personalmehrausgaben von rd. 550 T. Euro entstanden, die nicht im Personalbudget eingestellt worden sind.

Durch enorme Eigenanstrengungen (Zielzahlunterschreitungen in anderen Produktgruppen) konnte das Gesundheitsressort diese Mehrausgaben größtenteils kompensieren. Zum Jahresende sind Personalmehrausgaben von rd. 132 T. Euro entstanden, die ressortseitig durch Gebührenmehreinnahmen in der Gewerbeaufsicht ausgeglichen worden sind.

#### Investitionen:

Im Ergebnis sind Minderausgaben in Höhe von 100 T. Euro entstanden. Die Minderausgaben sind in unterschiedlicher Höhe in der senatorischen Behörde und in den Ämtern entstanden.

#### Einhaltung des Finanzierungssaldos:

Der bereinigte Finanzierungssaldo (incl. Budgetveränderungen) in Höhe von -50.418,7 Tsd. Euro wird um 156,8 Tsd. Euro unterschritten. Der aktuelle Finanzierungssaldo beläuft sich auf -50.261,9 Tsd. Euro.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 22, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 68</b> <b>Umwelt, Bau und Verkehr</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>		
		<b>Nicht erreicht</b>	<b>erreicht</b>
	<b>Finanzen</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<b>Personal:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	<b>Leistungen:</b>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:**

**Finanzdaten**

Das Ressort schließt den Haushalt im Saldo mit einem positiven Ergebnis von rd. 16,3 Mio. € ab. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen die konsumtiven Mindereinnahmen von 1,3 Mio. € (insbesondere aus Werberechten), konsumtive Minderausgaben von rd. 9,6 Mio. € sowie Minderausgaben bei den Investitionen von rd. 7,6 Mio. €.

In Höhe der festgestellten Minderausgaben beantragt das Ressort die Übertragung von Ausgaberesten auf das Haushaltsjahr 2014.

Dagegen betragen die Resteübertragungen von 2012 nach 2013 bei den konsumtiven Ausgaben rd. 4,8 Mio. € und bei den Investitionen rd. 13,8 Mio. €.

Unter Berücksichtigung eines Verlustvortrages in Höhe der Mindereinnahmen aus den Werberechten (insges. rd. 3,1 Mio. €) bei entsprechendem Liquiditätsausgleich durch den Gesamthaushalt sieht das Ressort eine Zuführung and die allgemeine Budgetrücklage von insgesamt rd. 2,3 Mio. € vor.

Der Finanzierungssaldo wird um rd. 0,6 Mio. € überschritten.

**Personaldaten**

Der Produktplan hat das Jahr 2013 mit Minderausgaben in Höhe von rd. 370 Tsd. € und einer Unterschreitung der Beschäftigungszielzahlen zum Jahresende um rd. 9,6 VZE abgeschlossen. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2014 zu erwarten.

**Leistungsdaten**

Die Leistungsdaten werden überwiegend eingehalten oder überschritten.

**Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

<b>Produktplan:</b> <b>Umwelt, Bau und Verkehr</b>	<b>68</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Senator Dr. Lohse		<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	36.797	39.103	-2.306	-5,9	38.137	38.137	36.795	-1.342	39.103
investive Einnahmen	37.428	34.666	2.762	8,0	37.428	37.428	37.428	0	34.666
relevante Verrech./Erstatt.	11.299	3.068	8.231	268,3	11.299	11.299	11.299	0	3.068
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>85.523</b>	<b>76.837</b>	<b>8.686</b>	<b>11,3</b>	<b>86.864</b>	<b>86.864</b>	<b>85.522</b>	<b>-1.342</b>	<b>76.837</b>
Personalausgaben	48.792	49.158	-366	-0,7	49.158	49.158	48.793	-365	46.164
konsumtive Ausgaben	107.058	107.725	-667	-0,6	116.670	116.670	107.057	-9.613	151.591
Zinsausgaben	1.633	2.057	-424	-20,6	1.633	1.633	1.633	0	2.057
Tilgungsausgaben	5.481	5.000	481	9,6	5.481	5.481	5.481	0	5.000
investive Ausgaben	98.855	94.717	4.138	4,4	106.449	106.449	98.856	-7.593	106.449
relevante Verrech./Erstatt.	60.034	55.631	4.403	7,9	60.059	60.133	60.108	-25	32
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>321.854</b>	<b>314.288</b>	<b>7.566</b>	<b>2,4</b>	<b>339.450</b>	<b>339.524</b>	<b>321.928</b>	<b>-17.596</b>	<b>311.294</b>
<b>Saldo</b>	<b>-236.330</b>	<b>-237.451</b>	<b>1.121</b>	<b>-0,5</b>	<b>-252.586</b>	<b>-252.660</b>	<b>-236.406</b>	<b>16.254</b>	<b>-234.457</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvortr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	23.159	11.420	10.373	10.468	123.930	1.461	4.489
- investiv	41.167	47.226	38.695	39.541	170.450		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	68	-68	42.884	42.931	-47	42.884	42.931	-47
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>68</b>	<b>-68</b>	<b>42.884</b>	<b>42.931</b>	<b>-47</b>	<b>42.884</b>	<b>42.931</b>	<b>-47</b>
Refinanzierte	0	165	-165	5.273	5.499	-226	5.273	5.499	-226
Nebentitel	0	-281	281	635	728	-93	635	728	-93
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-48</b>	<b>48</b>	<b>48.792</b>	<b>49.158</b>	<b>-366</b>	<b>48.792</b>	<b>49.158</b>	<b>-366</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-282	282	562	562	0	562	562	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	713,6	723,2	-9,6	714,2	730,0	-15,8	714,2	730,0	-15,8
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>713,6</b>	<b>723,2</b>	<b>-9,6</b>	<b>714,2</b>	<b>730,0</b>	<b>-15,8</b>	<b>714,2</b>	<b>730,0</b>	<b>-15,8</b>
Refinanzierte	112,8	-	-	115,7	-	-	115,7	-	-
Abwesende	39,9	-	-	38,9	-	-	38,9	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	6,6	22,5	5,2
Beschäftigte über 55 Jahre	29,4	17,5	29,4
Frauenquote	45,2	50,0	44,4
Teilzeitquote	25,0	35,0	25,9
Schwerbehindertenquote	10,7	6,0	9,3

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

Leistungskennzahlen					
Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Anzahl beförderter Personen im VBN (Stk.)	141.200.000	139.600.000	1.600.000	1,1	139.600.000
Empfänger Wohngeldzahlungen (Stk.)	6.510	7.740	-1.230	-15,9	7.740
Zu bearbeitende WiN-Anträge bewilligtes Volumen (€)	2.048.406	1.750.000	298.406	17,1	1.750.000
C02-Reduktion durch energiepolitische Breitenförderprogramme (to)	98.791	115.000	-16.209	-14,1	115.000
Car-Sharing-Nutzer/innen pro 10.000 Einwohner im Land Bremen (Stk.)	126,00	140,00	-14,00	-10,0	140,00

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

<b>Produktplan: 68</b> <b>Umwelt, Bau und Verkehr</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich: Senator Dr. Lohse</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>
<p><b>3. Analyse/Bewertung</b></p> <p><b>Konsumtive Einnahmen:</b>  Im Ist liegen die konsumtiven Einnahmen um EUR 2,3 Mio. unter dem Planwert. Diese Abweichung ergibt sich durch Mehr- und Mindereinnahmen aller zugeordneten Produktbereiche.</p> <p>Im Jahresergebnis liegen die Istaussgaben um EUR 1,3 Mio. unter dem Haushaltssoll. Diese Mindereinnahmen entstehen bei den Werberechtskonzessionen (EUR - 3,1 Mio.), den Mehreinnahmen von Bau- und Verwaltungsgebühren (EUR 1,8 Mio.) gegenüberstehen.</p> <p><b>Investive Einnahmen:</b>  Die investiven Einnahmen verzeichnen gegenüber dem Planwert Mehreinnahmen von EUR 2,8 Mio., die auf erhöhte Bundesmitteleinnahmen zurückzuführen sind. In der Jahresplanung ist das Ergebnis ausgeglichen.</p> <p><b>Relevante Verrechnungen / Erstattungen:</b>  Der Planwert der relevanten Verrechnungen und Erstattungen weist EUR 8,2 Mio. geringere Einnahmen aus, was sich durch nicht veranschlagte Verrechnungseinnahmen, insbesondere für den Bau der Cherbourger Straße (EUR 7,6 Mio.), begründet.</p> <p><b>Personalausgaben:</b>  Die Personalausgaben liegen im Ist EUR 0,37 Mio. unter dem Planwert und dem Haushaltssoll und werden somit eingehalten.</p> <p><b>Konsumtive Ausgaben:</b>  Im Ist - Planwertvergleich sind die konsumtiven Ausgaben nahezu ausgeglichen. Im Vergleich zum Haushaltssoll ergeben sich konsumtive Minderausgaben von EUR 9,6 Mio. Wesentliche Gründe dafür bilden Minderausgaben beim Wohngeld (EUR 3,8 Mio.), der Sozialen Stadt (EUR 1,3 Mio.), geringere Ausgaben für die Erstattung der Fahrgeldausfälle (EUR 0,8 Mio.) und das Projekt VIKING (EUR 0,4 Mio.) sowie diverser Positionen über alle zugeordneten Produktbereiche.</p> <p><b>Zins- / Tilgungsausgaben:</b>  Die Zins- und Tilgungsausgaben sind zum Jahresende ausgeglichen.</p> <p><b>Investive Ausgaben:</b>  Die investiven Ausgaben liegen im Ist um EUR 4,1 Mio. über dem Planwert. Diese Abweichung erstreckt sich über alle Produktbereiche und ist i.W. auf Mehrausgaben für den Bau der Cherbourger Straße sowie Minderausgaben bei den Zuweisungen zum Generalplan Küstenschutz zurückzuführen.</p> <p>In der Jahresplanung liegen das Ist um EUR 7,6 Mio. unter dem Haushaltssoll. Dies ist i.W. darauf zurückzuführen, dass übertragene Reste in den Bereichen Stadtumbau / Städtebauförderung zum Großteil nicht in Anspruch genommen werden (EUR 4,2 Mio.). Weitere Planungsverschiebungen entstanden bei der Sanierung der B75 und dem Lärmschutz der Ausfahrt A1 (EUR 1,2 Mio.) sowie bei den Zuschüssen zur Durchführung des Programms EFRE Lebensader Weser (EUR 1,3 Mio.).</p> <p>Außerdem wird darauf hingewiesen, dass in der Sitzung des Senats am 05.11.13 im Rahmen des Lösungskonzeptes für verbliebene Budgetrisiken beschlossen wurde, dass in 2013 nicht benötigte Anschlagsmittel für das BWK-Gelände im Zusammenhang mit Küstenschutzmaßnahmen für investive Finanzierungsbedarfe anderer Produktpläne zur Verfügung gestellt werden und SUBV in 2015 als voraussichtlicher Barmittelbedarf i.H. v. EUR 3,5 Mio. in Ergänzung zum Haushaltsentwurf wieder zur Verfügung gestellt wird und in 2016 als Barmittelbedarf i.H. v. EUR 4 Mio. durch eine (zusätzliche) Vorabdotierung bei der Eckwertbildung berücksichtigt werden soll. Das voraussichtliche Haushaltssoll und voraussichtliche Jahresist wurde entsprechend angepasst.</p> <p>Die am 15.10.13 vom Senat beschlossene investive Kürzung von EUR 1,1 Mio. ist in den vorgesehenen Kürzungspositionen enthalten.</p> <p><b>Relevante Verrechnungen / Erstattungen Ausgaben:</b>  Die Ausgaben für Verrechnung / Erstattung liegen im Ist EUR 4,4 Mio. über dem Planwert. Der wesentliche Grund der Überschreitung (EUR 3,1 Mio.) besteht darin, dass Zahlungen für das Programm Soziale Stadt, für Städtebauförderungsmaßnahmen und WiN, an andere Ressorts, als Verrechnung verausgabt, aber investiv veranschlagt sind. Desweiteren handelt es sich um Verrechnungen, für die keine Veranschlagung vorliegt.</p> <p><b>Fazit:</b>  Das Saldo Ist mit EUR -236,3 Mio. unterschreitet am Jahresende den Saldo Plan mit EUR -237,5 Mio. um EUR 1,1 Mio., da die Einnahmen um EUR 8,7 Mio. und die Ausgaben um EUR 7,6 Mio. über dem Plan liegen.</p> <p>Der Saldo Jahresist zu Haushaltssoll beträgt im Jahresergebnis rd. EUR 16,3 Mio. und entspricht in etwa dem Vorjahr. Mindereinnahmen von rd. EUR 1,3 Mio. stehen hierbei Minderausgaben von rd. EUR 17,6 gegenüber, die i.W. zweckgebundene Mittel für Städtebau, EU-Projekte im Umweltbereich,</p>		

<b>Produktplan:</b> <b>Umwelt, Bau und Verkehr</b>	<b>68</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Dr. Lohse</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 3</b>
<p>Verkehrsmaßnahmen und Soziale Stadt sind.</p> <p>Finanzierungssaldo: Der Finanzierungssaldo (Anschlag) wird zum Jahresende um EUR 0,63 Mio. überschritten, was unter Berücksichtigung der gesamtbremsischen Werte mit SfF abgestimmt ist.</p> <p>Die dem HaFA am 11.12.13 vorgelegten Maßnahmen im Rahmen der Liquiditätssteuerung Investitionen sind mit den Umsteuerungsbeträgen Haushaltssoll und Ist bei den Zuweisungen an das Sondervermögen Infrastruktur verortet. Bei den nicht dem Sondervermögen zugehörigen Einzelmaßnahmen wurde das Haushaltssoll entsprechend reduziert.</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 23.01.2014

PRODUKTPLAN 71 Wirtschaft	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

**Kommentar:**

**Finanzdaten**

Das Budget des Produktplans Wirtschaft wurde eingehalten. Der zulässige Finanzierungssaldo wurde im Senatsbudget nicht überschritten. Entstandene Mindereinnahmen beim EFRE-Programm und EFF-Programm 2007-2013 in Höhe von 2,25 Mio. € sollen sowohl aus Mehreinnahmen aus dem Ziel 2-Programm (0,2 Mio. €) als auch durch entstandene Ausgabereste gedeckt werden. Entgegen der Aussage des Ressorts wird keine (Rest-)Liquidität des PPL 81 herangezogen. Einnahmen des EFRE-Programms 2007-2013, die das Wirtschaftsressorts zentral für andere Produktpläne erhält, sind nicht in der erwarteten Höhe eingegangen. In Höhe dieser Mindereinnahmen, von insg. 2,1 Mio. €, werden die Verlustvorträge bei den entsprechenden Ressorts: Arbeit (1,5 Mio. €), Bildung (0,5 Mio. €) und Bau (0,1 Mio. €) erhöht. Die dem Bereich Bildung (0,5 Mio. €) zugeordnete Mindereinnahme wird durch die Sonderrücklage gedeckt. Mehreinnahmen der EFRE-Bescheinigungsbehörde i.H.v. 1,5 Mio. € beabsichtigt das Ressort der bestehende Sonderrücklage zuzuführen, die sich dadurch von 27,9 Mio. € auf 29,5 Mio. € erhöht. Investive Minderausgaben aus den Vorjahren von insgesamt 12,8 Mio. €, die sich größtenteils im EFRE-Programms 2007-2013 ergeben haben, sollen wie in den vergangenen Jahren der investiven Budgetrücklage zugeführt werden.

**Personaldaten**

Die Überschreitung bei den Personalausgaben von 1,2 Mio. Euro wurde innerhalb des Produktplans ausgeglichen. Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um 14,8 VZE überschritten. Das Beschäftigungsvolumen wurde um rd. 1,3 VZE ausgeweitet. Um den bestehenden Überhang abbauen zu können, wurde eine Zielzahlerhöhung beschlossen, sowie in einem Kontrakt mit der Senatorin für Finanzen ein Abbau des Beschäftigungsvolumens vereinbart. Ziel ist es, zum Ende des Haushaltsjahres 2015 den Überhang abgebaut zu haben.

**Leistungsdaten**

Bei den mit den Förderprogrammen GRW/LIP geförderten Investitionsvorhaben zeigten sich die Unternehmen, nach Aussage des Ressorts konjunkturbedingt eher zurückhaltend (- 71 v.H.). Demgegenüber konnten die Planwerte bei der Erschließung und Vermarktung neuer Gewerbeflächen annähernd erreicht werden. Positiv schlägt sich das Ergebnis auf die Beschäftigungszahlen (+ 2.000 Personen) nieder.

**Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:**

Kein Handlungsbedarf.

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan: Wirtschaft</b>	<b>71</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	2.050	3.495	-1.445	-41,4	3.852	3.849	2.050	-1.799	3.495
investive Einnahmen	19.516	20.806	-1.290	-6,2	20.488	20.488	19.517	-971	20.806
relevante Verrech./Erstatt.	249	0	249	0,0	249	249	249	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>21.815</b>	<b>24.301</b>	<b>-2.486</b>	<b>-10,2</b>	<b>24.589</b>	<b>24.586</b>	<b>21.816</b>	<b>-2.770</b>	<b>24.301</b>
Personalausgaben	7.570	7.747	-177	-2,3	7.747	7.747	7.687	-60	5.634
konsumtive Ausgaben	31.935	30.388	1.547	5,1	32.317	32.317	31.935	-382	30.388
Zinsausgaben	939	1.663	-724	-43,5	1.663	939	939	0	1.663
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	64.994	85.430	-20.436	-23,9	80.139	80.142	64.994	-15.148	85.430
relevante Verrech./Erstatt.	455	0	455	0,0	458	458	455	-3	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>105.893</b>	<b>125.228</b>	<b>-19.335</b>	<b>-15,4</b>	<b>122.324</b>	<b>121.603</b>	<b>106.010</b>	<b>-15.593</b>	<b>123.115</b>
<b>Saldo</b>	<b>-84.077</b>	<b>-100.927</b>	<b>16.850</b>	<b>-16,7</b>	<b>-97.735</b>	<b>-97.017</b>	<b>-84.194</b>	<b>12.823</b>	<b>-98.815</b>

Verpflichtungs- ermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrück- lagenbestand	Stand des Verlustvorr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	12.225	11.099	3.446	1.034	2.075	668	12.246
- investiv	40.699	57.304	41.523	27.749	50.913		
- Zins-/Tilgungsausgaben	13	1.226	705	556	827		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-41	41	6.321	6.345	-24	6.321	6.345	-24
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>-41</b>	<b>41</b>	<b>6.321</b>	<b>6.345</b>	<b>-24</b>	<b>6.321</b>	<b>6.345</b>	<b>-24</b>
Refinanzierte	-58	-153	95	1.130	1.281	-151	1.130	1.281	-151
Nebentitel	0	-34	34	118	121	-3	118	121	-3
<b>Insgesamt</b>	<b>-58</b>	<b>-228</b>	<b>170</b>	<b>7.569</b>	<b>7.747</b>	<b>-178</b>	<b>7.569</b>	<b>7.747</b>	<b>-178</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-34	34	103	103	0	103	103	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	102,3	87,5	14,8	100,7	88,4	12,3	100,7	88,4	12,3
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>102,3</b>	<b>87,5</b>	<b>14,8</b>	<b>100,7</b>	<b>88,4</b>	<b>12,3</b>	<b>100,7</b>	<b>88,4</b>	<b>12,3</b>
Refinanzierte	18,4	-	-	19,5	-	-	19,5	-	-
Abwesende	4,7	-	-	6,6	-	-	6,6	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	2,9	22,5	6,3
Beschäftigte über 55 Jahre	27,9	17,5	25,7
Frauenquote	55,7	50,0	54,9
Teilzeitquote	29,3	35,0	29,9
Schwerbehindertenquote	5,8	6,0	9,2

<b>Produktplan:</b> 71	<b>Controlling 01-12/201</b>
<b>Wirtschaft</b>	
Verantwortlich: <b>Senator Günthner</b>	Seite 1a

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### **Innovationsförderung in wachstumsorientierten Zukunftsfeldern (Forschung und Entwicklung; Wissens- u. Technologietransfer; Clusterpolitik) wie Luft- u. Raumfahrt, maritime Wirtschaft, Logistik u. Energiewirtschaft**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Der strategische Rahmen für die Innovationspolitik des Landes bilden die beschlossenen Programme „Innovationsprogramm 2020“ und „Clusterstrategie 2020“. Für die operative Umsetzung der Instrumente und Maßnahmen von der einzelbetrieblichen Förderung bis zu Infrastrukturmaßnahmen und Netzwerkarbeiten wurden den Gesellschaften WFB und BIS entsprechend Mittel zur Verfügung gestellt.

Das Land Bremen wird sich schwerpunktmäßig auf die Clusterentwicklung Luft- und Raumfahrt, Windenergie und Maritime Wirtschaft / Logistik fokussieren. Die Umsetzung erfolgt Ressort- und Politikenübergreifend und berührt damit auch Programnteile anderer Ressorts.

Die Luft- und Raumfahrt gilt für Bremen als industrieller Schlüsselsektor und ist dem zufolge im "Masterplan Industrie Bremen" als Leitbranche klassifiziert. Auf dieser Basis wurde die landesseitige Unterstützung dieses Wirtschaftsbereichs hinsichtlich seiner Produkt- und Prozessinnovationen zur Steigerung der standortbezogenen Wettbewerbsfähigkeit auch in 2013 seitens des Wirtschaftsressorts mit hoher Intensität fortgeführt. So wurde ein Maßnahmenpaket zur inhaltlichen Entwicklung des geplanten Forschungs- und Technologiezentrums EcoMaT (Center for Eco-efficient Materials & Technologies) initiiert und ein Kick-off Projekt für konkrete FuE-Arbeiten als unternehmensnahes Begleit-Vorhaben im Kontext des EcoMaT gestartet (CFK-QS – Qualitätssicherung in der CFK Fertigung). Im Bereich der maritimen Wirtschaft wurden u.a. die Aktivitäten des Kompetenznetzwerks Maritime Sicherheit – MARISSA erfolgreich fortgeführt und seine bundesweite Positionierung durch die Einbindung in die Ausgestaltung des Nationalen Masterplans Maritime Technologien (NMMT) gestärkt. In diesem Zusammenhang hat die in Bremen in 2013 eingerichtete DLR-Forschungsstelle für Maritime Sicherheit einen hohen Stellenwert, die - in Nachfolge des Bremer Zentrums „CEON“ - insbesondere darauf ausgerichtet ist, auf regionaler Ebene die Generierung neuer Satelliten gestützter Produkte und Dienstleistungen vornehmlich in den Bereichen maritime Sicherheit und Umwelt weiter voranzutreiben.

Die Windenergiebranche wird im engen Schulterschluss mit den offshore-unterstützenden Maßnahmen in BHV vorangetrieben. Dabei liegt in der Stadt Bremen ein besonderes Augenmerk auf dem Ausbau der Onshore Industrie mit dem Repowering.

#### **Diversifizierung der Unternehmens- u. Branchenstruktur, Festigung des industriellen Bestandes, Stärkung des Dienstleistungsbereichs**

##### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

In 2013 wurde der länderübergreifende Austausch zur Industriepolitik institutionalisiert und auf dem Schwerpunkt „EU-Industriepolitik“ fortgesetzt.

Die im Zuge des "Masterplans Industrie Bremen"(2010) thematisierten Aktivitätsfelder "Profilierung Bremens als Industriestandort" sowie "Sicherung und Stärkung der industriellen Kerne" sind fortgeführt worden. Im Rahmen des Aufbaus des C-Klasse-Kompetenzzentrums bei Daimler werden Aktivitäten zur Stärkung der Zulieferindustrie durch SWAH begleitet.

In 2013 wurden verschiedene Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Bremerhaven durch das Ressort eingeleitet u.a. der Verkauf der Beteiligungen der WFB an der neuausgerichteten Lloyd Werft an die BLG Logistics Group AG & Co. KG und die Veräußerung eines im Eigentum der WFB befindlichen und vermieteten Schwimmdocks (Dock IV). Ein für die Werft und den Standort Bremen wichtiges großes Projekt und dessen finanzielle Sicherstellung werden ebenfalls durch SWAH eng begleitet sowie das Vorhaben der Lloyd Werft, ein größeres Dock anzuschaffen.

Im Herbst 2013 wurde des Weiteren mit der Fortschreibung des Masterplans Industrie Bremen gestartet.

Darüber hinaus trugen die vielfältigen landesseitigen Maßnahmen in den Politikfeldern Gewerbeflächen, Technologie, Qualifikation, Umwelt / Energie etc. zur Sicherung und Stärkung der bremischen Industrie maßgeblich bei.

## **Stabilisierung und Weiterentwicklung der Innenstädte und Stadtteilzentren sowie Stärkung des Tourismus in Bremen und Bremerhaven**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Innenstädte von Bremen und Bremerhaven befinden sich im Wettbewerb mit den Städten sowie den Einkaufszentren im Einzugsgebiet (für Bremen knapp 60 km mit rd. 1,7 Mio. Einwohnern). Daher gilt es, Kaufkraft in die Städte zu ziehen, wobei die Innenstädte eine herausragende Rolle spielen.

Das Marktforschungsinstitut IPSOS CT aus Hamburg hat im Auftrag von Weser Kurier, Handelskammer Bremen, Unternehmerverband Einzelhandel Nordwest e.V., FHB und WFB insgesamt 1602 Personen im Wirtschaftsraum Bremen telefonisch befragt. Der Wirtschaftsraum Bremen wurde gebildet durch die Stadt Bremen, Hannover, Oldenburg, Delmenhorst und Hamburg sowie die Landkreise Wesermarsch, Osterholz, Rotenburg, Verden, Oldenburg und Diepholz).

Die Bremer Innenstadt ist danach das Shoppingziel Nummer 1, sowohl bei den Bremern als auch den Kunden aus dem Umland. Von den 993.000 Personen im Wirtschaftsraum Bremen haben innerhalb der letzten drei Monate 610.000 die Innenstadt besucht. 234.000 davon stammen aus dem Umland. Mit einer Gesamtbesucherzahl von 367.000 folgen der Weserpark und die Waterfront mit 346.000 erst in großem Abstand. Die Bremer City und die Waterfront weisen dabei jeweils ein Besucherverhältnis (aus dem Stadtgebiet/aus dem Umland) von 2:1 auf. Im Gegensatz dazu ist Dodenhof sehr stark auf das auswärtige Publikum angewiesen. Von den 257.000 Besuchern stammen dort nur 91.000 aus dem Bremer Stadtgebiet. Im Städtewettbewerb wird die hohe Attraktivität von Hamburg belegt durch rund 14 % der Bremer, die angaben, in den letzten drei Monaten auch in Hamburg gewesen zu sein. Bemerkenswert ist weiterhin, dass mit 74.000 mehr Bremer in Hamburg einkaufen als in Oldenburg (57.000) obwohl der Anfahrtsweg nach Hamburg deutlich länger ist. Für beide Ziele kann keine direkte Konkurrenz zur Bremer Innenstadt bestätigt werden. Mit 448.350 Stammkunden (Personen, welche die Einkaufsstätte mindestens einmal im Monat zum Einkaufen besuchen) ist die Bremer Innenstadt ebenfalls Nummer 1. Es folgen Waterfront und Weserpark auf den Plätzen zwei und drei, doch selbst zusammengerechnet erreichen sie weniger Stammkunden als die Bremer City allein. Auffällig ist, dass von den 121.000 Befragten, die Hamburg in den letzten 3 Monaten besucht haben, 18,3% dies taten, um in einer anderen Umgebung einzukaufen. Dieser Aspekt liegt dabei noch vor dem gezielten Wunsch zu bummeln/shoppen (16,2%). Der Einkauf dort hat weniger etwas damit zu tun, dass das Angebot an Einzelhändlern oder Marken in Bremen zu gering ist. Vielmehr hat der Einkauf dort Ausflugs beziehungsweise Eventcharakter. Hier hat die Bremer City weiterhin Nachholbedarf. Positiv hervorzuheben ist die hohe Verweildauer der Innenstadtbesucher, diese liegt mit 173 min. knapp vor Dodenhof. Bezogen auf das mittlere persönliche Einkommen liegt Dodenhof deutlich vor den übrigen Einkaufsorten. Auch hier zeigt sich ein Defizit in der Bremer Innenstadt, das im Rahmen der Realisierung des Vorhabens Ansgaritor zu beheben ist.

In Bremen ist Vegesack das zweitwichtigste Zentrum ebenfalls mit Kaufkraftzuflüssen aus der Region. Hier betreibt Vegesack Marketing unter Einbezug der Akteure vor Ort ein integriertes Marketing. Vegesack bietet zugleich mit der maritimen Meile, den Veranstaltungen und Events und den Schiffsverbindungen Potentiale für Freizeit und Naherholung. Die Vermarktung ist in Kooperation zwischen WIR und WFB professionalisiert und auf die erreichbaren Zielgruppen zugeschnitten worden.

In den Stadtteilzentren zielen die Marketingaktivitäten in erster Linie auf die Bewohner im Stadtteil und dienen dazu, Identifikation zu stiften und Kaufkraft zu halten. Gröpelingen Marketing e.V. hat in 2013 wieder größere Veranstaltungen gemeinsam mit Kultur Vor Ort e.V. umgesetzt. Erfolgreich verlaufen ist ein Testlauf für einen saisonalen Fährverkehr (Mai bis September) mit dem Schiff „Pusdorp“. Der Betrieb erfolgte jeweils sonntags und an Feiertagen und verlief mit insgesamt ca. 12.000 Fahrgästen außerordentlich erfolgreich. Angeboten wurde eine weseerseitige Verbindung Innenstadt – Überseestadt – Woltmershausen – Gröpelingen und zurück. Die beiden Organisationen bringen sich intensiv in den Entwicklungsprozess „Bremer Westen“ ein.

Die vier jahreszeitbezogenen Hauptevents von Neustadt Marketing e.V. ((Neustadt bewegt Dich -Frühjahr-, Summer Sounds -Sommer-, Piepe-Leuchten -Herbst- und Adventskalender -Winter-), werden gut angenommen und weiterhin intensiv von der örtlichen Wirtschaft unterstützt. Für das kommende Jahr sollen Möglichkeiten der Einrichtung von BIDs in der Neustadt geprüft werden.

Mit Stichtag 01.01.2013 konnte im Stadtteil Hemelingen eine neue, arbeitsfähige Trägerstruktur erreicht werden („Stadtteilmarketing Hemelingen e.V.“). Der Verein hat erfolgreich Veranstaltungen wie die Gewerbeschau etc. veranstaltet. Aktuell sind 43 Mitglieder aus allen fünf Ortsteilen dabei. Das neue Handlungskonzept für das Stadtteilmarketing Hemelingen ist im November 2013 fertiggestellt worden und wird erstmals in 2014 umgesetzt.

Ein integriertes Marketing für Bremen-Besucher aus Nordwestdeutschland wird insbesondere von der CityInitiative Bremen Werbung e.V. und dem Standortmarketing der WFB betrieben. Zentrale Projekte waren in Kooperation mit den Einzelhändlern der Innenstadt die City-Kampagne, die Wissenswelten (19 wissensvermittelnde Einrichtungen in Bremen und Bremerhaven).

Das Marketing für den Wissenschaftsstandort wurde fortgesetzt: Die in 2012 mit dem Preis des Stifterverbandes der deutschen Wissenschaft prämierten „Science Clips“ hat die WFB in Zusammenarbeit mit dem Klub Dialog e.V. und dem Verein Haus der Wissenschaft fortgeführt mit dem Ziel, internetfähige Videos zum Land Bremen erstellen zu lassen, in denen wissenschaftliche Fragestellungen fachlich, fundiert, kreativ und unterhaltsam bearbeitet und dargestellt werden. Gemeinsam mit einer Tochtergesellschaft des Zeit-Verlages hat die WFB das Magazin „H 2 B- studieren, forschen, leben in Bremen und Bremerhaven“ erneut an den Markt gebracht. Mit dieser Beilage wird für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) im Land Bremen geworben.

Im Frühjahr 2008 hat der Geschäftsbereich Standortmarketing der WFB die erste große Studie (über 6.000 Interviews in Bremen, Deutschland und dem Ausland) zur Identität und zum Image von Bremen und Bremerhaven vorgestellt. In 2013 hat der Lehrstuhl für Marketing und innovatives Markenmanagement die Ergebnisse der Wiederholung dieser Studie für Bremen und Bremerhaven präsentiert. Zusätzlich wurde die Zielgruppe der jungen Hochqualifizierten eingehender untersucht. Das LIM empfiehlt die Positionierung Bremens als sichere, stressfreie familiäre Stadt, unprätentiös mit hohem Naherholungswert und einer schönen, historischen Altstadt, um Hochqualifizierte, Studienanfänger und Touristen erfolgreich anzusprechen. Bremerhaven wurde hinsichtlich seines Images, seiner Standortattraktivität und seine touristischen Angebote durchweg sehr viel positiver bewertet als 2008.

Der Tourismus hat sich im Bundesland Bremen weiter zu einem wichtigen Wirtschaftszweig entwickelt und wies mit rd 1,7 Mio. Übernachtungen im 2013 weiterhin ein stetiges Wachstum auf. Zusätzlich kamen rund 45 Mio. Tagesbesucher nach Bremen und Bremerhaven. Oberstes Ziel bleibt es, in den kommenden Jahren die Zahl der Ankünfte, der Übernachtungen und der Tagesbesucher weiter zu steigern (Tourismuskonzept für das Land Bremen 2015). Der Anteil der ausländischen Gäste (aktuell 20 bis 25 %) soll hierbei weiter erhöht werden. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Förderung liegen weiterhin in den Bereichen Wissens- und Erlebniswelten vermarkten (s.o.) weiterentwickeln und ausbauen (Entscheidung Erneuerung Universum Science Center); Bremen und Bremerhaven als Städte am Fluss und am Meer profilieren (s.o.); Großveranstaltungen und Ausstellungen mit nationaler und internationaler Reichweite durchführen (z.B. Paula-Ausstellung); Messe-, Kongress- und Tagungswesen ausbauen (herausragend Symposium Intensivmedizin & Intensivpflege, Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Nuklearmedizin, Deutscher Wundkongress und Bremer Pflegekongress) sowie nationales und internationales Marketing absichern liegen. Private Investoren sehen die Entwicklung positiv und eröffnen neue Hotels in beiden Städten (z.B. Steigenberger, GOP-Varitete in Bremen, Best Westerns Comfort Hotel in Bremerhaven).

Die Stärkung des Tourismus in Bremerhaven ist mit einem umfassenden Infrastrukturausbau verbunden (Erweiterungsbau Deutsches Auswandererhaus, Erweiterung des Zoo am Meer durch ein Aquarium, Parkplatzsituation für Reisebusse, Schaufenster Fischereihafen; Umbau Forum Fischbahnhof). Auch hier ziehen private Investitionen nach). Zudem konnte auch in 2013 mit den Verstärkungsmitteln für das Standortmarketing der WFB ein ergänzendes Tourismus-Marketing betreiben werden.

BTZ und BIS haben die Angebote der beiden Städte gegenüber Endkunden (Service-Center, News-Letter, persönliche Betreuung, in der Tourist-Information sowie Geschäftskunden (Messen im In- und Ausland, Workshops, Verkaufshandbücher in digitaler Form) erfolgreich vermarktet.

## **Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Bremerhavens**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation Bremerhavens wurde durch eine Reihe von Projekten vorangetrieben. Hierzu zählen insbesondere der weitere Ausbau des Windenergieclusters Bremerhaven durch Beschlüsse zur Realisierung des Offshore-Terminal Bremerhaven als wesentliche Voraussetzung zur Expansion der regionalen Windenergieindustrie. Die landseitige Erschließung wurde im Süden Bremerhavens durch Beginn des Baus der südlichen Umgehung des Gewerbegebietes Luneort, die weitere Flächenerschließung Luneort sowie die Schwerlast geeignete Herrichtung vorhandener Trassen weitergeführt. Auch konnten erste Erschließungsmaßnahmen auf dem Regionalflugplatz Bremerhaven eingeleitet werden, der nach Schließung als Gewerbefläche zur Verfügung stehen wird. Zudem konnte eine weitere Erschließung und Arrondierung im Bereich des LogIn Ports erreicht werden. Im Bereich der FuE-Meile wurden nach der erfolgreichen Umsetzung von Maßnahmen zur stärkeren Fokussierung der Offshore-Windenergiebranche und der Aquakulturforschung aktuell die Herrichtung des Gebäudes Bussestrasse 27 beschlossen, da die Räumlichkeiten der Bussestrasse 26 nicht mehr auskömmlich waren. Darüber hinaus werden in 2014 die anliegenden Kajen saniert und Freiflächen hergestellt, um insgesamt das Areal der F&E Meile attraktiv zu gestalten und eine Verbindung zum angrenzenden Stadtteil Geestemünde zu schaffen. Die Vorbereitungen zum Ausbau des BILB dienen der Stärkung des Technologie- und Wissenstransfer im Bereich der Bremerhavener Lebensmittelindustrie. Im Fischereihafen konnten wesentliche Bereiche der Infrastruktur und Immobilien ertragskraftsteigernd und mit starkem Bezug auf die Fischwirtschaft instandgehalten bzw. saniert und neu vermarktet werden. Insgesamt konnten die wesentlichen strukturpolitischen Ziele mit den skizzierten Maßnahmen erreicht werden.

## **Verstärkung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit**

**Sachstand/Analyse/Bewertung** Die bremische Wirtschaft und Bremen als Standort insgesamt stehen in der globalisierten Weltwirtschaft in einem nationalen und internationalen Wettbewerb. Die aus der Globalisierung erwachsenden Chancen müssen für den Standort genutzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit Bremens zu verbessern, nachhaltige und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und Bremens Handlungsfähigkeit als eigenständiges Bundesland zu erhalten. Der wirtschaftspolitische Rahmen hierfür wird durch das Strukturkonzept 2015 des Senats gesetzt.

Zur Verstärkung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit kommt insgesamt ein breites Maßnahmenbündel zum Einsatz. Zu nennen sind hier u.a. die in 2010 begonnene Neuausrichtung der bremischen Wirtschaftsförderung, die Optimierung der Beratungsangebote für bremische Unternehmen, die Konzentration auf die eigenen Stärken in der Innovationspolitik v.a. auf die Innovationscluster Erneuerbare Energien/Windenergie, Maritime Wirtschaft/Logistik, Luft- und Raumfahrt und deren Spiegelung im nationalen und internationalen Standortmarketing, die Förderung außenwirtschaftlicher Aktivitäten kleiner Unternehmen oder die Pflege und der Ausbau bremischer und internationaler Netzwerke.

Die z.T. von unterschiedlichen Institutionen (bremische Beteiligungsgesellschaften, Handelskammer, Handwerkskammer usw.) getragenen Maßnahmen wurden auch im Jahr 2013 weiter fortgesetzt und optimiert. Die weiterhin positive Anzahl und Qualität nationaler und internationaler Unternehmensakquisitionen in den letzten Jahren können als ein Indiz für die positive Wirkung der eingeleiteten Maßnahmen herangezogen werden.

## **Förderung der Landwirtschaft und Verbraucherberatung**

### **Sachstand/Analyse/Bewertung**

Die Landwirtschaft befindet sich in einem tiefen Umbruch. Erfolge in der Produktivitätssteigerung stehen u.a. Betriebsaufgaben, Preisdumping sowie ökologische Probleme gegenüber. Die Förderung der Bremischen Landwirtschaft entsprechend den Vorgaben der EU-Kommission stellt einen wichtigen Beitrag zur Einkommenssicherung, zur einzelbetrieblichen Risikoabsicherung gegen extreme Marktpreisschwankungen und zur pauschalen Entlohnung von nicht am Markt honorierten gesellschaftlichen Leistungen dar. Sichergestellt werden eine leistungsfähige Nahrungsmittelproduktion, die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und die ausgewogene Entwicklung der ländlichen Räume.

Das Wirtschaftsleben wird durch die Vielzahl an Produkten, Dienstleistungen, Tarifen und Vertragsbedingungen zunehmend komplexer und unübersichtlicher. Der wirtschaftliche Verbraucherschutz muss durch Information, Beratung und Kontrollmechanismen einen Interessenausgleich zwischen Anbietern und privaten Verbrauchern herstellen. Verbraucherberatung wird in Deutschland nicht von staatlichen Stellen, sondern durch ein Netz von privatrechtlichen Organisationen angeboten. Um die Beratung und Interessenvertretung der Verbraucher im Lande Bremen zu gewährleisten, wird die Beratungstätigkeit auf den Gebieten Verbraucherrecht, Ernährung, Finanzdienstleistungen/Bauen und Energie mit einem Landeszuschuss abgesichert, um eine unabhängige Interessenvertretung und bezahlbare Beratung zu ermöglichen.

**B. Leistungskennzahlen**

Kennzahlen	Berichtszeitraum 01-12/2013				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Neuschaffung von Arbeitsplätzen (Land)	654	730	-76,00	-10%	730
a) Investitionsförderung (GA/LIP) *	55	190	-135,00	-71%	190
b) Existenzgründungen *	599	540	59,00	11%	540
Investitionsförd. gesicherte AP (GA/LIP)	218	600	-382,00	-64%	600
Erschließung neuer Gew.Flächen (HB)	12	13	-1,00	-8%	13
Vermarktung von Gewerbeflächen (HB)	22	22	0,00	0%	22
Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung (HB)	2.975	1.150	1.825,00	159%	1.150
Erschließung neuer Gew.Flächen (BHV)	20	22	-2,00	-9%	22
Vermarktung von Gewerbeflächen (BHV)	10	8	2,00	25%	8
Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung (BHV)	304	130	174,00	134%	130

**Investitionsförderung – neue und gesicherte Arbeitsplätze(GA/LIP):**

**Erschließung neuer Gewerbeflächen (HB):**

**Vermarktung von Gewerbeflächen (HB):**

**Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung (HB):**

**Vermarktung von Gewerbeflächen (BHV):**

**Arbeitsplätze aufgrund Vermarktung (BHV):**

<b>Produktplan: Wirtschaft</b>	<b>71</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
Erläuterungen zum Bereich 'Jahresplanung 2013' (endgültiger Haushaltsabschluss)			
Konsumtive und investive Einnahmen:			
Neben den Einnahmen zum EU-Programm EFRE für den Bereich Wirtschaft wurden auch die Einnahmen für andere Ressorts nach Vorgabe der EU zentral im Bereich 71.01 veranschlagt.			
Entstehende Mehr- oder Mindereinnahmen bei dem EU-Programm werden im Haushalt des Bereiches Wirtschaft bzw. den Haushalten der anderen Ressorts im Rahmen des Jahresabschlusses als Rücklage oder Verlustvortrag gebucht.			
Aus der Zahlung der EU-Kommission zum Programm EFRE resultieren in diesem Jahr folgende Einnahmen:			
Bereich Wirtschaft: 9,4 Mio. Euro (inv.),			
Bereich Arbeit: 0,2 Mio. Euro (kons.),			
Ressort Bildung und Wissenschaft: 0,6 Mio. Euro (kons. u. inv.),			
Ressort Umwelt, Bau und Verkehr: 1,3 Mio. Euro (inv.),			
Bremerhaven: 0,26 Mio. Euro (inv.).			
EFRE-Mittel der 'Bescheinigungsbehörde': 1,46 Mio. Euro			
Bei dem EU-Programm Ziel-2 sind aufgrund einer Restzahlung Mehreinnahmen i. H. v. 0,18 Mio. Euro eingegangen.			
Die EU-Einnahmen für das Fischereiprogramm EFF sind nicht in voller Höhe eingegangen (-0,68 Mio. Euro).			
Die ausgewiesenen Differenzbeträge, die diverse Mehr- und Mindereinnahmen beinhalten, werden vollständig mit der Sonderrücklage und Verlustvorträgen verrechnet bzw. mit nicht benötigten Ausgabemitteln ausgeglichen.			
Personalausgaben:			
Zum Jahresende sind Mehrausgaben für den Kernbereich i.H.v. 1,2 Mio. Euro entstanden, weil der über die letzten Jahre aufgelaufene Überhang durch die aktuelle Fluktuation nicht abgebaut werden kann.			
Der Ausgleich der Mehrausgaben erfolgte durch Minderausgaben bei den Investitionsmitteln.			
Konsumtive und investive Ausgaben:			
Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden auf der Grundlage der im Haushalts- und Finanzausschuss am 11.12.2013 beschlossenen Vorlage (Nr. 18/405-L) zur "Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen" erhebliche Solländerungen bei den investiven Ausgaben zu Lasten des PPL 71 zu Gunsten des PPL 81 vorgenommen. Dies führte zu deutlich geringeren Ausgaben im investiven Bereich.			
Im konsumtiven Bereich führten vorhandene zusätzliche Mittel zu höheren Ausgaben.			
Die Differenz zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist ergibt sich, neben Korrekturbuchungen, vor allem aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo.			
Insbesondere stehen Rücklagen aus Vorjahren, die zwar sollerhöhend gebucht sind, nicht als zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung.			
Verrechnungen:			
Bei Projekten mit einer Gemeinschaftsfinanzierung durch mehrere Ressorts werden die benötigten Mittel zu Lasten der Ausgabeanschlüsse als Verrechnung gebucht. Dies kann bei der Aufstellung der Haushalte grundsätzlich nicht berücksichtigt werden.			
Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:			
Der negative Finanzierungssaldo i. H. v. 98,8 Mio. Euro wurde im Umfang von insgesamt 14,8 Mio. Euro unterschritten. Dieser Betrag setzt sich aus den nachfolgenden Mehr- und Minderausgaben zusammen:			
In Höhe von insgesamt 5,0 Mio. Euro wurden Ausgaben über den Finanzierungssaldo geleistet.			
Es handelt sich um Mehrausgaben aus Mitteln, die das Wirtschaftsressort vom Senator für Kultur für das Deutsche Schifffahrtsmuseum in Bremerhaven erhalten hat (0,73 Mio. Euro).			
An die Jacobs Universität Bremen wurden Zahlungen i.H.v. 3,0 Mio. Euro geleistet, die aus Mitteln des Finanzressorts finanziert wurden.			
Eine Korrekturbuchung im Personalbereich führt zu einer Erhöhung i.H.v. 0,1 Mio. Euro.			
In Höhe von 1,14 Mio. Euro werden EU-Mindereinnahmen mit Mitteln aus dem PPL 81 ausgeglichen.			
Die Minderausgaben, zusammengefasst 19,8 Mio. Euro, resultieren im Umfang von rd. 0,45 Mio. Euro aus Zahlungen an andere Ressorts, die im Wege der Verrechnung geleistet wurden.			

<b>Produktplan:</b> 71 <b>Wirtschaft</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b> Senator Günthner	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 3</b>
<p>In Höhe von 1,4 Mio. Euro standen konsumtive Mittel i.S. Citytax aufgrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts nicht zur Verfügung.</p> <p>Der Einsparungsanteil für die bei der Senatorin für Finanzen veranschlagten globalen investiven Minderausgabe führte zu einer Unterschreitung i.H.v. 1,0 Mio. Euro.</p> <p>Für den Ausbau des IWES hat der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Mittel i.H.v. 0,7 Mio. Euro erhalten.</p> <p>Weiterhin ist die Unterschreitung darauf zurückzuführen, dass der Senatorin für Bildung und Wissenschaft im Wege der Nachbewilligung Mittel für die Projekte MeVis Research (1,8 Mio. Euro) und DFKI (0,4 Mio. Euro) bereitgestellt wurden.</p> <p>Für die Botanika wurden dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr Mittel i.H.v. 0,4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.</p> <p>Im Rahmen der Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen erhielt der PPL 81 Mittel i.H.v. 12,7 Mio. Euro.</p> <p>Weitere Unterschreitungen i.H.v. 0,26 Mio. Euro resultieren aus Minderausgaben sowie Einsparungen zugunsten des PPL 09.</p> <p>Bei den veranschlagten Zinsausgaben entstanden Minderausgaben i.H.v. 0,7 Mio. Euro.</p> <p><b>Verlustvortrag:</b></p> <p>Der Verlustvortrag hat sich in den Vorjahren aus nicht realisierten Einnahmen bei den EU-Einnahmen ergeben.</p> <p>Bei den EU-Programmen EFRE 2007-2013 (Teil Wirtschaft) und Fischereiprogramm EFF sind Mindereinnahmen i.H.v. 2,2 Mio. Euro entstanden, die aber durch nicht benötigte Ausgabemittel ausgeglichen werden können. Der Verlustvortrag erhöht sich somit nicht.</p>		

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 23.01.2014

PRODUKTPLAN 81 Häfen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Das Budget des Produktplans Häfen wurde eingehalten. In den bisherigen Controllingberichten ist zum Ausgleich etwaiger EU-Mindereinnahmen im PPL 71 zunächst ein Betrag von 1,2 Mio. € bei der Maßnahme ‚Anbindung OTB‘ im PPL 81 reserviert worden. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden diese Mittel für den vorgesehenen Zweck nicht benötigt, und daher erhöht sich die bestehende investive Rücklage im PPL 81 um 1,2 Mio. €. In die Rücklage „Deichschutz Bremerhaven“ sollen nicht verausgabte Mittel von insgesamt 0,6 Mio. Euro fließen.  Der um erfolgte produktplanübergreifende Verlagerungen bereinigte Finanzierungssaldo wurde im Umfang von insgesamt 1,9 Mio. Euro unterschritten.</p> <p><b><u>Personaldaten</u></b>  Die Überschreitung bei den Personalausgaben von 0,7 Mio. Euro wurde innerhalb des Senatorenbudgets ausgeglichen. Die Personalzielzahl wird zum Jahresende um 15 VZE überschritten. Das Beschäftigungsvolumen wurde um rd. 4,9 VZE ausgeweitet. Um den bestehenden Überhang abbauen zu können, wurde eine Zielzahlerhöhung beschlossen, sowie in einem Kontrakt mit der Senatorin für Finanzen ein Abbau des Beschäftigungsvolumens vereinbart. Ziel ist es, zum Ende des Haushaltsjahres 2015 den Überhang abgebaut zu haben.</p> <p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Die Ist-Werte zum Hafenumschlag liegen hinter den Erwartungen zurück. Das Ressort führt das Ergebnis auf die negative Konjunktorentwicklung zurück. Die Einnahmen aus Raumgebühren, die von bremenports vereinnahmt werden, haben sich deutlich verbessert und liegen 4,3 Mio. Euro über dem Planwert.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Kein Handlungsbedarf.		

## ANLAGE: Produktplan-Bericht

<b>Produktplan: Häfen</b>	<b>81</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR			%	Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	2.614	2.257	357	15,8	2.614	2.614	0	2.257
investive Einnahmen	17.837	10.737	7.100	66,1	17.837	17.837	0	10.737
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>20.451</b>	<b>12.994</b>	<b>7.457</b>	<b>57,4</b>	<b>20.488</b>	<b>20.451</b>	<b>0</b>	<b>12.994</b>
Personalausgaben	7.472	7.614	-142	-1,9	7.614	7.614	0	6.834
konsumtive Ausgaben	30.883	31.408	-525	-1,7	32.348	30.883	-1.465	31.408
Zinsausgaben	27.771	27.771	0	0,0	27.771	27.771	0	27.771
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0
investive Ausgaben	103.183	78.380	24.803	31,7	109.484	103.184	-6.300	78.380
relevante Verrech./Erstatt.	154	19	135	709,9	154	154	0	19
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>169.464</b>	<b>145.192</b>	<b>24.272</b>	<b>16,7</b>	<b>177.372</b>	<b>169.606</b>	<b>-7.765</b>	<b>144.412</b>
<b>Saldo</b>	<b>-149.012</b>	<b>-132.198</b>	<b>-16.814</b>	<b>12,7</b>	<b>-156.884</b>	<b>-149.155</b>	<b>7.765</b>	<b>-131.418</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	25	0	0	0	0
- investiv	37.845	77.217	65.691	50.248	505.096
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	16.940	16.219	15.387	83.661

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
Tsd. EUR	
2.264	0

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	103	-103	6.504	6.505	-1	6.504	6.505	-1
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>103</b>	<b>-103</b>	<b>6.504</b>	<b>6.505</b>	<b>-1</b>	<b>6.504</b>	<b>6.505</b>	<b>-1</b>
Refinanzierte	-153	-62	-91	385	525	-140	385	525	-140
Nebentitel	0	-150	150	583	584	-1	583	584	-1
<b>Insgesamt</b>	<b>-153</b>	<b>-109</b>	<b>-44</b>	<b>7.472</b>	<b>7.614</b>	<b>-142</b>	<b>7.472</b>	<b>7.614</b>	<b>-142</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-89	89	121	121	0	121	121	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	111,1	96,1	15,0	110,8	97,4	13,4	110,8	97,4	13,4
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>111,1</b>	<b>96,1</b>	<b>15,0</b>	<b>110,8</b>	<b>97,4</b>	<b>13,4</b>	<b>110,8</b>	<b>97,4</b>	<b>13,4</b>
Refinanzierte	7,0	-	-	8,5	-	-	8,5	-	-
Abwesende	1,0	-	-	2,0	-	-	2,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	8,0	22,5	6,7
Beschäftigte über 55 Jahre	34,4	17,5	31,1
Frauenquote	20,8	50,0	22,2
Teilzeitquote	13,6	35,0	14,1
Schwerbehindertenquote	10,6	6,0	9,1

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

**Erfüllung des staatlichen Auftrags, einen reibungslosen Hafенbetrieb zu gewährleisten.**

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

Durch die bedarfsgerechte Unterhaltung und Modernisierung der Hafенinfrastruktur und die Sicherstellung der vorgegebenen Solltiefen in den Hafенbecken und Liegewannen wurde ein reibungsloser Hafенbetrieb sichergestellt.

Beim nicht vorhersehbaren Versagen einer Spundwand im Handelshafen in Bremerhaven und den damit zusammenhängenden Störungen auf der Land- sowie der Wasserseite wurden sämtliche Meldewege eingehalten und die erforderlichen Finanzmittel zur Schadenbehebung zügig bereitgestellt. Die endgültige Sanierung erfolgt in 2014.

**Neubau und Modernisierung von Anlagen mit dem Ziel, den weltweiten Güterverkehr zu sichern und schnellen Umschlag und weitergehende Distribution marktorientiert anzubieten.**

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

Ein Schwerpunkt lag im Bereich der Hafeneisenbahn in Bremerhaven (Imsumer Deich und Kaiserhafen). Zur Stärkung des Standortes Bremen-Stadt wurde mit der Optimierung des Industriefhafens begonnen.

**Den Strukturwandel so effizient zu gestalten, dass sich das Land als zentraler Standort einer grenzüberschreitenden international nachgefragten Seehafen- und Logistikregion behauptet und entwickelt.**

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

Durch die genannten Maßnahmen sowie den Erhalt der bestehenden Hafenanlagen wird auf aktuelle und zukünftige Bedarfe der Hafenkunden reagiert. Um die bremischen Häfen zukunftsorientiert als Seehafen- und Logistikstandort weiter zu entwickeln wird ein Hafенkonzept 2020/2025 erstellt.

### Integrierter Bewirtschaftungsplan Weser

**Sachstand/Analyse/Bewertung**

Der Plan wurde im Jahr 2012 vorgelegt und muss im Weiteren durch konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

### B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum 01-12/2013				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Hafenumschlag in Bremen	12.613	14.800	-2.187	-15%	14.800
Hafenumschlag in Bremerhaven	66.895	71.200	-4.305	-6%	71.200
Containerumschlag in Bremerhaven	5.829	6.200	-371	-6%	6.200
Einnahmen aus Raumgebühren	34.146	29.800	4.346	15%	29.800

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

<b>Produktplan: Häfen</b>	<b>81</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senator Günthner</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
Erläuterungen zum Bereich 'Jahresplanung 2013' (endgültiger Haushaltsabschluss)			
Konsumtive und investive Ausgaben:			
<p>Im Rahmen des Jahresabschlusses wurden auf der Grundlage der im Haushalts- und Finanzausschuss am 11.12.2013 beschlossenen Vorlage (Nr. 18/405-L) zur "Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen" erhebliche Solländerungen bei den investiven Ausgaben zu Gunsten des PPL 81 und zu Lasten der PPL 21, 22, 41, 71 und 93 vorgenommen. Die zur Verfügung gestellten Mittel i.H.v. insgesamt 24,0 Mio. Euro wurden im Produktplan bei den Zuführungen SV Hafen und SV Fischereihafen vollständig verausgabt. Die konsumtiven Minderausgaben bestehen insbesondere aus nicht verausgabten Mitteln für Deichschutzmaßnahmen in Bremerhaven (0,6 Mio. Euro). Diese sollen der Sonderrücklage 'Deichschutz Bremerhaven' zugeführt werden.</p> <p>Die Differenz zwischen dem voraussichtlichen Soll und dem voraussichtlichen Ist ergibt sich weiterhin aus der Begrenzung der Ausgaben auf den Finanzierungssaldo. Es handelt sich um Rücklagen, die im Haushaltsvollzug nicht über die Anschläge hinaus zur Verfügung stehen.</p>			
Personalausgaben:			
<p>Bei den Personalausgaben sind Mehrausgaben für den Kernbereich i. H. v. 0,7 Mio. Euro entstanden, weil der über die letzten Jahre aufgelaufene Überhang durch die aktuelle Fluktuation nicht abgebaut werden konnte. Der Ausgleich der Mehrausgaben erfolgte durch Minderausgaben bei den Investitionsmitteln.</p>			
Produktplanbezogener Finanzierungssaldo:			
<p>Der negative Finanzierungssaldo i. H. v. 131,4 Mio. Euro wurde zum Jahresende im Umfang von insgesamt 17,6 Mio. Euro überschritten. Dieser Betrag setzt sich aus den nachfolgenden Mehr- und Minderausgaben zusammen:</p> <p>In Höhe von 28,3 Mio. Euro wurden Ausgaben über den Finanzierungssaldo hinaus geleistet. Aus einer Rückführung des Sondervermögens Immobilien und Technik (Mittel des PPL 09) wurde ein Betrag von 4,3 Mio. Euro für das Sondervermögen Hafen, Teil Investitionen, verwendet. Im Rahmen der Liquiditätssteuerung für Investitionsmaßnahmen wurden dem PPL 81 Mittel aus diversen PPL i.H.v. 24,0 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, die bei den Zuführungen an die Sondervermögen Hafen und Fischereihafen verausgabt wurden.</p> <p>Die Minderausgaben, insgesamt 10,7 Mio. Euro, resultieren i.H.v. 1,1 Mio. Euro aus der Einsparung für die bei der Senatorin für Finanzen veranschlagten globalen investiven Minderausgabe. Für die Deckung von EU-Mindereinnahmen im PPL 71 werden Mittel i.H.v. 1,2 Mio. zur Verfügung gestellt.</p> <p>Im Umfang von 7,7 Mio. Euro wurden Zahlungen an andere Ressorts in Form von Verrechnungen geleistet (aus haushaltstechnischen Gründen erscheinen davon nur 0,1 Mio. Euro im Controllingbericht). In Höhe von 0,7 Mio. Euro ergaben sich Minderausgaben, insbesondere für den Deichschutz in Bremerhaven (0,6 Mio. Euro).</p>			

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 23.01.2014

PRODUKTPLAN 91 Finanzen/Personal	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Das Jahresergebnis 2013 weist für den PPL 91 eine rechnerische Haushaltsverbesserung i.H.v. rd. 4,2 Mio. € aus, die i.H.v. rd. 3,4 Mio. € als Ausgaberes nach 2014 übertragen und i.H.v. rd. 0,7 Mio. € der allgemeinen bzw. investiven Budgetrücklage zugeführt werden soll. Die rechnerische Haushaltsverbesserung (rd. 4,2 Mio. €), in der bei den Ausgaben haushaltsmäßig nicht finanzierte Reste und Rücklagen aus dem Vorjahr i.H.v. rd. 2,7 Mio. € enthalten sind, setzt sich aus Mehreinnahmen i.H.v. rd. 0,4 Mio. € und Minderausgaben i.H.v. rd. 3,8 Mio. € zusammen.</p> <p>Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wurde eingehalten.</p>		
<p><b><u>Personaldaten</u></b>  Der Produktplan hat das Jahr 2013 mit Minderausgaben (ohne Reste) in Höhe von rd. 1,25 Mio. € und einer Unterschreitung der Zielzahlen von rd. 5,1 VZE abgeschlossen. Aus heutiger Sicht sind keine Probleme im Vollzug des Haushaltes 2014 zu erwarten.</p>		
<p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Im Produktbereich 91.01 „Finanzsteuerung“ wurden die Leistungsziele insgesamt nur ansatzweise erreicht.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Kein Handlungsbedarf.		

## ANLAGE: Produktplan-Bericht

<b>Produktplan:</b> <b>Finanzen / Personal</b>	<b>91</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senatorin Linnert</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

**1. Ressourceneinsatz**

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR			%		Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	19.647	10.061	9.586	95,3	19.279	19.279	19.646	367	10.061
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	5	0	5	0,0	4	4	5	1	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>19.652</b>	<b>10.061</b>	<b>9.591</b>	<b>95,3</b>	<b>19.283</b>	<b>19.283</b>	<b>19.651</b>	<b>368</b>	<b>10.061</b>
Personalausgaben	74.628	77.503	-2.875	-3,7	77.502	77.501	74.629	-2.872	69.563
konsumtive Ausgaben	22.876	15.675	7.201	45,9	23.708	23.708	22.876	-832	15.676
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	604	480	124	25,8	695	695	603	-92	480
relevante Verrech./Erstatt.	133	6	127	2.123,3	133	134	134	0	6
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>98.241</b>	<b>93.664</b>	<b>4.577</b>	<b>4,9</b>	<b>102.038</b>	<b>102.038</b>	<b>98.242</b>	<b>-3.796</b>	<b>85.725</b>
<b>Saldo</b>	<b>-78.589</b>	<b>-83.603</b>	<b>5.014</b>	<b>-6,0</b>	<b>-82.755</b>	<b>-82.755</b>	<b>-78.591</b>	<b>4.164</b>	<b>-75.664</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	109	83	83	83	581
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvorr.
Tsd. EUR	
4.284	0

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	477	-477	54.948	55.201	-253	54.948	55.201	-253
Personalverstärkung	0	79	-79	140	140	0	140	140	0
Ausbildung	0	-533	533	10.749	10.749	0	10.749	10.749	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>23</b>	<b>-23</b>	<b>65.837</b>	<b>66.090</b>	<b>-253</b>	<b>65.837</b>	<b>66.090</b>	<b>-253</b>
Refinanzierte	0	-842	842	5.868	8.241	-2.373	5.868	8.241	-2.373
Nebentitel	0	-450	450	2.923	3.172	-249	2.923	3.172	-249
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>-1.269</b>	<b>1.269</b>	<b>74.628</b>	<b>77.503</b>	<b>-2.875</b>	<b>74.628</b>	<b>77.503</b>	<b>-2.875</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	-424	424	2.326	2.326	0	2.326	2.326	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	1.150,6	1.155,7	-5,1	1.164,2	1.166,2	-2,0	1.164,2	1.166,2	-2,0
Personalverstärkung	3,5	1,0	2,5	1,4	1,0	0,4	1,4	1,0	0,4
Ausbildung	755,2	895,0	-139,8	691,2	720,2	-29,0	691,2	720,2	-29,0
<b>Zusammen</b>	<b>1.909,3</b>	<b>2.051,7</b>	<b>-142,4</b>	<b>1.856,8</b>	<b>1.887,4</b>	<b>-30,6</b>	<b>1.856,8</b>	<b>1.887,4</b>	<b>-30,6</b>
Refinanzierte	108,1	-	-	109,6	-	-	109,6	-	-
Abwesende	58,9	-	-	65,1	-	-	65,1	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	11,4	22,5	9,0
Beschäftigte über 55 Jahre	32,1	17,5	31,3
Frauenquote	55,0	50,0	54,3
Teilzeitquote	30,5	35,0	30,9
Schwerbehindertenquote	12,2	6,0	12,5

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Vorausschauende Planung über den gesamten Konsolidierungszeitraum bis 2020

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einhaltung des Konsolidierungspfades bis 2020 erfordert jährliche Abbauschritte des Strukturellen Finanzierungssaldos in Höhe von 125 Mio. € (bezogen auf den Stadtstaat Bremen).

Nach den bisherigen Ist-Ergebnissen, dem aktuellen Haushaltsanschlag sowie den Finanzplan-Ansätzen werden die zulässigen Obergrenzen der haushaltsmäßigen Nettokreditaufnahme bis 2017 eingehalten; allerdings verringern sich die rechnerischen (Sicherheits-) Abstände zum zulässigen strukturellen Defizit im Planungszeitraum bis 2017 deutlich. Trotz relativ optimistischer Annahmen zur Steuerentwicklung und weiterhin entlastender Zinseffekte stehen am Ende der aktuellen Finanzplanperiode (2017) praktisch keinerlei Spielräume zur Kompensation rahmenverschlechternder Einflüsse zur Verfügung. Trotz anhaltend restriktiver Ausgabenplanung und optimistischer Einnahmeerwartungen werden spätestens mit der Aufstellung der Haushalte 2016 / 2017 zusätzliche Sanierungsanstrengungen (des Stadtstaates) dringend erforderlich.

#### Sicherstellung der Personalhaushalte

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die Einhaltung der Personalhaushalte wird über das Produktbereichscontrolling sichergestellt. Dabei werden die Resorts auf Risiken hingewiesen und ggf. Maßnahmen eingeleitet.

### B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST (Tsd. EUR)	Planwert (Tsd. EUR)	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert (Tsd. EUR)
			abs. (Tsd. EUR)	%	
Finanzierungssaldo** [Tsd. €]	-655.710	-711.587	55.877	-7,9	-711.587
Zinsausgabenanschlüge [Tsd. €]	610.681	644.400	-33.719	-5,2	644.400
Durchschnittliche Verzinsung					
Schuldenstand* **** [%]	3,4	3,6	-0,2		
Steuererklärungs-Eingang ESt-Vorjahr * [%]	76,2	77,0	-0,80		77,00
Veranlagungsstand ESt-Vorjahr * *** [%]	60,1	68,0	-7,90		68,00

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten \*\*bereinigt um die Konsolidierungshilfen \*\*\* Erläuterung siehe Planblatt Seite 2 \*\*\*\*Auswertung nach Jahresabschluss

<b>Produktplan: Finanzen / Personal</b>	<b>91</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Senatorin Linnert</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>

### 3. Analyse/Bewertung

#### 3.1 Kamerale Finanzdaten

Die Steigerung der konsumtiven Einnahmen (rd. 9,6 Mio. Euro) gegenüber dem Haushaltsanschlag ist überwiegend auf zweckgebundene Einnahmen zurückzuführen, die als Einnahmeverfügungsmittel der Deckung entsprechender Ausgaben dienen.

Der zusätzliche Mittelbedarf bei den konsumtiven Sachausgaben konnte durch Einnahmeverfügungsmittel und Mittelumschichtungen innerhalb des PPL 91 gedeckt werden.

Die verbliebenen Reste bei den konsumtiven und investiven Mitteln sollen zur finanziellen Absicherung begonnener Maßnahmen verwendet werden.

#### 3.2 Personaldaten

Nach dem Controlling-Bericht wird die Personalzielzahl für den Kernbereich (ohne Ausbildung) um 2,0 Vollzeitkräfte (VK) unterschritten.

#### 3.3 Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2013

Der veranschlagte Finanzierungssaldo für den PPL 91 hat sich nach diversen produktplanübergreifenden Mittelverlagerungen von -75,7 Mio. Euro auf -79,8 Mio Euro erhöht und wurde eingehalten bzw. unterschritten.

#### 3.4 Kennzahlen

Der Finanzierungssaldo konnte 2013 auf 656 Mio. Euro begrenzt werden. Dies ist eine Verbesserung um 56 Mio. Euro gegenüber dem geplanten Wert. Die sehr positive Entwicklung der Einnahmen (+ 180 Mio. Euro ggü. Anschlag) hat dabei die überplanmäßig hohen Primärausgaben (+ 158 Mio. Euro) mehr als ausgeglichen. Zudem konnte das veranschlagte Zinsausgabenniveau um 34 Mio. Euro unterschritten werden. Die Kennzahl "Durchschnitt. Verzins. Schuldenbestand" wird jährlich rückschauend erhoben. Festzustellen ist, dass sich der durchschnittliche Zins im Vergleich zum Vorjahr (2012 = 3,46 %) auf 3,40 % verringert hat. Geplant wurde mit einer durchschnittlichen Verzinsung von 3,6 %.

Das strategische Ziel einer zeitnahen Erhebung der Steuer wurde hinsichtlich der Einkommensteuer nicht erreicht. Bei der Körperschaftsteuer wurden neben der zeitnahen Erhebung auch andere Ziele (u.a. Sicherung und Verbesserung der Einnahmen) nur teilweise umgesetzt. Auch die Ziele bei der Betriebsprüfung wurden nur teilweise erreicht.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 23.01.2014

PRODUKTPLAN 92 Allgemeine Finanzen	Kurzeinschätzung zur Zielerreichung	
	Nicht erreicht	erreicht
Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Personal:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Leistungen:	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

#### Kommentar:

##### Finanzdaten

Das Jahresergebnis 2013 weist für den PPL 92 eine rechnerische Haushaltsverbesserung i.H.v. rd. 29,9 Mio. € aus, die i.H.v. rd. 11,0 Mio. € als Ausgabereist nach 2014 übertragen und i.H.v. 0,9 Mio. € der investiven Budgetrücklage zugeführt werden soll.

Die rechnerische Haushaltsverbesserung (rd. 29,9 Mio. €), in der bei den Ausgaben haushaltsmäßig nicht finanzierte Reste und Rücklagen aus dem Vorjahr i.H.v. rd. 11,6 Mio. € enthalten sind, setzt sich aus Mehreinnahmen i.H.v. rd. 9,3 Mio. € und Minderausgaben i.H.v. rd. 20,6 Mio. € zusammen.

Die konsumtiven Minderausgaben (rd. 9,5 Mio. €) sind hauptsächlich beim Verlustausgleich der BVG mbH entstanden, da durch die Übernahme eines Darlehens von der BVG mbH ein geringerer Verlustausgleich für die BVG mbH erforderlich war. Die dadurch entstandenen Minderausgaben dienen -soweit erforderlich- vorrangig zur Deckung des durch die Schuldübernahme für den PPL 93 „Zentrale Finanzen“ entstandenen Zinsaufwandes.

Der für den PPL 92 veranschlagte Finanzierungssaldo (-414.790,5 Tsd. €) wird um 61.166,5 Tsd. € überschritten. Unter Berücksichtigung diverser produktplanübergreifender Mittelverlagerungen (insbesondere die vom PPL 68 „Umwelt, Bau und Verkehr“ in Höhe des Verlustes der BSAG für den Verlustausgleich der BVG mbH zur Verfügung gestellte Liquidität sowie die für Eigenkapitalerhöhungen bei der GeNo zu Lasten der Zinsausgaben beschlossenen Nachbewilligungen) hat der PPL 92 den für ihn zulässigen Finanzierungssaldo jedoch eingehalten bzw. deutlich unterschritten.

##### Personaldaten

Der Produktplan hat das Jahr 2013 mit Minderausgaben (ohne Reste) in Höhe von rd. 2,7 Mio. € und einer minimalen Unterschreitung der Zielzahlen in der Produktgruppe 92.03.01 abgeschlossen. Als Gründe für die deutlichen Minderausgaben werden vom Ressort geringere Ausgaben bei den Beihilfe- und Nachversicherungsausgaben sowie den Mitteln für die Ausbildung genannt. Des Weiteren sind geplante Einzelrisiken in einem nennenswerten Umfang nicht eingetreten.

##### Leistungsdaten

Die Leistungskennzahlen wurden erreicht.

#### Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:

Kein Handlungsbedarf.

<b>Produktplan:</b> <b>Allgemeine Finanzen</b>	<b>92</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>		
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Lühr</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>	
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>		
				

**1. Ressourceneinsatz**

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013					Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	143.072	120.090	22.982	19,1	138.968	138.969	143.073	4.104	120.090
investive Einnahmen	9.461	0	9.461	0,0	4.300	4.300	9.461	5.161	0
relevante Verrech./Erstatt.	58.510	55.838	2.672	4,8	58.510	58.510	58.510	0	240
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>211.043</b>	<b>175.928</b>	<b>35.115</b>	<b>20,0</b>	<b>201.778</b>	<b>201.779</b>	<b>211.044</b>	<b>9.265</b>	<b>120.330</b>
Personalausgaben	412.172	422.213	-10.041	-2,4	422.213	422.213	412.172	-10.041	430.768
konsumtive Ausgaben	121.308	122.118	-810	-0,7	130.829	130.829	121.307	-9.522	78.252
Zinsausgaben	38	38	0	0,0	38	38	38	0	38
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	94.529	37.554	56.975	151,7	95.562	95.562	94.529	-1.033	25.822
relevante Verrech./Erstatt.	3.068	3.068	0	0,0	3.068	3.068	3.068	0	3.068
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>631.114</b>	<b>584.991</b>	<b>46.123</b>	<b>7,9</b>	<b>651.710</b>	<b>651.710</b>	<b>631.114</b>	<b>-20.596</b>	<b>537.948</b>
<b>Saldo</b>	<b>-420.072</b>	<b>-409.063</b>	<b>-11.009</b>	<b>2,7</b>	<b>-449.931</b>	<b>-449.931</b>	<b>-420.070</b>	<b>29.861</b>	<b>-417.618</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	0	0	0	0	0	0	0
- investiv	13.874	28.083	13.241	13.161	4.505		
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	38	38	38	520		

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	-533	533	6.822	6.822	0	6.822	6.822	0
Personalverstärkung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>-533</b>	<b>533</b>	<b>6.822</b>	<b>6.822</b>	<b>0</b>	<b>6.822</b>	<b>6.822</b>	<b>0</b>
Refinanzierte	0	13	-13	9	22	-13	9	22	-13
Nebentitel	0	5.571	-5.571	405.341	415.369	-10.028	405.341	415.369	-10.028
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>5.051</b>	<b>-5.051</b>	<b>412.172</b>	<b>422.213</b>	<b>-10.041</b>	<b>412.172</b>	<b>422.213</b>	<b>-10.041</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	151	-151	250	2.785	-2.535	250	2.785	-2.535
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	170,4	171,4	-1,0	166,4	172,8	-6,4	166,4	172,8	-6,4
Personalverstärkung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>170,4</b>	<b>171,4</b>	<b>-1,0</b>	<b>166,4</b>	<b>172,8</b>	<b>-6,4</b>	<b>166,4</b>	<b>172,8</b>	<b>-6,4</b>
Refinanzierte	0,2	-	-	0,3	-	-	0,3	-	-
Abwesende	16,6	-	-	16,7	-	-	16,7	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Absicherung der Versorgungslasten durch Aufbau einer Rücklage für Versorgungsvorsorge (Anstalt für Versorgungsvorsorge)

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Der Kapitalstock der Anstalt für Versorgungsvorsorge beträgt zum 31.12.2013 inkl. liquider Mittel rd. 392,5 Mio. €. Aus dem Haushalt 2013 sind zum 31.12.2013 rd. 38,2 Mio. € an die Anstalt für Versorgungsvorsorge abgeführt worden, davon rd. 34,5 Mio. € aus dem Produktplan 92. Die Zuführungen setzen sich zusammen aus Verbeamtungseffekten, der Versorgungsumlage von ausgegliederten Einrichtungen und den Versorgungszuschlägen für refinanziertes Personal.

#### Finanzielle Absicherung von Tarif- und Struktureffekten sowie künftiger Ausbildungsjahrgänge

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Die beschlossenen Tarif- und Besoldungserhöhungen für aktives Personal sowie für Versorgungsempfänger sind im III. Quartal 2013 dezentralisiert worden. Im I. Quartal wurden die Mittel für die beschlossenen Ausbildungsplanungen 2012 und 2013 für bedarfsbezogene Ausbildungsberufe aus den zentral veranschlagten Personalmitteln in die Ressortbudgets verlagert.

### B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	Berichtszeitraum				2013
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*		Planwert
			abs.	%	
Einnahmen aus Konzessionsabgaben (T€)	39.135	37.790	1.345	3,6	37.790
Vom SVIT, Eigenkapitalverzinsung (T€)	31.292	31.694	-402	-1,3	31.694
Gewinne aus Beteiligungen (T€)	19.927	12.488	7.439	59,6	12.488
Versorgungsbezüge (OGrp. 43) -T€	368.320	365.380	2.940	0,8	365.380
Beihilfen Versorgungsempfänger (Grp. 446) -T€	34.405	33.796	609	1,8	33.796
Globale Mehrausgaben für (konsumtive) Personalkostenzuschüsse (Tarifeffekte) -T€	0	7.951	-7.951	-100,0	7.951
An SVIT für Sanierungsinvestitionen	24.763	25.200	-437	-1,7	25.200

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

<b>Produktplan:</b> <b>Allgemeine Finanzen</b>	<b>92</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Lühr</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>

**3. Analyse/Bewertung**

A) Einhaltung des Budgets 2013

Das Jahresergebnis 2013 weist für den PPL 92 "Allgemeine Finanzen" eine rechnerische Haushaltsverbesserung i.H.v. 29.860 Tsd. Euro aus.  
Diese rechnerische Haushaltsverbesserung, in der bei den Ausgaben Haushaltsreste und Rücklagen aus dem Vorjahr in Höhe von 11.613 Tsd. Euro enthalten sind, setzt sich wie folgt zusammen:

Konsumtive Mehreinnahmen: 4.104 Tsd. Euro (insbes. wg. Zahlung Sonderabschlag durch die BreLa)  
Investive Mehreinnahmen: 5.161 Tsd. Euro (insbes. wg. anteiliger Veräußerungserlöse  
Bahnhofsvorplatz)  
Personalminderausgaben: 10.040 Tsd. Euro (davon 7.358 Tsd. Euro Hsh.-Reste a.d. Vorjahr)  
Konsumtive Minderausgaben: 9.521 Tsd. Euro (insbes. wg. Minderausgaben beim Verlustausgleich der BVG mbH/davon 3.255 Tsd. Euro Hsh.-Reste a.d. Vorjahr)  
Investive Minderausgaben: 1.034 Tsd. Euro (davon 1.000 Tsd. Euro Rücklagen a.d. Vorjahr)  
zusammen: 29.860 Tsd. Euro

Hinweis zu Seite 1a:  
Für Tarifeffekte bei den Personalkostenzuschüssen sind zentral im Produktbereich 92.01 des PPL 92 für Land und Stadt globale Mehrausgaben i.H.v. insgesamt 7.951 Tsd. Euro veranschlagt.  
Die haushaltstechnische Umsetzung dieser Mittel durch Nachbewilligung auf die betroffenen Produktpläne einhergehend mit einer entsprechenden Liquiditätsverlagerung wurde vollzogen. Im PPL 92 selbst sind aus diesen Mitteln keine Ist-Ausgaben angefallen.

B) Einhaltung des produktplanbezogenen Finanzierungssaldos 2013

Für den Produktplan 92 ist ein Finanzierungssaldo i.H.v. -414.790,5 Tsd. Euro veranschlagt, der sich unter Berücksichtigung des anteilig nachgewiesenen Kürzungsbetrages (rd. 443 Tsd. Euro) für die Realisierung der im Produktplan 93 "Zentrale Finanzen" global veranschlagten investiven Minderausgaben rechnerisch auf -414.347,1 Tsd. Euro reduziert hat.  
Gemäß Ist des 13. Monats 2013 beträgt der Finanzierungssaldo -475.513,6 Tsd. Euro, so dass der bereinigte veranschlagte Finanzierungssaldo (-414.347,1 Tsd. Euro) um 61.166,5 Tsd. Euro überschritten wurde. Unter Berücksichtigung insbesondere

a) der mit der Dezentralisierung global/zentral veranschlagter Personalausgaben und Personalkostenzuschüsse einhergehenden Verlagerung entsprechender Liquidität zu Gunsten anderer Produktpläne  
b) der Nachbewilligung von Minderausgaben bei den dezentral veranschlagten Beihilfen, Nachversicherungen und Ausbildungsmitteln zu Gunsten des PPL 92  
c) der vom Produktplan 68 "Umwelt, Bau und Verkehr" in Höhe des Verlustes der BSAG für den Verlustausgleich der BVG mbH zur Verfügung gestellten Liquidität  
d) der für Eigenkapitalerhöhungen bei der GeNo zu Lasten der Zinsausgaben beschlossenen Nachbewilligungen

hat der PPL 92 den für ihn zulässigen Finanzierungssaldo jedoch eingehalten bzw. deutlich unterschritten.

C) Ist-Planwert-Abweichungen  
Nennenswerte Ist-Planwert-Abweichungen werden jeweils in der Analyse/Bewertung zu den Produktbereichen erläutert.

D) Leistungskennzahlen  
Die Leistungskennzahlen wurden erreicht.

Weitere Einzelheiten zu den kameralen Finanzdaten sowie zu den Leistungsdaten ergeben sich aus der Analyse/Bewertung zu den Produktbereichen 92.01, 92.02 und 92.03.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 20, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 93</b> <b>Zentrale Finanzen</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>	
		Nicht erreicht <input type="checkbox"/>
<b>Finanzen</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<b>Personal:</b>	<b>n.e.</b>	
<b>Leistungen:</b>	<b>n.e.</b>	
<b>Kommentar:</b>		
<p><b><u>Finanzdaten</u></b></p> <p>Das Budget wird in Höhe von 4,5 Mio. Euro nicht eingehalten.</p> <p>Es sind Mindereinnahmen von insgesamt 8,7 Mio. Euro entstanden, die zum Teil durch konsumtive Minderausgaben: (1,0 Mio. Euro) investive Minderausgaben (1,4 Mio. Euro) Zinsminderausgaben (1,7 Mio. Euro) des Produktplans ausgeglichen werden.</p> <p>In Höhe von 4,5 Mio. Euro wird ein Ausgleich zulasten des Produktplans 92 durch Verzicht auf Rücklagenbildung aus konsumtiven Mehreinnahmen, Resteübertrag und investiven Rücklagenzuführung erfolgen.</p> <p>Die sich im Saldo der Einnahmen ergebenden Mindereinnahmen sind fast ausschließlich auf nicht erzielte Spielbankabgaben und den weiteren Leistungen der Spielbank zurückzuführen. Die Absenkung der Spielbankabgabe führte dazu, dass die bei Aufstellung der Haushalte 2012/2013 erwarteten Einnahmen nicht erzielt werden konnten.</p> <p>Die zukünftige Einnahmeerwartung wurde im Rahmen der Aufstellung 2014/2015 einbezogen.</p> <p>In der Abrechnung des Produktgruppenhaushalts sind Zahlungen im Rahmen der endgültigen Abrechnung des Kommunalen Finanzausgleichs an Bremerhaven berücksichtigt, die aufgrund der Abrechnungsmodalitäten noch im 14. Monat 2013 zu erfolgen haben.</p>		
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>		
Kein Handlungsbedarf.		

## ANLAGE: Produktplan-Bericht

<b>Produktplan:</b> <b>Zentrale Finanzen</b>	<b>93</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Lühr</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

### 1. Ressourceneinsatz

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013					Jahresplanung 2013			
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll		vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag
	Tsd. EUR		%			Tsd. EUR			
konsumtive Einnahmen	102.505	81.726	20.779	25,4	111.236	111.236	102.504	-8.732	81.726
investive Einnahmen	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>102.505</b>	<b>81.726</b>	<b>20.779</b>	<b>25,4</b>	<b>111.236</b>	<b>111.236</b>	<b>102.504</b>	<b>-8.732</b>	<b>81.726</b>
Personalausgaben	580	463	117	25,3	463	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	156.236	164.864	-8.628	-5,2	157.282	157.902	156.856	-1.046	164.863
Zinsausgaben	577.232	609.645	-32.413	-5,3	578.973	578.973	577.232	-1.741	609.645
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	15.252	10.908	4.344	39,8	16.652	16.652	15.252	-1.400	10.908
relevante Verrech./Erstatt.	2.455	1.770	685	38,7	2.455	2.455	2.455	0	1.770
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>751.755</b>	<b>787.650</b>	<b>-35.895</b>	<b>-4,6</b>	<b>755.824</b>	<b>755.982</b>	<b>751.795</b>	<b>-4.187</b>	<b>787.186</b>
<b>Saldo</b>	<b>-649.250</b>	<b>-705.924</b>	<b>56.674</b>	<b>-8,0</b>	<b>-644.588</b>	<b>-644.746</b>	<b>-649.291</b>	<b>-4.545</b>	<b>-705.460</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr					Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
	2013	2014	2015	2016	2017ff		
	Tsd. EUR					Tsd. EUR	
- konsumtiv	8.894	86	0	0	0	0	0
- investiv	41.080	1.100	0	0	0	0	0
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0	0	0

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Personalverstärkung	58	-49	107	577	460	117	577	460	117
Ausbildung	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Zwischensumme</b>	<b>58</b>	<b>-49</b>	<b>107</b>	<b>577</b>	<b>460</b>	<b>117</b>	<b>577</b>	<b>460</b>	<b>117</b>
Refinanzierte	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Nebentitel	0	0	0	3	3	0	3	3	0
<b>Insgesamt</b>	<b>58</b>	<b>-49</b>	<b>107</b>	<b>580</b>	<b>463</b>	<b>117</b>	<b>580</b>	<b>463</b>	<b>117</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalverstärkung	8,8	0,0	8,8	9,8	0,0	9,8	9,8	0,0	9,8
Ausbildung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Zusammen</b>	<b>8,8</b>	<b>0,0</b>	<b>8,8</b>	<b>9,8</b>	<b>0,0</b>	<b>9,8</b>	<b>9,8</b>	<b>0,0</b>	<b>9,8</b>
Refinanzierte	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-
Abwesende	0,0	-	-	0,0	-	-	0,0	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	0,0	4,8	0,0
Beschäftigte bis 35 Jahre	40,0	22,5	7,7
Beschäftigte über 55 Jahre	20,0	17,5	23,1
Frauenquote	46,7	50,0	46,2
Teilzeitquote	26,7	35,0	53,9
Schwerbehindertenquote	8,3	6,0	0,0



<b>Produktplan: Zentrale Finanzen</b>	<b>93</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Lühr</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>

### 3. Analyse/Bewertung

Das Budget des Produktplans 93 wird in Höhe von 4,5 Mio. Euro nicht eingehalten.

Mit Abschluss der Haushalte 2013 ist eine Haushaltsverschlechterung von insgesamt 4,5 Mio. Euro festgestellt worden. Im Produktplan 93 sind Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt 8,7 Mio. Euro entstanden, die zum Teil durch Minderausgaben des Produktplans ausgeglichen werden können. In Höhe von 4,5 Mio. Euro wird ein Ausgleich zulasten des Produktplans 92 durch Verzicht auf Rücklagenbildung aus konsumtiven Mehreinnahmen, Restübertrag und investive Rücklagenzuführung erfolgen.

Im Einzelnen setzt sich das rechnerisch ermittelte Gesamtergebnis des Produktplans wie folgt zusammen:

- a) Mindereinnahmen: -8,7 Mio. Euro
- b) konsumtive Minderausgaben: 1,0 Mio. Euro
- c) investive Minderausgaben: 1,4 Mio. Euro
- d) Zinsminderausgaben: 1,7 Mio. Euro.

zu a) Die sich im Saldo der Einnahmen ergebenden Mindereinnahmen sind fast ausschließlich auf nicht erzielte Spielbankabgaben und den weiteren Leistungen der Spielbank zurückzuführen. Die Absenkung der Spielbankabgabe führte dazu, dass die bei Aufstellung der Haushalte 2012/2013 erwarteten Einnahmen nicht erzielt werden konnten. Der Ausgleich dieser Mindereinnahmen wird durch Minderausgaben im Produktplan (rd. 4,2 Mio. Euro) und im Senatorenbudget der SF (rd. 4,5 Mio. Euro) herbeigeführt.

zu b) Die nach Abschluss des 13. Monat 2013 verbleibenden Minderausgaben werden vollständig zur teilweisen Deckung der entstandenen Mindereinnahmen herangezogen. In der Jahresplanung ist die Auflösung des Risikofonds berücksichtigt. Ebenso sind Zahlungen im Rahmen der endgültigen Abrechnung des Kommunalen Finanzausgleichs an Bremerhaven einbezogen, die aufgrund der Abrechnungsmodalitäten noch im 14. Monat 2013 zu zahlen sind.

zu c) Die nach Abschluss des 13. Monat 2013 verbleibenden investiven Minderausgaben, werden vollständig zur Deckung der entstandenen Mindereinnahmen herangezogen.

zu d) Nach Abrechnung des 13. Monats 2013 wurden Zinsminderausgaben ermittelt, die zum teilweisen Ausgleich der Minderausgaben herangezogen werden.

Controlling Produktgruppenhaushalt	<b>01 – 13 / 2013</b>
Kommentar der Senatorin für Finanzen	Ref. 21, 23.01.2014

<b>PRODUKTPLAN 96</b> <b>IT-Budget der Freien Hansestadt Bremen</b>	<b>Kurzeinschätzung zur Zielerreichung</b>									
		<table border="1"> <thead> <tr> <th>Nicht erreicht</th> <th>erreicht</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> <tr> <td><b>n.e.</b></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td><input checked="" type="checkbox"/></td> </tr> </tbody> </table>	Nicht erreicht	erreicht	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<b>n.e.</b>		<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
	Nicht erreicht	erreicht								
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>									
<b>n.e.</b>										
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>									
<b>Finanzen</b>										
<b>Personal:</b>										
<b>Leistungen:</b>										
<b>Kommentar:</b>										
<p><b><u>Finanzdaten</u></b>  Das Jahresergebnis 2013 weist eine rechnerische Haushaltsverbesserung i. H. v. rd. 12,1 Mio. € aus, die i. H. v. rd. 6,3 Mio. € als Ausgaberesult nach 2014 übertragen und i. H. v. rd. 5,8 Mio. € der allgemeinen bzw. investiven Budgetrücklage zugeführt werden soll. Die rechnerische Haushaltsverbesserung (rd. 12,1 Mio. €), in der bei den Ausgaben haushaltsmäßig nicht finanzierte Reste und Rücklagen aus dem Vorjahr i. H. v. rd. 9,8 Mio. € enthalten sind, setzt sich aus Mehreinnahmen i. H. v. rd. 0,03 Mio. € und Minderausgaben i. H. v. rd. 12,0 Mio. € zusammen.</p> <p>Der zulässige produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird nach dem Ist-Ergebnis des 13. Monats 2013 um rd. 2,7 Mio. € unterschritten.</p>										
<p><b><u>Leistungsdaten</u></b>  Die Leistungsziele wurden größtenteils erreicht.</p>										
<b>Maßnahmen-/Steuerungsvorschlag:</b>										
Kein Handlungsbedarf.										

**ANLAGE: Produktplan-Bericht**

<b>Produktplan:</b> <b>IT-Budget der FHB</b>	<b>96</b>	<b>Controlling 13/13</b> <b>14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Lühr</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 1</b>
<b>Einhaltung Finanzdaten:</b>	<b>Einhaltung Personaldaten:</b>	<b>Einhaltung Leistungsziele in den zugehörigen Produktbereichen:</b>	
			

**1. Ressourceneinsatz**

Kamerale Finanzdaten	13. Monat 2013				Jahresplanung 2013				
	Ist	Planwert	Ist-Planwert-Abweichung	HH-Soll	vor. HH-Soll	vorauss. Ist	Abweichung	Anschlag	
	Tsd. EUR		%		Tsd. EUR				
konsumtive Einnahmen	771	0	771	0,0	739	739	771	32	0
investive Einnahmen	27	0	27	0,0	27	27	27	0	0
relevante Verrech./Erstatt.	196	67	129	191,9	196	196	196	0	67
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>993</b>	<b>67</b>	<b>926</b>	<b>1.382,0</b>	<b>961</b>	<b>962</b>	<b>994</b>	<b>32</b>	<b>67</b>
Personalausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
konsumtive Ausgaben	28.592	29.953	-1.361	-4,6	34.865	34.865	28.592	-6.273	29.953
Zinsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
investive Ausgaben	5.238	4.567	671	14,7	11.008	11.008	5.238	-5.770	4.567
relevante Verrech./Erstatt.	0	0	0	0,0	0	0	0	0	0
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>33.829</b>	<b>34.520</b>	<b>-691</b>	<b>-2,0</b>	<b>45.874</b>	<b>45.873</b>	<b>33.830</b>	<b>-12.043</b>	<b>34.520</b>
<b>Saldo</b>	<b>-32.836</b>	<b>-34.453</b>	<b>1.617</b>	<b>-4,7</b>	<b>-44.913</b>	<b>-44.911</b>	<b>-32.836</b>	<b>12.075</b>	<b>-34.453</b>

Verpflichtungsermächtigungen	Abdeckung im Jahr				
	2013	2014	2015	2016	2017ff
	Tsd. EUR				
- konsumtiv	0	0	0	0	0
- investiv	0	4.447	3.852	4.107	2.417
- Zins-/Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0

Budgetrücklagenbestand	Stand des Verlustvotr.
Tsd. EUR	
0	0

Personaldaten	13. Monat 2013			kumuliert Januar - 13. Monat 2013			voraussichtl. Jahresergebnis		
	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz	Ist	Soll	Differenz
	Tsd. EUR								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Zwischensumme</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Refinanzierte Nebentitel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
- dar.: Beihilfe/Nachvers	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	Volumen (Teilzeit umgerechnet in Vollzeit)								
Kernbereich	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Personalverstärkung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>Zusammen</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
Refinanzierte Abwesende	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Personalstruktur	Dez 2013	2013	2012
	Ist	Planwert	Ist
Bezugsgröße: Kopffzahl der Beschäftigten	%		
Verwaltungspersonalquote	-	-	-
Beschäftigte bis 35 Jahre	-	-	-
Beschäftigte über 55 Jahre	-	-	-
Frauenquote	-	-	-
Teilzeitquote	-	-	-
Schwerbehindertenquote	-	-	-

## 2. Strategische Leistungsziele/-kennzahlen

### A. (nicht durch Kennzahlen abgebildete) strategische Leistungsziele

#### Kundenzufriedenheit

##### Sachstand/Analyse/Bewertung

Das zentrale IT-Management der Freien Hansestadt Bremen und die IT-Verantwortlichen in den Ressorts wollen eine hohe Qualität der vorhandenen Computer, Programme und Dienstleistungen sicherstellen und da, wo es nötig und möglich ist, verbessern.

Um dem gerecht zu werden, wird seit Ende 2010 jährlich wiederkehrend eine Umfrage durchgeführt, deren Ergebnisse jährlich ausgewertet und einem Ressort- und Vorjahresvergleich unterzogen werden. Aus diesen Ergebnissen resultieren verschiedene Maßnahmen, die in jährlichen Berichten kurz vorgestellt werden.

Die Ergebnisse der Umfragen sowie die Maßnahmenberichte können im MIP abgerufen werden.

Das zentrale IT-Management wird die Umfrage im Februar 2014, wie angekündigt, wiederholen und hofft auf rege Teilnahme der Mitarbeiter.

Hierbei sollen durch die wiederholte Durchführung aktuelle Werte ermittelt werden, die einen Vergleich mit den Ergebnissen der vorherigen Umfrage ermöglichen.

### B. Leistungskennzahlen

Kennzahlen	1 - 13/2013			
	IST	Planwert	IST-Planwert-Abweichung*	
			abs.	%
IT-Kosten pro PC-Arbeitsplatz (in Euro)	1.165	1.362	-197	-14,5
Anteil zentral gemanagter PC-Arbeitsplätze (in %)	40	70	-30	-42,9
Betreute PC-Arbeitsplätze pro IT-Mitarbeiter (Anzahl)	220	80	140	175,0
Anteil des IT-Budgets für Bremer Unternehmen (in %)	83	85	-2	-2,4
Anteil des IT-Budgets für Projekte im Verhältnis zu den Ausgaben für den laufenden Betrieb (in %)	16	13	3	23,1

\* bei Einheit "%" in Prozentpunkten

Analyse/Bewertung der Leistungskennzahlen auf Seite 2

<b>Produktplan: IT-Budget der FHB</b>	<b>96</b>	<b>Controlling 13/13 14.02.2014</b>	
<b>Verantwortlich:</b>	<b>Lühr</b>	<b>Version: 92</b>	<b>Seite 2</b>
<b>3. Analyse/Bewertung</b>			
<p><b>A. Einnahmen</b>  2013 wurden konsumtive Einnahmen, u. a. im Zusammenhang mit SAP-Lizenzen, Dataportgutschriften, in Höhe von 771 Tsd. Euro gebucht, die im Wesentlichen zur Refinanzierung von IT-Maßnahmen herangezogen worden sind.  Die Gesamteinnahmen überschreiten im Ist um rd. 926 Tsd. Euro den Einnahmeanschlag.</p>			
<p><b>B. Ausgaben</b>  Die Gesamtausgaben im Produktplan 96 IT-Budget der FHB liegen für das Jahr 2013 in Höhe von 33,829 Mio. Euro im Ist mit 691 Tsd. Euro unter dem Anschlag. Ursächlich für die Unterschreitung sind Verzögerungen bei Großprojekten.</p>			
<p><b>C. Budgeteinhaltung 2013</b>  Der Produktplan 96 hat sein Budget 2013 eingehalten. Nach aktuellem Stand wird das Budget um 12,076 Mio. Euro unterschritten. Die Begründung hierfür ist, dass neben den aus 2012 übertragenen Resten und Rücklagen neue Reste und Rücklagen in 2013 entstanden sind.</p>			
<p><b>D. Finanzierungssaldo</b>  Der produktplanbezogene Finanzierungssaldo wird unter Berücksichtigung von produktplanübergreifenden Verlagerungen zum Jahresende um rd. 2,3 Mio. Euro unterschritten.</p>			
<p><b>E. Leistungsdaten</b>  Im Hinblick auf die strategischen Leistungsziele 2013 können folgende Aussagen gemacht werden:</p>			
<p><b>Ziel: Bereitstellung kostengünstige IT</b>  Die IT-Kosten pro Arbeitsplatz ("IT-Querschnittspauschale") sind im Wesentlichen unverändert - vor allem geringere Hardware-Preise haben sich hier sogar positiv ausgewirkt. Anmerkung: Hier sind noch nicht die IT-Support-Preise für BASIS.bremen berücksichtigt (wird ab 2014 der Fall sein).</p>			
<p>Der Anteil der zentral - durch Dataport - gemanagten PC-Arbeitsplätze an den PC-Arbeitsplätzen betrug 40% (Steuer- und Justizverwaltung; Senatorischer Bereich Soziales und SUBV; SK, u. a.). Die Planwertunterschreitung ist durch Projektverzögerung BASIS.bremen begründet.</p>			
<p>Die Anzahl der betreuten PC-Arbeitsplätze pro Mitarbeiter steigt. Ursache dafür ist die Einführung von BASIS, sowohl in den Pilotdienststellen als auch in den anderen Bereichen, die sich auf die Einführung vorbereiten und freiwerdende IT-Administrationsstellen nicht mehr nachbesetzen.</p>			
<p><b>Ziel: Stärkung des IT-Standorts Bremen</b>  Der Anteil des IT-Budgets für Bremer Unternehmen 2013 (mit Beschäftigten am Standort Bremen) liegt mit rd. 83,4% leicht unter den Erwartungen im Plan.</p>			
<p><b>Ziel: Innovation</b>  Der Anteil des IT-Budgets für Projekte im Verhältnis zu den Ausgaben für den laufenden Betrieb liegt mit 16 % leicht über dem Plan (13%).</p>			

	Anschlag 2013					IST 01-13/2013			Abweichung beim eckwertel. Finanzierungssaldo zwischen Anschl./vorIST * (einschl. Verlagerungen)		
	konsumtive und investive Einnahmen	Personal-, konsumtive, investive und Zinsausgaben	Zwischensumme eckwert-relevanter Finanzierungssaldo	Bereinigung		bereinigter eckwertel. Finanzierungssaldo (incl. Veränder.)	konsumtive und investive Einnahmen	Personal-, konsumtive, investive und Zinsausgaben		eckwertel. Finanzierungssaldo	
				Ausgleich Verlustvortrag	Verlagerungen etc.						
Produktplan	Tsd. €										
01 Bürgerschaft	92,9	20.317,6	-20.224,7		72,5	-20.297,1	229,6	19.641,2	-19.411,6	885,6	
02 Rechnungshof	2,5	2.938,9	-2.936,4		-16,2	-2.920,3	4,0	2.612,7	-2.608,8	311,5	
03 Senatskanzlei, Kirchl. Angelegenh	161,8	14.984,5	-14.822,7		-109,0	-14.713,8	530,7	15.225,0	-14.694,3	19,5	
05 Bundesangelegenheiten	389,9	5.224,3	-4.834,4		229,5	-5.063,9	528,2	5.544,5	-5.016,3	47,6	
06 Datenschutz	0,0	776,1	-776,1		214,5	-990,6	2,1	924,1	-922,0	68,6	
07 Inneres	31.357,7	230.691,6	-199.333,9		5.817,0	-205.150,9	35.783,0	244.531,5	-208.748,5	-3.597,6	
08 Gleichberechtigung der Frau	69,0	912,1	-843,1		11,8	-854,9	72,9	909,4	-836,5	18,4	
09 Staatsgerichtshof	0,0	43,5	-43,5		0,0	-43,5	0,0	43,5	-43,5	0,0	
11 Justiz	36.841,4	114.774,3	-77.932,9		1.565,8	-79.498,8	38.436,8	117.574,5	-79.137,7	361,0	
12 Sport	405,7	14.373,0	-13.967,4		111,3	-14.078,6	448,6	14.568,7	-14.120,1	-41,4	
21 Bildung	16.292,5	574.210,0	-557.917,4		730,1	-558.647,5	16.557,6	574.928,0	-558.370,4	277,1	
22 Kultur	1.602,7	84.343,1	-82.740,4		-2.324,1	-80.416,3	1.506,9	81.844,9	-80.338,0	78,3	
24 Hochschulen, Forschung	39.743,6	340.804,4	-301.060,8		12.338,3	-313.399,1	61.849,7	375.205,4	-313.355,7	43,4	
31 Arbeit	23.858,6	41.364,8	-17.506,2	-9.745,9	1.708,8	-9.469,1	35.820,7	40.562,6	-4.741,9	4.727,2	
41 Jugend u. Soziales	162.785,7	967.411,5	-804.625,8		13.679,5	-818.305,3	197.145,3	1.015.063,0	-817.917,7	387,6	
51 Gesundheit	12.441,2	61.874,6	-49.433,4		985,3	-50.418,7	12.905,4	63.167,3	-50.261,9	156,8	
68 Umwelt, Bau, Verkehr	73.769,0	311.261,7	-237.492,7		-50.629,9	-186.862,8	74.224,8	261.819,4	-187.594,7	-731,9	
71 Wirtschaft	24.300,5	123.115,5	-98.815,0		-16.563,7	-82.251,3	21.566,0	105.437,2	-83.871,3	-1.620,0	
81 Häfen	12.994,2	144.393,5	-131.399,3		19.330,3	-150.729,6	20.451,4	169.309,7	-148.858,3	1.871,3	
91 Finanzen / Personal	10.061,1	85.718,6	-75.657,6		4.276,3	-79.933,9	19.647,1	98.108,0	-78.460,9	1.473,0	
92 Allg. Finanzen	120.089,8	534.880,3	-414.790,5		61.916,8	-476.707,3	152.532,6	628.046,2	-475.513,6	1.193,7	
93 Zentrale Finanzen	81.725,9	785.416,1	-703.690,2		-56.005,2	-647.685,0	102.504,7	749.300,3	-646.795,6	889,4	
96 IT-Ausgaben der FHB	0,0	34.519,6	-34.519,6		1.222,8	-35.742,4	797,4	33.829,2	-33.031,8	2.710,6	
<b>INSGESAMT</b>	<b>648.985,6</b>	<b>4.494.349,5</b>	<b>-3.845.363,8</b>		<b>-9.745,9</b>	<b>-1.437,4</b>	<b>-3.834.180,5</b>	<b>793.545,2</b>	<b>4.618.196,3</b>	<b>-3.824.651,0</b>	<b>9.529,5</b>

 Tilgung des  
bestehenden  
Verlust-  
vortrags
  Ausgleich für  
nicht  
realisierbare  
Citytax;

\* positiver Betrag = Saldenverbesserung / negativer Betrag = Saldenverschlechterung